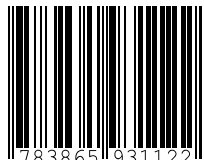


Der Strukturwandel stellt die Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen. Diesen versuchen sie durch eine Strategie des gegenseitigen Lernens zu begegnen. Im Laufe dieser Prozesse kristallisierten sich die angelsächsischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten als die gegenwärtig erfolgreicherer Länder heraus. Gleichwohl ist nicht klar, ob der Erfolg in diesen Ländern nachhaltig ist und was einfach in andere Sozialsysteme übernommen werden kann.

Deshalb wird der Forschungsstand hinsichtlich der Vergleichbarkeit nationaler Politiken analysiert und Forschungslücken aufgezeigt. Dabei wird der Fokus auf den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaat und beschäftigungspolitischen Erfolg gelegt. Es wird nach der Vergleichbarkeit von Strategien, Reformen und den jeweils zugrunde liegenden Begriffen gefragt und die Rolle komplementärer Maßnahmen wird analysiert. Viertens stellt sich auch die Frage nach den verfügbaren Daten.

Ergebnis der Studie ist, dass sich die Forschungsdesiderata aus der Kleinteiligkeit der vergleichenden Forschung und der ungenügenden disziplinären Verknüpfung innerhalb der Sozialwissenschaften ergeben. Zunächst müssten die vorhandenen Untersuchungen vergleichend analysiert werden. Dann ist zu untersuchen, wie einzelne Reformmaßnahmen auf Grund ihrer zeitlichen Aneinanderreihung und ihrer Kombination unter welchen Rahmenbedingungen gewirkt haben. Des Weiteren ist nach den Auswirkungen unterschiedlicher Akzeptanzgrade auf das Gelingen der Reformen zu fragen. Der Erkenntnisgewinn liegt methodisch somit in der Kombination unterschiedlicher Forschungsstrategien.



9 783865 931122

ISBN 978-3-86593-112-2
€ 15,00

Werner Sesselmeier

Soziale Inklusion in Europa: Gemeinsam- keiten, Unterschiede, Schlussfolgerungen

Hans Böckler
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Werner Sesselmeier

**Soziale Inklusion in Europa:
Gemeinsamkeiten, Unterschiede,
Schlussfolgerungen**

Werner Sesselmeier

**Soziale Inklusion in Europa:
Gemeinsamkeiten,
Unterschiede,
Schlussfolgerungen**



Werner Sesselmeier, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau. Mitglied im Vorstand der Deutschen Vereinigung für sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung SAMF e.V. und federführender Editor der Zeitschrift »Sozialer Fortschritt. German Review of Social Policy«. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Beschäftigungswirkungen des Steuer- und Transfersystems, Sozial- und Beschäftigungspolitische Implikationen der EWU, Möglichkeiten und Implikationen einer Verzahnung von Steuer- und Sozialsystem. Aktuelle Veröffentlichungen zur Zukunft des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates, zu atypischer Beschäftigung, Arbeitsmarkttheorien und normativen Grundlagen des Sozialstaates.

© Copyright 2008 by Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Produktion: Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Printed in Germany 2008
ISBN: 978-3-86593-112-2
Bestellnummer: 17006

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere die des öffentlichen Vortrages,
der Rundfunksendung, der Fernsehausstrahlung,
der fotomechanischen Wiedergabe, auch einzelner Teile.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	11
2	Die Rahmenbedingungen der sozialen Inklusion innerhalb der Europäischen Union	15
2.1	Der sozioökonomische Wandel	15
2.2	Die Rolle der Europäischen Union	18
3	Die Typologisierung der Mitgliedsstaaten als Analyserahmen	21
3.1	Stilisierte Fakten zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten	22
3.1.1	Beschäftigungssituation und Arbeitsleistung in der Europäischen Union	22
3.1.2	Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union	26
3.1.3	Ausgewählte Daten zur Abgabenbelastung des Faktors Arbeit	30
3.2	Unterschiedliche Ansätze des Wohlfahrtsstaatenvergleichs	32
3.2.1	Das Grundmodell nach Esping-Andersen und Ergänzungen	32
3.2.2	Ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Performance nach Clustern in der Tradition Esping-Andersen	36
3.2.3	Das Modell nach Hall und Soskice	38
3.2.4	Die Typologisierung nach Amable	40
3.2.5	Der Reziprozitätsansatz von Mau	41
3.2.6	Zusammenfassende Betrachtung der Wohlfahrtsstaaten-typologisierungen	42
3.3	Schlussfolgerungen aus dem bisherigen Forschungsstand	45
4	Das neu-keynesianische Arbeitsmarktmodell – ein Analyserahmen zur Untersuchung des europäischen Anpassungsprozesses	49
4.1	Die Bestimmungsgrößen der Lohnsetzung	50
4.2	Die Preissetzung der Unternehmen	52
4.3	Zusammenfassung: Die relevanten Aspekte des neu-keynesianischen Arbeitsmarktmodells	54

5	Institutionelle und ökonomische Grenzen der sozialen Inklusion im Rahmen des europäischen Anpassungsprozesses	57
5.1	Institutionelle Grenzen und Herausforderungen der sozialen Inklusion	57
5.2	Die Rolle komplementärer Maßnahmen: Kompensatorische Wirtschaftspolitik bei Reformen auf der (Arbeits-)Angebotsseite	69
5.3	Kompensatorische Maßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene via Flexicurity	75
6	Vergleich und Interpretation der verfügbaren Daten zur Wirksamkeit der Sozialstaatstätigkeit	81
7	Forschungslücken der und Forschungsdesiderata zur aktuellen Wohlfahrtsstaatenforschung	87
	Literaturverzeichnis	95
	Anhang: Daten zur Wirksamkeit der Sozialstaatstätigkeit	111
	Über die Hans-Böckler-Stiftung	139

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Ausgewählte Beschäftigungsquoten in der Europäischen Union 2006	23
Tabelle 2:	Anzahl der erbrachten Arbeitswochenstunden im EU-Vergleich für 2006	25
Tabelle 3:	Ausgewählte Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union für 2006	27
Tabelle 4:	Arbeitslosigkeit nach Bildungsgrad 2005	30
Tabelle 5:	Die Wohlfahrtsstaats-Typologisierung nach Esping-Andersen (1990)	35
Tabelle 6:	Die konservativen Wohlfahrtsstaaten	36
Tabelle 7:	Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten	37
Tabelle 8:	Die liberalen Wohlfahrtsstaaten	38
Tabelle 9:	Die Taxonomie wohlfahrtsstaatlicher Reziprozität nach Mau	42
Tabelle 10:	Synopse der erläuterten Typologisierungen	43
Tabelle 11:	Abgleich ökonomischer und sozialpolitischer Leistungsprofile nach Kitschelt	44

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Einkommensbelastung im europaweiten Vergleich	31
--------------	---	----

Zusammenfassung

Der sozioökonomische Strukturwandel in seinen verschiedenen Facetten – stärkere globale Vernetzung der Volkswirtschaften, wachsender Einfluss der Finanzmärkte, Erwerbsformenwandel, demografische Entwicklung, Rolle der Familie/ neue Lebensformenmuster, Wertewandel – stellt die Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen. Diesen Herausforderungen versuchen die Wohlfahrtsstaaten durch eine Strategie des gegenseitigen Lernens in Form von Benchmarkings, beispielsweise der Offenen Methode der Koordination auf der europäischen Ebene, zu begegnen. Im Laufe dieser Prozesse kristallisierten sich die angelsächsischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten als die gegenwärtig erfolgreicherer Länder im Umgang mit den veränderten Rahmenbedingungen heraus. Gleichwohl ist zum einen nicht klar, ob der Erfolg in diesen Ländern nachhaltig ist und ob zum anderen Modelle einfach in andere Sozialsysteme übernommen werden können, da diese immer noch nationale Veranstaltungen sind, ob also das »von-einander lernen« nachhaltig ist. Prozesse des gegenseitigen Lernens führen zu Reformen auf der nationalen Ebene, die in eine mehr oder weniger starke Pfadabweichung der jeweils gewachsenen Systeme münden. Der Pfadbruch zieht wiederum Unsicherheit und Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung nach sich. Daraus ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit, Sozialsysteme bei Änderung der Rahmenbedingungen zu reformieren und somit institutionell zu verändern, damit sie weiterhin ihrer Aufgabe nachkommen können, und sie andererseits institutionell stabil zu halten, weil die Bevölkerung an diese Institutionen gewöhnt ist und davon Sicherheit erwartet.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel der Studie, den Forschungsstand hinsichtlich der Vergleichbarkeit der nationalen Politiken zu analysieren und zu diskutieren sowie die Forschungslücken und Forschungsdesiderata herauszuarbeiten. Dabei wird zum einen der Fokus auf den Zusammenhang von wohlfahrtsstaatlichem Arrangement und beschäftigungspolitischem Erfolg gelegt. Zum zweiten wird nach der Vergleichbarkeit von Strategien, Reformen und den jeweils zugrunde liegenden Begriffen gefragt. Und zum dritten soll die Rolle komplementärer Maßnahmen analysiert werden. Viertens stellt sich neben diesen inhaltlichen Aspekten auch die Frage nach den verfügbaren Daten.

Ergebnis der Studie ist, dass sich die Forschungsdesiderata zum einen vor allem aus der Kleinteiligkeit der weithin üblichen ökonometrisch orientierten,

vergleichenden Forschung und zum anderen aus der sehr ungenügenden disziplinären Verknüpfung innerhalb der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften ergeben. Als Ausgangsbasis müssten die vorhandenen Untersuchungen vergleichend analysiert werden. Darauf aufbauend ist im Einzelnen im Sinne von Fallstudien zu untersuchen, wie einzelne Reformmaßnahmen auf Grund ihrer zeitlichen Aneinanderreihung und ihrer Kombination unter welchen Rahmenbedingungen gewirkt haben. Des Weiteren ist nach den Auswirkungen unterschiedlicher Akzeptanzgrade auf das Gelingen der Reformen zu fragen. Hierbei können experimentelle Analysedesigns von Nutzen sein. Und schließlich ist zu klären, wer die jeweilige Politik transportiert. Der Erkenntnisgewinn liegt methodisch somit in der Kombination unterschiedlicher Forschungsstrategien.

1 Einleitung¹

Die Welt unterliegt einem stetigen Wandel und mit ihr die entsprechenden Rahmenbedingungen. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union entwickeln sich bei gleichen Rahmenbedingungen bzw. prinzipiell gleichen Änderungen dieser Rahmenbedingungen unterschiedlich. Manche sind bei der Bewältigung jener neuen Herausforderungen erfolgreicher, andere weniger. Der Terminus »erfolgreich« wird im Rahmen dieser Studie »arbeitsmarktorientiert« definiert, also mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit und dem Aufbau von Beschäftigung übersetzt. Hierdurch soll mehr Menschen die Partizipation am Arbeitsmarkt ermöglicht werden, was durch die Begrifflichkeit der sozialen Inklusion abgedeckt wird. Mit dieser Schwerpunktsetzung soll keineswegs negiert werden, dass soziale Inklusion über eine Vielzahl sozialer Regulierungen und Institutionen in den europäischen Ländern vor dem Hintergrund der diversen sozialen Risiken erreicht werden soll. Schließlich stellt umgekehrt Exklusion einen mehrdimensionalen Ausschluss an der Teilhabe an wichtigen gesellschaftlichen Aktivitäten dar bspw. auf Grund von Bedürftigkeit, Krankheit, Pflege oder Alter (vgl. Europäische Kommission 2007). Die Konzentration auf Beschäftigung jenseits einer umfassenden Betrachtung der Multidimensionalität von In- und Exklusion wird zum einen damit begründet, dass in den modernen Wohlfahrtsstaaten die Integration der Bevölkerung über Erwerbsarbeit eine, wenn nicht die zentrale Rolle spielt. Und zum zweiten zeigt sich im internationalen Vergleich, »dass die zentrale und schwerwiegende Gerechtigkeitslücke der kontinentalen Wohlfahrtsstaaten in ihrer anhaltend schlechten Bilanz auf dem Arbeitsmarkt liegt« (Vehrkamp 2007: 18; siehe auch Burgess/Garrett 2007). Zum dritten zeigt sich, dass bei allen Unterschieden zwischen den Ländern trotz der in den letzten Jahren zunehmenden Beschäftigung in den Niedriglohnsektoren keine zunehmende Armut von Erwerbstätigen festzustellen ist (Lohmann 2007). Schließlich wird die Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt von den Deutschen als das bei weitem wichtigste Sozialstaatsziel angesehen (Glatzer 2007: 26).

1 Der Verfasser dankt insbesondere Professor Dr. Diether Döring, Frankfurt/Main, Georg Fischer, Brüssel, Professor Dr. Richard Hauser, Frankfurt/Main, Dr. Erika Mezger, Düsseldorf, und Dr. Claus Wendt, Mannheim, für Anregungen und konstruktive Kritik sowie Sonja Schmid, Gabriele Somaggio und Aysel Yollu-Tok für deren Forschungsassistentz. Alle verbliebenen Unzulänglichkeiten gehen natürlich zu Lasten des Autors.

Die Europäische Kommission definiert hierzu in einem gemeinsamen Bericht soziale Inklusion als »Prozess, durch den gewährleistet wird, dass Personen die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, die erforderlichen Chancen und Mittel erhalten, um am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen voll teilzunehmen und in den Genuss des Lebensstandards und Wohlstands zu kommen, der in der Gesellschaft, in der sie leben, als normal gilt.« (Europäische Kommission 2004: 12). Dies beinhaltet zunächst eine Vielzahl an Formen sozialer Inklusion, etwa in die gesellschaftlichen Funktionssysteme Wirtschaft, Politik, Recht und Kultur (auch Evers et al. 2007: 9f.; Nassehi 2006: 52f.). Um konkrete Maßnahmen hieraus ableiten zu können, ist zudem eine Abgrenzung zur sozialen Exklusion sinnvoll. Auch hierzu nimmt die Kommission Stellung und definiert Exklusion als »Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut bzw. wegen unzureichender Grundfertigkeiten oder fehlender Angebote für lebenslanges Lernen oder aber infolge von Diskriminierung an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden« (Europäische Kommission 2004:12). Des Weiteren resultiert daraus eine »Distanz zu den Beschäftigungs-, Einkommens- und Bildungsmöglichkeiten und auch zu den sozialen und gemeinschaftlichen Netzen und Maßnahmen« (Europäische Kommission 2004:12). Dies zeigt den europäischen Konsens darüber, dass soziale Inklusion auch über den Arbeitsmarkt, also über Erwerbstätigkeit erfolgt. Entsprechende Richtlinien wurden bereits im EU-Recht fixiert (Busch 2006; Schulz-Nieswandt/Sesselmeier 2006: 75).

Die Europäische Union (EU) verfolgt das Ziel, diese länderübergreifende Übereinkunft in allen Mitgliedsstaaten zu verankern. Hierfür verfügt sie über Instrumente wie die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) und die Offene Methode der Koordinierung (OMK). Als ein Resultat des damit eingeführten Benchmarkings dominieren die Politikmuster der erfolgreichen Länder diesen Prozess. Dies führt zu mehr oder weniger großen Brüchen und Pfadabweichungen bei den anderen Mitgliedsländern, je nachdem, wie weit sie von den institutionellen (expliziten) und gesellschaftlichen (impliziten) Regelungen der so genannten Best-practice-Länder entfernt liegen. Bei der Frage nach Übertragbarkeit müssen neben den jeweiligen einzelnen Maßnahmen eine Reihe von Aspekten mit berücksichtigt werden, die die Erfolgswahrscheinlichkeit dieser Maßnahmen beeinflussen:

- Ökonomische Faktoren,
- Institutionell-gesellschaftliche Faktoren,

- Unterschiedlichkeit/Gleichheit von Problemlagen,
- Einbettung einzelner Maßnahmen in den jeweiligen Kontext sowie
- Folgewirkungen von Reformen, die weitere Maßnahmen bedingen.

Auf der Basis dieser Einsicht gibt die vorliegende Studie hierzu nicht nur einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand und die Fachliteratur, sondern zeigt auch Forschungslücken und Forschungsdesiderata auf. Hierbei liegen drei Untersuchungsaspekte zugrunde. Erstens ist der Fokus auf den Zusammenhang von wohlfahrtsstaatlichem Arrangement und beschäftigungspolitischem Erfolg gerichtet. Zum zweiten wird nach der Vergleichbarkeit von Strategien, Reformen und den jeweils zugrunde liegenden Begriffen gefragt. Und zum dritten wird die Rolle komplementärer Maßnahmen analysiert.

Dazu werden zunächst die Rahmenbedingungen, innerhalb deren die Wohlfahrtsstaaten agieren, skizziert, um daran anschließend die Wohlfahrtsstaaten selbst zu typologisieren und sie mit Hilfe stilisierter Fakten zu vergleichen. Auf der Basis eines neu-keynesianischen Arbeitsmarktmodells werden dann die zentralen Aspekte herausgearbeitet, aus denen schließlich die Forschungsdesiderata entwickelt werden.

2 Die Rahmenbedingungen der sozialen Inklusion innerhalb der Europäischen Union

Die einleitend angeführten Rahmenbedingungen unterliegen zweierlei divergierender Trendbündel, welche im folgenden Kapitel zu skizzieren sind. Zum einen spielt der sozioökonomische Wandel mit seinen Ausprägungen eine wesentliche Rolle. Die darin auftretenden ökonomischen Verflechtungen und gesellschaftlichen Wandlungen zeichnen sich weltweit ab. Zum anderen stellen Vorgaben der Europäischen Union Rahmenbedingungen, welche auf nationalstaatlicher Ebene im politischen Bereich ihre Umsetzung finden.

2.1 Der sozioökonomische Wandel

Gegenwärtig stehen die sozialen Sicherungssysteme der europäischen Wohlfahrtsstaaten vor neuen, großen Herausforderungen, hervorgerufen durch langfristige und grundlegende ökonomische, politische sowie soziale Wandlungsprozesse. Diese wiederum erscheinen in verschiedenen Facetten, welche im Folgenden nur kurz erläutert werden, da sie mittlerweile allgemein bekannt sind. Gemein ist diesen Wandlungsprozessen, dass sie die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf den Arbeitsmärkten sowie damit zusammenhängend die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherung beeinflussen und in der Folge zu einem »Veralten des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements« (Kaufmann 1997: 49) führen.

Das umfassende Phänomen der *ökonomischen Globalisierung* umfasst sich intensivierende Verflechtungen von Kapital und Wirtschaftssubjekten via Waren- und Dienstleistungsströmen sowie juristische Netzwerke. Die damit verbundenen Wertschöpfungsketten durchbrechen nationale Grenzen, da Transport- und Kommunikationskosten nahezu entfallen und Arbeits- wie Gütermärkte geöffnet werden. Darüber hinaus ist derzeit eine ökonomische und technische Revolution beobachtbar, innerhalb welcher den Informations- und Kommunikationstechnologien eine Schlüsselrolle zukommt. Diese wird vielfach als *Informatisierung der Arbeitswelt* bezeichnet. Hierbei verändert sich einerseits die Art und Weise der Erstellung von Gütern und Leistungen. Andererseits generiert sich daraus ein neuer, parallel zu den drei klassischen Sektoren stehender Informationssektor (hierzu ausführlich Baethge/Bartelheimer et al. 2005; Bizer/Sesselmeier 2004; Glaab/Sesselmeier

2005; Giddens 2006; Dreger/Kholodilin 2007; Rürup/Sesselmeier 2001; Schmid 2002: 47f.; Schrooten 2006; Schulte 2007; Sesselmeier 2006).

Insgesamt verschärfen die zukünftig noch weiter voranschreitende Globalisierung sowie der zunehmende Wettbewerb auch den Wettbewerb der Erwerbsbevölkerungen. Der Faktor Arbeit ist unter den Produktionsfaktoren der immobilste und gerät auf den weitgehend nationalen Arbeitsmärkten dadurch unter Druck, dass zum einen insbesondere günstigere Arbeit auf dem Weltmarkt immer verfügbarer wird und zum anderen der Produktionsfaktor Kapital entsprechend mobil ist (Schulte 2007: 123-126). Jener sozioökonomische Wandel bringt auch (*neue*) *soziale Risiken* mit sich, wie oben bereits impliziert. Durch eine Öffnung der Arbeitsmärkte sowie durch die Informatisierung der Arbeitswelt verändert sich die Beschäftigungsstruktur, welche für die Sicherung und Ausgestaltung der Sozialsysteme relevant ist. Hierbei zeichnet sich ein Tertiarisierungstrend ab, welcher zu einer Heterogenisierung und Verschärfung innerhalb der Beschäftigungsverhältnisse führt (Keller/Seifert 2006). Dieser ist gezeichnet vom Wegfall einfacher Tätigkeiten insbesondere im Industriesektor. Parallel dazu entstehen mehr Beschäftigungsverhältnisse im Dienstleistungsbereich, was neben einer größeren Arbeitsplatzdynamik auch eine permanente Anpassung der Qualifikationen und Kenntnisse fordert, um der veränderten Arbeitsnachfrage Stand halten zu können. Dies bedeutet die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Höherqualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmern (Blancke 2000: 1; Schulte 2007: 114f.).

Doch nicht nur die Arbeitsmärkte, sondern auch die Erwerbsformen im Einzelnen unterliegen starken Veränderungen. Zwar stellt in Deutschland das Normalarbeitsverhältnis nach wie vor die bedeutsamste Erwerbsform dar, jedoch ist eine Zunahme an atypischen Beschäftigungsverhältnissen, wie Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigung, Zeit- und Leiharbeit, Selbständigkeit in Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung festzustellen (Keller/Seifert 2007). Die Kombination aus notwendiger Höherqualifizierung und Weiterbildung von Arbeitnehmern einerseits und der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse andererseits impliziert eine *Diskontinuität*, Differenzierung und Heterogenität von *Erwerbsbiografien*, wie sie zukünftig noch stärker aufkommen werden. Hierbei spielen nicht nur häufigere Aus- und Weiterbildungsphasen sowie (Zwischen-)Phasen der Erwerbslosigkeit eine Rolle, sondern auch Arbeitgeber- und Berufswechsel (Oschmiansky 2007: 18f.; Rürup/Sesselmeier 2001: 263-268). Der internationale Wettbewerbsdruck auf den offenen Arbeitsmärkten verschärft auch den Lohn- und Druck in den Industriestaaten. Dies hat zur Folge, dass immer mehr Beschäftigte,

bei steigender Arbeitsbelastung, zu Niedriglöhnen arbeiten müssen. In diesem Zusammenhang wird von Working Poor gesprochen. Hier wird ein Personenkreis beschrieben, welcher trotz Erwerbstätigkeit keinen existenzsichernden Lebensunterhalt verdient. Als »Gefährder« zählen hier insbesondere die prekären Arbeitsverhältnisse, wie geringfügige Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit oder niedrig entlohnte Tätigkeiten. Für die Zukunft wird ein Anstieg der Betroffenen erwartet (Statistisches Bundesamt 2006; Oschmiansky 2007; Schäfer 2003; Schulte 2007). Hierbei wird die Frage aufgeworfen, inwieweit Beschäftigung auch existenzsichernd ist.

Neben den ökonomischen Faktoren zeichnet sich auch ein dramatischer sozialer Trend ab. Die deutsche Bevölkerung unterliegt, wie die meisten anderen EU-Bevölkerungen, einem *demografischen Wandel*: Sie altert und schrumpft, die Fertilitätsraten sind zu niedrig. Je nach zugrunde gelegter Zuwanderungsrate schrumpft die deutsche Bevölkerung zwischen 2005 und dem Jahr 2050 zunächst langsam und dann immer schneller, um bis zu 14 Millionen. Dabei verschiebt sich die Bevölkerungsstruktur bis 2040, durch den hohen Anteil älterer Menschen, von einer idealen Pyramide hin zu einer urnenähnlichen Form, was drastische Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme mit sich bringt. Bei dieser Entwicklung spielt auch die Familienstruktur eine große Rolle. Diese ist durch eine generelle *Heterogenisierung der Lebensstile* sowie durch eine starke Zunahme an Einpersonenhaushalten gekennzeichnet (Baethge/Bartelheimer et al. 2005; Bizer/Sesselmeier 2004; Glaab/Sesselmeier 2005; Rürup/Sesselmeier 2001; Schmid 2002: 47f.; Schrooten 2006; Sesselmeier 2006: 208ff.). Der oben erörterte Wandel und die damit einhergehenden Veränderungen zwingen die europäischen Wohlfahrtsstaaten zur Reform ihrer institutionellen Rahmenbedingungen. Ihre konstitutiven Leitbilder veraltern ebenso wie ihre sich daran ausrichtenden Sicherungssysteme, was eine Neuausrichtung der Sozialpolitik unabdingbar macht. Bereits jetzt sind Veränderungen in der Sozialleistungsnachfrage deutlich spürbar. Dieser Prozess jedoch variiert je nach Wohlfahrtsstaatstyp und Zeit- bzw. Problemdruck.

2.2 Die Rolle der Europäischen Union

Nicht nur ökonomische und soziale Faktoren erweisen sich als relevant. Auch die politischen Rahmenbedingungen wirken sich auf nationalstaatliche Gegebenheiten und Entwicklungen aus. So muss an dieser Stelle, neben der allgemeinen und ökonomischen Globalisierung, auch die *politische Globalisierung* Eingang in unsere Argumentation finden. Diese beinhaltet die Einbindung von Nationalstaaten in vielfältige supra- und internationale Institutionen, wie der Europäischen Union, welche im Fokus der nachfolgenden Argumentation steht. Dadurch entwickeln sich Wohlfahrtsstaaten vom souveränen Nationalstaat hin »zu postsouveränen Wohlfahrtsstaaten in einem supranationalen Staatenverbund« (Schulte 2004: 83). Im sozialpolitischen Bereich konstatiert die Festschreibung der Gemeinschaftskompetenz nach Art. 136 Abs. 1 EG, mit einem Fokus auf Förderung der Beschäftigung, Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, angemessener sozialer Schutz, sozialer Dialog, Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials und Bekämpfung von Ausgrenzungen, den Wandel zu einer europäischen Sozialpolitik. Wenngleich dies einer juristischen Aufwertung der Sozialpolitik gleichkommt, bleibt sie doch Kernaufgabe der einzelnen Mitgliedsländer² (Schmid 2006: 182f.). Sie dient als regulierendes, mikroökonomisches Anpassungsinstrument an makroökonomische Veränderungen.

Das gesteigerte Interesse der EU und der Nationalstaaten an der Funktionsfähigkeit sozialer Sicherungssysteme rührt von der gemeinsamen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) her, welche auf direktem oder indirektem Wege sowie in unterschiedlichem Maße die Sozialpolitiken der Nationalstaaten beeinflusst (Berthold/Fehn 2002; Schmidt 2002: 151f.). Hierbei sind drei Level staatlicher Souveränität zu unterscheiden bzw. im Gegenzug drei Ebenen an Verflechtung mit der EU (Glaab/Sesselmeier 2005; Neubäumer/Sesselmeier

- 2 Die genaue Definition des Begriffs Sozialpolitik ist in Deutschland durchaus umstritten. Im engeren Sinne erfährt sie oftmals eine Beschränkung auf ihren Kernbereich, die Sozialversicherung mit Arbeitslosen-, Alters-, Pflege- und Krankenversicherung, wobei ihr Fokus auf soziale Sicherung bei Eintritt des Risikofalls gerichtet ist. Darüber hinaus folgt die Sozialpolitik auch dem Ziel sozialer Gerechtigkeit, welche ihre Verankerung in spezifischeren sozialpolitischen Politikfeldern findet, wie etwa Sozial- und Jugendhilfe oder auch Familien- und Wohnungspolitik (Ribhegge 2006: 365). Darüber hinaus können noch weitere Politikfelder wie der Arbeitnehmerschutz oder die Mitbestimmung Berücksichtigung finden (vgl. Lampert/Althammer 2004). Im umfassendsten Sinne geht es um Sozialpolitik als Lebenslagenpolitik (vgl. Kaufmann 2005 sowie Schulz-Nieswandt 1993a und 1993b).

2004; Schulte 2004; Schulz-Nieswandt/Sesselmeier 2006: 79f.). Dabei ist zu beachten, dass die Verflechtungen innerhalb der EU unterschiedliche Auswirkungen auf nationalstaatliche Arrangements nehmen. Je nach Ausgestaltung der Wohlfahrtsstaaten und dem Anpassungsdruck kann dies Vor- und Nachteile mit sich führen (Höpner/Schäfer 2007). Der Binnenmarkt sowie die Wirtschafts- und Währungsunion unterliegen der Gemeinschaftspolitik. Dabei befindet sich die Geldpolitik fest in europäischer Hand, eine nationalstaatliche Souveränität der Mitgliedsländer ist hierbei nicht gegeben. Geld-, Zins- und Wechselkurspolitik werden durch die EZB übernommen. Entsprechend ist dies auch für die Ausführungen der vorliegenden Studie weniger relevant. Das zweite Level kann als semi-souveräne Ebene bezeichnet werden, was etwa die Fiskalpolitik betrifft. So schränken die Maastricht-Kriterien die nationale Finanz- und Budgetpolitik ein (Leibfritz u. a. 2001). Entsprechend erscheinen mikroökonomische Politikfelder, wie die Sozialpolitik, als Instrumente zur Überwindung etwaiger Ungleichheiten zwischen den Mitgliedsstaaten (auch Schmid 2006: 194; Schrooten 2006; Schulz-Nieswandt/Sesselmeier 2006: 79f.; Sesselmeier 2006; Sesselmeier 2007a; Wagener 2006). Sie erscheinen als flankierende Politikbereiche und unterliegen dem Subsidiaritätsprinzip innerhalb der EU, wozu der Arbeitsmarkt und seine ihn prägenden Institutionen zählen. Gleichwohl gibt es eine »Europäisierung sozialen Schutzes und sozialer Sicherheit«, die jedoch noch nicht in den Köpfen der Bürger verankert ist (Eichenhofer 2007: 15f).

Um das dadurch aufkommende Spannungsfeld zwischen inner- und zwischenstaatlichen Aufgaben zu mildern, initiierte die EU auf ihrem Gipfel in Amsterdam 1997 die *Europäische Beschäftigungsstrategie* (kurz: EBS). Sie dient als Maßnahme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes. In diesem Zusammenhang versucht sie mit Hilfe von Aktionsplänen, Beschäftigungsrichtlinien und Empfehlungen Einfluss auf die Beschäftigungspolitik der Mitgliedsstaaten und deren Koordination zu nehmen (Héritier 2005; Busch 2006). Ein weiteres politisches Instrument, das der EBS zugrunde liegt, stellt die Offene Methode der Koordinierung (OMK) dar, welche im Zuge der Lissabon-Strategie 2000 entstand (auch Abig 2005; Busch 2006; Glaab/Sesselmeier 2005; Neubäumer/Sesselmeier 2004; Schmidt/Kull 2004; Schulz-Nieswandt/Sesselmeier 2006). Sie zielt ebenso auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktsituation und langfristig auf höheres Wachstum durch eine angemessene Angebotspolitik. Dabei setzt sie auf eine verstärkte Zusammenarbeit sowie einen intensiveren Austausch zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten

im Bereich »best practices«. Die OMK basiert auf einem »Monitoring« der Prozessfortschritte bei gemeinsamer Zielerreichung und stellt eine »weiche« Form der Koordinierung ohne rechtliche Verbindlichkeit der Ergebnisse dar (Giddens 2006). Ihre Wirkung erzeugt sie über entstehenden politischen Druck. Sie findet in einer Vielzahl von Politikfeldern ihre Anwendung, wie Beschäftigungspolitik, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, Gesundheitspolitik, Alterssicherung, Bildungs- und Jugendpolitik, wobei der Prozess im Bereich der Beschäftigungspolitik am weitesten fortgeschritten ist. In diesem Bereich soll sie die Arbeitsmarktsituation deutlich verbessern und durch Angebotspolitik langfristig zu mehr Wachstum führen (Abig 2005; Buchkremer/Zirra 2007; Heidenreich/Bischoff 2006; Maucher 2005; Ribhegge 2006; Schmid/Kull 2004; Schulte 2005; Sesselmeier 2007a). Im aufgeführten Zusammenhang erweist sie sich als interessantes Benchmark im Umgang mit den beiden Hauptproblemen der EU: der mittlerweile seit Jahrzehnten andauernden Massenarbeitslosigkeit einerseits sowie den neuen Konfrontationen im Zuge der oben angeführten Phänomene Globalisierung und Informatisierung. Mit ihr wurden systematische Lernprozesse institutionalisiert.

Im Zuge der EU-Osterweiterung bietet die OMK den neuen Mitgliedsstaaten Mittel- und Osteuropas, deren Transformation der sozialen Sicherungssysteme an westeuropäische Standards weiter anhält und welche den gleichen Herausforderungen des sozioökonomischen Wandels gegenüberstehen, eine Möglichkeit der Orientierung (Hebler 2002; Bönker 2006; Sesselmeier 2006; Sesselmeier 2007a; Taschowsky 2006). Andererseits muss an dieser Stelle auch auf die kritischen Analysen zur Ausgestaltung, Reichweite und Wirkungsfähigkeit der OMK verwiesen werden (hierzu ausführlich etwa Belke/Hebler 2002; Falkner/Treib 2005; Heidenreich/Bischoff 2006; Ostheim/Zohnhöfer 2004; auch Rusch 2006; Taschowsky 2006). Diese bemängeln insbesondere die (politische) Unverbindlichkeit des Instrumentes sowie die starke Varianz innerhalb der Mitgliedsstaaten im Bereich der Rechtsbefolgung. Darüber hinaus sollten OMK-Prozesse auch aus ökonomischer Notwendigkeit heraus entstehen, mehr vielleicht noch als aus rein politisch-juristischer Entscheidungsvorgaben. Allerdings hemmt die Pfadabhängigkeit innerhalb der jeweiligen Sozialsysteme einen uneingeschränkten Einsatz solcher OMK-Prozesse.

3 Die Typologisierung der Mitgliedsstaaten als Analyserahmen

Um die zentrale Fragestellung hinreichend beantworten zu können, muss zunächst eine Darstellung der zu untersuchenden Einheiten erfolgen. Im vorliegenden Falle sind dies einzelne Wohlfahrtsstaaten, wobei sich die Analyse auf EU-Mitgliedsstaaten, und dabei wiederum insbesondere auf die westeuropäischen, konzentriert. Diesen ist eine Zuordenbarkeit zum Realtypus des Wohlfahrtsstaats gemein. Dies bedeutet, dass selbiger mehr oder weniger gut funktioniert (hierzu Hauser 1997; siehe auch Kaufmann 1997). Darüber hinaus existiert ein Grundkonsens über die sozialen Aufgaben von Gesellschaften, weshalb in Abgrenzung von amerikanischen oder asiatischen Vorstellungen durchaus von einem europäischen Sozialmodell gesprochen werden kann (Eichenhofer (2007)). Deshalb konzentriert sich die vorliegende Studie im Folgenden auch auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten. Von der Vogelperspektive aus beobachtet, sind jene Wohlfahrtsstaaten im Wesentlichen durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Durch eine parlamentarische Demokratie; durch eine Rechtsstaatlichkeit, welche auch die Teilhabe an sozialen Maßnahmen und Leistungen absichert; durch eine marktwirtschaftliche Ordnung; durch familiäre und informelle Wohlfahrt; durch das Staatsziel der sozialen Wohlfahrt der Bürger; durch eine breit gefächerte Strategie gesellschaftlicher Inklusion von Bürgern sowie durch ein präventives und kompensierendes System für soziale Sicherheit (Schulte 2004: 77-79). Daraus wird erkenntlich, dass Wohlfahrtsstaat also mehr als nur die reine Organisation sozialer Sicherung meint.

Aus dieser globalen Perspektive betrachtet sind sich die gegenwärtig existierenden sozialen Sicherungssysteme der EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf die abgedeckten sozialen Risiken recht ähnlich. Dies resultiert zum einen aus der wirtschaftlichen Entwicklung moderner Industriestaaten, welche ähnliche gesellschaftliche und soziale Probleme hervorrufen. Zum zweiten bestand nach dem Zweiten Weltkrieg eine große Bereitschaft, soziale Grundrechte im Rahmen des International Labour Office (ILO) und des Europarats anzuerkennen. Ein dritter Aspekt resultiert aus dem Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wodurch eine Zahl an Staaten ihre sozialen Sicherungssysteme diversen Reformen und Anpassungen unterwarfen. Und viertens richtet die Europäische Union als politischer Akteur und Gesetzgeber ihren dadurch gegebenen Einfluss

auf Annäherung aus. Hierbei spielten Urteile des Europäischen Gerichtshofs oftmals eine Vorreiterrolle (Hauser 1997; Schmid 2002; auch Falkner/Treib 2005; Sesselmeier 2006: 202f.). Das Verlassen der Metaebene zeigt jedoch gravierende Unterschiede in Organisation, Finanzierung und normativer Ausrichtung der jeweiligen Wohlfahrtsstaatlichkeit zwischen diesen Ländern, wie die folgenden Darstellungen aufzeigen.

3.1 Stilisierte Fakten zu den europäischen Wohlfahrtsstaaten

Die Arbeit befasst sich mit sozialer Inklusion im europäisch-vergleichenden Zusammenhang. Hierbei steht eine arbeitsmarktzentrierte Inklusion im Fokus der Argumentation, wie einleitend bereits kurz definiert. Entsprechend lohnt sich an dieser Stelle ein genauer Blick auf die Beschäftigungssituation und -entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten in verschiedensten Ausprägungen.

3.1.1 Beschäftigungssituation und Arbeitsleistung in der Europäischen Union

Ein Blick auf die Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten der einzelnen Staaten zeigt deutliche Gefälle im internationalen Abgleich. Die nachstehende Tabelle gibt zunächst eine Übersicht der Beschäftigungsquoten im EU-weiten Vergleich für das Jahr 2006. Hierbei wird die Gesamtquote den Beschäftigungsquoten von Männern, Frauen, älteren Arbeitnehmern und Jugendlichen gegenübergestellt. Die Auswahl der hierbei angeführten Länder beinhaltet jeweils die Quote der gesamten Europäischen Union mit ihren 27 Mitgliedsländern (kurz: EU-27), des Euroraumes, der drei Staaten mit den jeweils besten und schlechtesten Werten. Als Vergleichswerte werden die Bundesrepublik Deutschland angeführt, sowie Norwegen und die Schweiz als Nicht-EU-Mitgliedsstaaten.

**Tabelle 1: Ausgewählte Beschäftigungsquoten in der Europäischen Union
2006 (Angaben in Prozent)**

	Gesamt (15-64 Jahre)	Männer (15-64)	Frauen (15-64)	Ältere (55-64)
EU-27	64,4	71,6	57,2	43,5
Eurozone	64,6	72,6	56,6	41,7
Belgien	61,0	67,9	54,0	32,0
Bulgarien	58,6	62,8	54,6	39,6
Dänemark	77,4	81,2	73,4	60,7
Deutschland	67,5	72,8	62,2	48,4
Estland	68,1	71,0	65,3	58,5
Finnland	69,3	71,4	67,3	54,5
Frankreich	63,0	68,5	57,5	37,6
Griechenland	61,0	74,6	47,4	42,3
Großbritannien	71,5	77,3	65,8	57,4
Italien	58,4	70,5	46,3	32,5
Malta	54,8	74,5	34,9	30,0
Niederlande	74,3	80,9	67,7	47,7
Polen	54,5	60,9	48,2	28,1
Schweden	73,1	75,5	70,7	69,6
Ungarn	57,3	63,8	51,1	33,6
Zypern	69,6	79,4	60,3	53,6
Norwegen	77,5	78,4	72,2	67,4
Schweiz	78,3	84,7	71,1	65,7

Quelle: Eurostat 2007.

Die *allgemeine Beschäftigungsquote* der EU-27, als Anteil der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, ist von 62,2 Prozent im Jahr 2000 auf 64,4 Prozent im Jahr 2006 leicht angestiegen. Die Anteile der Eurozone weichen mit 64,6 Prozent (2000: 61,7 %) dabei nur unwesentlich vom EU-Durchschnitt ab. Nationale Spitzenwerte weisen für das Jahr 2006 Dänemark mit 77,4 Prozent, die Niederlande mit 74,3 Prozent und Schweden mit 73,1 Prozent auf. Die Schlusslichter sind Italien mit 58,4 Prozent, Polen mit 54,5 Prozent und Malta mit 54,8 Prozent. Deutschland liegt mit einer Gesamtbeschäftigungsquote von 67,5 Prozent zwar im Mittelfeld, jedoch leicht über dem EU-Durchschnitt. Als

interessante Vergleichswerte präsentieren sich hier sicherlich Norwegen mit 75,4 Prozent und die Schweiz mit 77,9 Prozent.

Bei genauerer Betrachtung zeigen sich erhebliche Unterschiede zwischen den Beschäftigungsquoten der Männer und Frauen. So blieb die Quote der Männer im EU-27-Durchschnitt mit 70,8 Prozent im Jahr 2000 und 71,6 Prozent im Jahr 2006 nahezu konstant, während die Referenzquote der Frauen im gleichen Zeitraum einen Anstieg von 53,7 Prozent (2000) auf 57,2 Prozent (2006) verzeichnen konnte. Die Anteile innerhalb der Eurozone liegen bei der Beschäftigungsquote der Männer mit 72,6 Prozent (2000: 71,6 %) über dem EU-Schnitt, bei der Quote der Frauen mit 56,6 Prozent (2000: 51,7 %) leicht darunter. Topwerte bei der *Männer-Beschäftigungsquote* finden sich für 2006 auch hier wieder in Dänemark mit 81,2 Prozent sowie den Niederlanden mit 80,9 Prozent. Zu den Sorgenkindern zählen Polen mit 60,9 Prozent, Bulgarien mit 62,8 Prozent und Ungarn mit 63,8 Prozent. Die Bundesrepublik Deutschland rangiert mit 72,8 Prozent auch hier wieder im Mittelfeld, wenn auch über dem Durchschnitt der EU-27. Norwegen liegt mit 78,4 Prozent über dem EU-Schnitt, die Schweiz mit 84,7 Prozent sogar noch über dem dänischen EU-Spitzenwert.

Ein ganz anderes Bild zeigt sich bei der *Beschäftigungsquote der Frauen*, welche im Ländervergleich eine große Spannweite aufweist. Während für 2006 die Spitzenwerte wieder bei den skandinavischen Ländern liegen, wobei auf Dänemark 73,4 Prozent, auf Schweden 70,7 Prozent und auf Finnland 67,3 Prozent entfallen, zeigen sich am anderen Ende der Skala drastische Unterschiede. Während Griechenland mit 47,4 Prozent und Italien 46,3 Prozent bereits schlechte Werte präsentieren, liegt Malta mit 34,9 Prozent weit abgeschlagen in der Skala. Deutschland findet sich mit 62,2 Prozent auch hier im Mittelfeld und über dem EU-27-Durchschnitt. In Norwegen und der Schweiz liegen die Anteile mit 72,2 Prozent bzw. 71,1 Prozent deutlich darüber. Insgesamt ist in allen europäischen Staaten seit dem Jahr 2000 ein Zuwachs an Frauenerwerbstätigkeit zu verzeichnen, nur wenige Ausnahmen weichen hiervon ab. Während das Vereinigte Königreich mit 65,8 Prozent (2000: 64,7 %) und die Tschechische Republik mit 56,8 Prozent (2000: 56,9 %) auf nahezu gleichem Niveau verharren, sind die Zahlen in Rumänien mit 53 Prozent (2000: 57,5 %) gar rückläufig.

Die *Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer* zwischen 55 und 64 Jahren zeigt ebenfalls erhebliche Unterschiede in der EU-weiten Gegenüberstellung. Der EU-27-Durchschnitt liegt für das Jahr 2006 bei 43,5 Prozent und zeigt eine deutliche Verbesserung der Situation seit 2000 mit damals 36,9 Prozent, was

sich in nahezu allen Mitgliedsstaaten widerspiegelt. Ein Blick auf die Eurozone zeigt trotz Steigerung von 34,2 Prozent 2000 auf 41,7 Prozent im Jahr 2006 leicht schlechtere Werte. Im nationalen Vergleich nimmt hier Schweden den Spitzenplatz ein, mit 69,6 Prozent im Jahr 2006. Dahinter rangieren Dänemark mit 60,7 Prozent sowie Estland mit 58,5 Prozent. Deutschland belegt mit 48,4 Prozent einen Platz im Mittelfeld, leicht über dem EU-Schnitt. Am unteren Ende der Skala finden sich Belgien mit 32 Prozent, Malta mit 30 Prozent und Polen mit 28,1 Prozent. Norwegen mit 67,4 Prozent und die Schweiz mit 65,7 Prozent liegen deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Im Bereich der durchschnittlich *abgeleisteten Arbeitsstunden* (inklusive erbrachter Überstunden) ergibt sich im europaweiten Vergleich ein interessantes Bild. Innerhalb der einzelnen Mitgliedsstaaten weichen die Extremwerte bei einer Vollzeitbeschäftigung um 4,4 Wochenstunden ab. Wird eine Teilzeitbeschäftigung (inklusive erbrachter Überstunden) zugrunde gelegt, so finden sich interessante Abweichungen mit einem Unterschied von maximal 8,6 Stunden für das Untersuchungsjahr 2006 in der Spannweite der erbrachten Arbeitsstunden pro Woche. Eine genaue Übersicht gibt die nachstehende Tabelle.

Tabelle 2: Anzahl der erbrachten Arbeitswochenstunden im EU-Vergleich für 2006

	erbrachte Wochenstundenzahl bei einer Beschäftigung	
	in Vollzeit	in Teilzeit
EU-27	41,9	20,0
Eurozone	41,8	19,9
Dänemark	40,4	18,9
Deutschland	41,8	18,0
Finnland	40,3	20,1
Griechenland	44,1	20,8
Großbritannien	43,0	18,7
Litauen	39,9	23,0
Österreich	44,3	20,5
Polen	43,0	22,0
Rumänien	41,1	26,6
Schweden	41,0	24,8

Fortsetzung nächste Seite >

	erbrachte Wochenstundenzahl bei einer Beschäftigung	
	in Vollzeit	in Teilzeit
Ungarn	41,0	23,8
Norwegen	39,4	19,4
Schweiz	42,7	19,8

Quelle: Eurostat 2007.

Beim Zugrundelegen einer *Vollzeitbeschäftigung* liegt der Durchschnitt innerhalb der EU-27 für 2006 bei 41,9 Stunden, innerhalb der Eurozone bei 41,8 Stunden pro Woche. Die geringste Wochenstundenzahl erbringen die Litauer mit 39,9 Arbeitsstunden pro Woche, gefolgt von den arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen Ländern Finnland mit 40,3 Wochenstunden und Dänemark mit 40,4 Stunden pro Arbeitswoche. Die Deutschen erbrachten in den Jahren 2000 und 2006 durchschnittlich 41,8 Wochenstunden und weichen somit nicht vom europäischen Durchschnitt ab. Auf das Gesamtjahr 2006 hochgerechnet ergibt dies für Deutschland ein Arbeitsvolumen von 56,2 Milliarden Stunden (IW, Köln 2007). Hingegen präsentieren sich im Untersuchungsjahr 2006 die Polen mit durchschnittlich 43, die Griechen mit 44,1 und die Österreicher mit 44,3 Wochenstunden geradezu als »Vielarbeiter«. Bei den herangezogenen Vergleichswerten liegt Norwegen mit 39,4 Wochenstunden unter dem EU-Schnitt, die Schweiz mit durchschnittlich 42,7 erbrachten Arbeitsstunden pro Woche darüber. Wird einer *Teilzeitbeschäftigung* nachgegangen, so liegt die Wochenstundenzahl im Durchschnitt der EU-27 für das Jahr 2006 bei 20,0 und im Euroraum bei 19,9 Stunden. Interessanterweise (und den institutionellen Regelungen entsprechend) bildet für das Jahr 2006 Deutschland mit 18,0 Wochenstunden im Schnitt das europaweite »Schlusslicht« der Skala, gefolgt von Großbritannien mit 18,7 und Dänemark mit 18,9 Wochenstunden. Die meisten Arbeitsstunden pro Woche werden in Ungarn mit 23,8, Schweden mit 24,8 und Rumänien 26,6 erbracht. Mit 19,4 und 19,8 liegen Norwegen und die Schweiz im europaweiten Durchschnitt.

3.1.2 Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union

Entsprechend der Beschäftigungsquoten lassen sich folgende allgemeine *Arbeitslosenquoten* als Anteil von Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung nachweisen. Die Quote in EU-27-Durchschnitt zeigt eine leichte Verbesserung von 8,6 Prozent im Jahr 2000 auf 7,9 Prozent im Jahr 2006. Für die Eurozone bleibt die Quote

mit 8,1 Prozent (2000) und 7,9 Prozent (2006) nahezu konstant. Eine auffallend geringe Arbeitslosigkeit weisen Dänemark und die Niederlande mit jeweils 3,9 Prozent sowie Irland mit 4,4 Prozent auf. Die Bundesrepublik liegt mit 8,4 Prozent im Mittelfeld, wenngleich über dem EU-Durchschnitt. Deutlich schlechter präsentieren sich die Anteile in Frankreich mit 9,5 Prozent, der Slowakei mit 13,4 Prozent und Polen mit 13,8 Prozent. Auffallend im Vergleich zum Jahr 2000 ist die Tendenz einer Zunahme von Arbeitslosigkeit in den alten Mitgliedsstaaten gegenüber einer, teils drastischen, Abnahme in den neuen Mitgliedsstaaten. Lediglich Irland und das Vereinigte Königreich konnten ihre Arbeitslosenquoten in diesem Zeitraum nahezu konstant halten. Im Nicht-EU-Staat Norwegen blieb die Arbeitslosenquote mit 3,4 Prozent 2000 und 3,5 Prozent im Jahre 2006 ebenfalls konstant gering. Eine detaillierte Gegenüberstellung gibt die nachstehende Tabelle.

Tabelle 3: Ausgewählte Arbeitslosenquoten in der Europäischen Union für 2006 (Angaben in Prozent)*

	Gesamt	Männer	Frauen	Jugend (15-24 Jahre)	Langzeit
EU-27	7,9	7,2	8,9	17,3	3,6
Eurozone	7,9	6,8	9,3	16,5	3,6
Bulgarien	9,0	8,6	9,3	19,5	5,0
Dänemark	3,9	3,3	4,5	7,7	0,8
Deutschland	8,4	7,7	9,2	13,6	4,7
Frankreich	9,5	8,8	10,4	23,4	4,0
Griechenland	8,9	5,6	13,6	25,2	4,8
Großbritannien	5,3	5,7	4,9	14,1	1,1
Niederlande	3,9	3,5	4,4	6,6	1,7
Irland	4,4	4,6	4,1	8,6	1,4
Luxemburg	4,7	3,5	6,2	17,1	1,4
Polen	13,8	13,0	14,9	29,8	7,8
Slowakei	13,4	12,3	14,7	26,6	10,2
Zypern	4,6	4,0	5,4	10,5	0,9
Norwegen	3,5	3,6	3,4	8,8	0,8

Quelle: Eurostat 2007./*Für die Schweiz sind bei Eurostat keine Daten hierzu verfügbar.

Ein Aufdröseln der Quoten nach Gruppen zeigt markante Abweichungen. Die *Arbeitslosenquote der Männer* blieb im EU-27-Durchschnitt relativ konstant, mit 7,5 Prozent im Jahr 2000 und 7,2 Prozent 2006. Leicht darunter verläuft die Arbeitslosenquote im Euroraum, mit 6,5 Prozent für 2000 und 6,8 Prozent für 2006. Auf auffällig niedrigem Niveau bewegen sich die Quoten 2006 in Dänemark mit 3,3 Prozent, und jeweils 3,5 Prozent in Luxemburg und den Niederlanden. Deutschland findet sich mit 7,7 Prozent im Mittelfeld wieder. Die höchsten Quoten zeigen sich in Frankreich mit 8,8 Prozent, der Slowakei mit 12,3 Prozent und Polen mit 13 Prozent. Als Vergleichswert eines Nicht-EU-Staates verläuft die Arbeitslosenquote in Norwegen mit 3,6 Prozent auf sehr niedrigem Niveau. Ein vergleichbarer Verlauf, wenngleich auf höherem Niveau, zeigt sich bei der *Arbeitslosenquote der Frauen* im europäischen Vergleich. Im Durchschnitt der EU-27 ist zwischen 2000 und 2006 ein leichter Rückgang von 10,0 auf 8,9 Prozent zu verzeichnen. Der Anteil innerhalb der Eurozone verläuft gleich und liegt mit 9,3 Prozent für 2006 (für 2000: 10,2 %) leicht darüber. Auf nationalstaatlicher Ebene zeigen sich wiederum deutliche Abweichungen. Auffallend niedrige Anteile für 2006 finden sich in Irland mit 4,1 Prozent den Niederlanden mit 4,4 Prozent sowie Dänemark 4,5 Prozent. Deutschland liegt mit 9,2 Prozent im Mittelfeld und im Durchschnitt der Eurozone, allerdings über den EU-weiten Schnitt. Am unteren Ende der Statistik finden sich Griechenland mit 13,6 Prozent, die Slowakei mit 14,7 Prozent und Polen mit 14,9 Prozent. Im Nicht-EU-Land Norwegen blieb die Arbeitslosenquote der weiblichen Erwerbsbevölkerung mit 3,4 Prozent recht gering.

Im Bereich der jahresdurchschnittlichen *Jugendarbeitslosigkeit*, als Anteil der unter 25-Jährigen an der Gesamtbevölkerung, zeigen sich ebenfalls eklatante Unterschiede innerhalb der Europäischen Union. Der EU-27-Durchschnitt blieb zwischen 2000 mit 17,6 Prozent und 2006 mit 17,3 Prozent relativ konstant, während innerhalb der Eurozone eine leichte Verschlechterung von 16,0 Prozent im Jahr 2000 auf 16,5 Prozent im Jahr 2006 beobachtbar ist. Im transnationalen Vergleich für das Jahr 2006 schneiden die Niederlande mit 6,6 Prozent, Dänemark mit 7,7 Prozent und Irland mit 8,6 Prozent am besten ab. Auch hier bewegt sich die Bundesrepublik mit 13,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit im Mittelfeld und unter dem europäischen Schnitt. Die schlechteste Arbeitsmarktintegration der unter 25-Jährigen findet sich in Polen mit 29,8 Prozent, der Slowakei mit 26,6 Prozent sowie in Griechenland mit 25,2 Prozent. Auch hier spiegelt sich die Tendenz einer Zunahme der Arbeitslosenquote innerhalb der etablierten EU-

Mitgliedsländer, während die neuen Mitgliedsstaaten tendenziell eine Abnahme verbuchen. Als auffälligste Entwicklung lässt sich an dieser Stelle die drastisch angestiegene Quote in Luxemburg, von 7,1 Prozent im Jahr 2000 auf 17,1 Prozent im Jahr 2006 anführen. Dies steht im krassen Gegensatz zur Gesamtbeschäftigungsentwicklung im Land. Als Gegenbeispiel lässt sich Litauen anführen, wo laut Statistik die Jugendarbeitslosigkeit von 30,6 Prozent im Jahr 2000 auf 9,8 Prozent 2006 gesenkt werden konnte. Ein Spiegelbild der Arbeitsmarktentwicklungen innerhalb der EU. Norwegen dagegen weist für 2006 mit 8,8 Prozent einen relativ geringen Wert auf.

Einen weiteren interessanten Aspekt stellt die *Langzeitarbeitslosenquote* dar, wobei hier alle Arbeitslosen Berücksichtigung finden, die länger als 12 Monate durchgängig arbeitslos sind, als Anteil an der Erwerbsbevölkerung berechnet. Nach Eurostat-Angaben (2007) liegt der EU-27-Durchschnitt für 2006 bei 3,6 Prozent, in der Eurozone bei 3,6 Prozent. Deutschland liegt 2006 mit 4,7 Prozent deutlich über dem EU-Schnitt. Geringe Langzeitarbeitslosenquoten finden sich 2006 in Dänemark mit 0,8 Prozent, Zypern mit 0,9 Prozent und Großbritannien mit 1,1 Prozent. Schlechtere Werte weisen Bulgarien mit 5,0 Prozent, Polen mit 7,8 Prozent und die Slowakei mit 10,2 Prozent auf. Als Nicht-EU-Land zeigt Norwegen mit 0,8 Prozent einen sehr guten Wert.

Darüber hinaus lohnt sich eine Aufsplittung der Daten nach dem höchsterreichten Bildungsniveau, als Anteil an der Erwerbsbevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren. Eine Auswertung der Daten der OECD zeigt hier eine Abnahme der Arbeitslosenquote mit zunehmendem (Aus-)Bildungsniveau. Für das Jahr 2005 lag so die Arbeitslosenquote der EU-15 bei 9,1 Prozent mit niedrigerem, bei 5,9 Prozent bei mittlerem und bei 4,3 Prozent bei hohem Bildungsniveau (OECD Employment Outlook 2007). Niedrigeres Bildungsniveau wird dabei definiert als ein Bildungsabschluss unter Sekundarlevel, ein mittleres Niveau bedeutet höchsterreichter Sekundarabschluss und hohes Bildungsniveau wird mit dem Erreichen eines Abschlusses im tertiären Bereich abgedeckt. Eine Übersicht der relevantesten Ergebnisse findet sich in der nachfolgenden Tabelle.

Tabelle 4: Arbeitslosigkeit nach Bildungsgrad 2005 (als Anteil an der jeweiligen Bevölkerung mit entsprechendem Bildungsniveau)^a

	niedrig	mittel	hoch
EU-15	9,1	5,9	4,3
Deutschland	20,2	11,0	5,5
Dänemark	6,8	4,0	3,7
Finnland	10,7	7,4	4,4
Irland	6,0	3,1	2,0
Österreich	8,6	3,9	2,6
Polen	27,1	16,6	6,2
Schweden	8,5	6,0	4,5
Norwegen	7,3	2,6	2,1
Schweiz	7,7	3,7	2,7

^aDie Daten errechnen sich aus dem Anteil der 25-64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung.
Quelle: OECD Employment Outlook 2007.

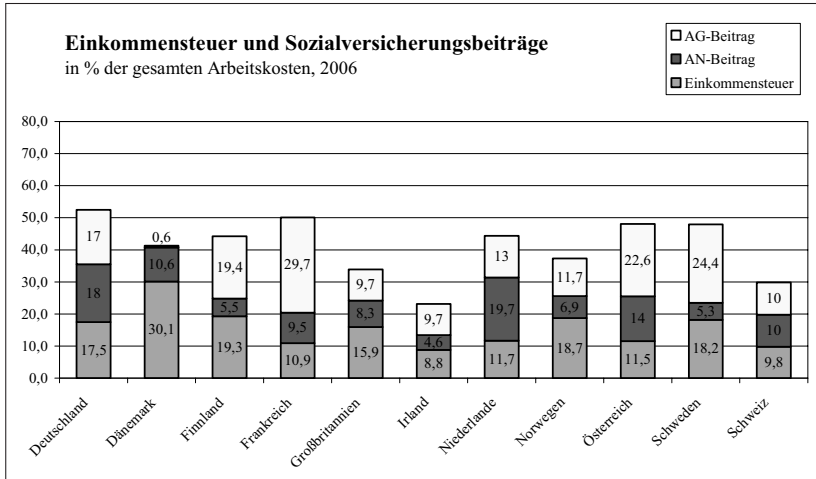
Die Darstellung zeigt einen Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Arbeitslosigkeit. Je höher der Bildungsgrad, desto geringer die Arbeitslosigkeit, wobei auch Hochqualifizierte von Arbeitslosigkeit betroffen sein können. Gute Werte finden sich hier wieder in Norwegen und der Schweiz. Auch Dänemark schafft es relativ gut, auch gering qualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hingegen sind in Polen und in Deutschland gering und mittel Qualifizierte wesentlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als in anderen Ländern. Die Bundesrepublik liegt mit ihren Werten deutlich über dem Durchschnitt der etablierten Mitgliedsstaaten der EU-15.

3.1.3 Ausgewählte Daten zur Abgabenbelastung des Faktors Arbeit

In einem aktuellen Gutachten kommt die OECD zu dem Schluss, die Bundesrepublik Deutschland führe die Finanzierung ihres Wohlfahrtsstaats in einer falschen Organisationsweise durch. Insgesamt dominieren zwei Typen wohlfahrtsstaatlicher Finanzierung. Zum einen erfolgt die Kernfinanzierung aus öffentlichen Haushaltsmitteln, wie in Dänemark oder Schweden, zum anderen werden Sozialausgaben über an die Leistungsfähigkeit gekoppelte Beiträge finanziert (Döring 2007). Eine Übersicht über die Abgabenbelastung des Faktors Arbeit bietet die nachstehende Grafik auf Datenbasis der OECD (2007). Sie

verdeutlicht die Unterschiede im europaweiten Vergleich der Abgabenbelastung von Erwerbseinkommen.

Abbildung 1: Einkommensbelastung im europaweiten Vergleich³
(Angaben in Prozent)



Quelle: OECD Taxing Wages 2005-2006.

Die Übersicht zeigt, dass die skandinavischen Länder sich durch eine geringe Beitragsbelastung der Arbeitnehmer auszeichnen. Die Abgabenbelastung der Arbeitgeber in den skandinavischen Ländern ist uneinheitlich. Auffallend sind auch die hohen Steuerquoten in Dänemark und die vergleichsweise hohen in den anderen skandinavischen Ländern. Diese vergleichsweise hohe Einkommensteuerbelastung deutet auch auf eine stärkere Mischfinanzierung der Sozialsysteme hin, als dies in Deutschland der Fall ist. Wird die Gesamtbelastung des Faktors Arbeit in die Betrachtung mit einbezogen, so finden sich hohe Werte in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Österreich und Schweden. Eher gering wird Arbeit in Dänemark, Großbritannien, Irland, Norwegen und der Schweiz belastet. Allesamt erfolgreiche Länder, wenn die oben angeführten Arbeitsmarktzahlen mit berücksichtigt werden. Insgesamt wird der mehr steuerfinanzierten Lösung eine größere Wettbewerbsfähigkeit im Bereich positiver Arbeitsmarkteffekte

3 Die Berechnungen beziehen sich auf einen allein stehenden Arbeitnehmer mit 100 % des Durchschnittsverdienstes in der verarbeitenden Industrie. Quelle: OECD Taxing Wages 2005/2006.

zugesprochen als den stark bruttolohnbezogenen Systemen. Für den Durchschnittsverdiener kann somit kein Zusammenhang zwischen der Abgabenbelastung und der Arbeitsmarktpformance abgebildet werden.

Die im vorliegenden Kapitel angeführten Daten zeigen deutlich die oben bereits angesprochenen Differenzen zwischen den einzelnen Wohlfahrtsstaaten. Um weitere Analysen und Ländervergleiche zu erleichtern und sinnvoll zu untermauern, bietet sich das Erstellen übersichtlicher Cluster unter Einbezug der hier beispielhaft dargestellten Wohlfahrtssaaten an. Hierzu findet sich in den Sozialwissenschaften eine Reihe von Typologisierungsvorschlägen, wovon die relevantesten im Folgenden kurz erläutert werden.

3.2 Unterschiedliche Ansätze des Wohlfahrtsstaatenvergleichs

Nach einer Skizze dreier unterschiedlicher Typologisierungen wird der Versuch unternommen, daraus eine Synopse zu bilden, um auf dieser Grundlage Cluster für die folgende Analyse zu finden. Die angeführten Typologisierungen erweitern schrittweise die zu betrachtenden Kriterien. Während der Ansatz von Esping-Andersen sich auf die sozialstaatlichen Institutionen konzentriert, erweitern Hall/Soskice dies noch um die Produktionsweise sowie die Arbeitsbeziehungen auf Unternehmensebene und Amable versucht einen größeren mikro- wie makroökonomischen Bogen zu schlagen. Zur Berücksichtigung der wohlfahrtsstaatlichen Vorstellungen in der Gesellschaft sollen diese eher ökonomisch orientierten Typologien um die jeweiligen (Um-)Verteilungsvorstellungen (Mau 2002) ergänzt werden. Kategorisierungen jedweder Art dürfen natürlich nicht dazu führen, dass man graduelle Veränderungen nicht wahrnimmt, solange die Länder damit innerhalb einer Gruppe bleiben (vgl. Bazant/Schubert 2008). Umgekehrt führen Ländervergleiche allein auf der Grundlage von Daten und ohne strukturierende Grundlegungen zu einer unterkomplexen Darstellung (siehe für beides Schubert/Hegelich/Bazant 2008).

3.2.1 Das Grundmodell nach Esping-Andersen und Ergänzungen

Im sozialwissenschaftlichen Diskurs zur Kategorisierung und zum Vergleich von Wohlfahrtsstaaten, welcher in den letzten Jahrzehnten einen großen Aufschwung erlebte, zählen die «Three Worlds of Welfare Capitalism» von Esping-

Andersen (1990 und 1999) sowie die einschlägige kritische Fachliteratur hierzu mittlerweile zu den Klassikern. Im Rahmen neuerer Sozialpolitik-Forschung stellt dieser Typus eine politisch-institutionalistische Wohlfahrtsstaatsanalyse dar. Hierbei stehen zwei Aspekte im Fokus der Analyse. Einerseits geht Esping-Andersen der Frage nach, welche Wirkung soziale und wirtschaftliche Zwänge im Zusammenspiel mit rein politischen Faktoren zeigen. Andererseits versucht er internationale Differenzen in Niveau und Entwicklung der Sozialpolitik zu erklären (Esping-Andersen 1990: 1-5; Schmid 2002: insb. Kap. 3). Aufgrund der differierenden Profile und Systemmerkmale einzelner europäischer Länder ist in der neueren politikwissenschaftlichen Forschung von Wohlfahrtsstaatstypen die Rede. Die Typisierung erfolgt, da einige europäische Wohlfahrtsstaaten Ähnlichkeiten in nationaler Politik- und Sozialgeschichte, in ihren Erfahrungen sowie in einigen statistischen Daten aufweisen. Die Typisierung nach Esping-Andersen stellt zunächst eine idealtypische Unterteilung dar, wobei alle westeuropäischen Staaten grundsätzlich einem der oben skizzierten Realtypen zugeordnet werden können. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass sich im Zuge nationaler politischer Transformationsprozesse einzelne Bereiche vom hier dargestellten Typus abweichen können.

In Esping-Andersens Typisierung stellen die Wohlfahrtsstaatengruppen komplexe Erklärungsmodelle dar, wobei qualitative und quantitative Gesichtspunkte Berücksichtigung finden. Insgesamt beinhaltet dies drei Hauptkriterien (Esping-Andersen 1990: 21-26 und 1999; Schmid 2002: 82f.; Sesselmeier 2007a: 100).

1. Die De-Kommodifizierung, was als relative Entkoppelung von den Risiken und Zwängen kapitalistischer Märkte mit Hilfe eines Instrumentariums zur sozialen Absicherung im Falle von Nichterwerbstätigkeit verstanden wird.
2. Die De-Stratifizierung, welche Struktur und Durchlässigkeit sozialer Sicherungssysteme in Bezug auf Lebenslagen und Solidaritätsbeziehungen beschreibt.
3. Das Zusammenspiel bzw. die jeweils zugeschriebene Verantwortung von Staat, Markt und Individuum.

Mit Hilfe dieser drei Kriterien bildet Esping-Andersen drei Typen oder Regime wohlfahrtsstaatlicher Distribution und Regulation: den konservativen, den sozialdemokratischen und den liberalen Wohlfahrtsstaat. Das System des *konservativen* (oder kontinentaleuropäischen) *Wohlfahrtsstaats* umfasst alle (abhängig) Beschäftigten und erscheint stark selektiv sowie lohnarbeits- und sozialversicherungszentriert. Er zielt prinzipiell auf Lebensstandardsicherung mit einem

»Recht« auf Einkommen, wobei passive (Ersatz-)Leistungen mit einer relativ hohen Lohnersatzquote von einer Fokussierung auf passive Arbeitsmarktpolitik zeugen. Aktive Arbeitsmarktpolitik spielt eine untergeordnete Rolle. Die Sozialversicherungssysteme beruhen auf dem Alleinernährermodell, weshalb die Familie eine zentrale Rolle spielt. Hingegen stellt die Bildungspolitik keinen nennenswerten Teil des Sozialsystems dar. Er finanziert sich durch die Beiträge der Versicherungspflichtigen, bei mäßiger Umverteilung. Zur Gruppe der konservativen Wohlfahrtsstaaten zählen Deutschland, Frankreich, Österreich, die Niederlande und Italien.

Ein zweites Regime stellt der *skandinavische* (oder sozialdemokratische) *Wohlfahrtsstaat* mit Dänemark, Schweden und Norwegen dar. Dieser Wohlfahrtsstaat ist universalistisch ausgerichtet, wobei Gleichheit und Solidarität auf höchstem Niveau angestrebt werden. Basierend auf sozialen Bürgerrechten spielt der Staat eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung universalistischer sozialer Dienstleistungen. Er finanziert sich über ein Mischsystem aus Sozialabgaben und Steuern, bei einer geringeren Belastung niedrigerer Einkommen. Die Arbeitsmarktpolitik ist stark aktiv ausgerichtet, mit passiven Elementen, wobei die individuelle Inklusionsbereitschaft gefordert und gefördert wird. Der Bildungspolitik kommt hierbei eine präventive und sozialintegrative Funktion zu.

Das dritte Regime bildet der *liberale* (oder angelsächsische) *Wohlfahrtsstaat*, mit Großbritannien, Irland, USA und Australien. Hier wird insbesondere die Rolle des freien Marktes betont, wobei der Zugang einkommensabhängig ist. Er lässt allen Bürgern mindestsichernde Leistungen zukommen, wobei er sich überwiegend aus Steuern finanziert. Die passiv ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik bietet relativ geringe Unterstützung bei hohen Zumutbarkeitsregelungen. Die aktive Arbeitsmarktpolitik spielt, ähnlich dem konservativen Modell, eine untergeordnete Rolle. Da auch hier die Familie eine wichtige Position einnimmt, kommt dem Bildungssystem kein sozial- oder arbeitsmarktpolitischer Auftrag zu. Eine zusammenfassende Darstellung der angeführten Aspekte ist in der folgenden Tabelle zu finden (hierzu ausführlich Esping-Andersen 1990: 26-33 und 1999; Obinger/Kittel 2003; Schmid 2002: 84ff.; Sesselmeier 2007a und ausführlich 2007b).

Tabelle 5: Die Wohlfahrtsstaats-Typologisierung nach Esping-Andersen (1990)

Merkmale	Konservatives Modell	Liberales Modell	Sozialdemokratisches Modell
Leitbild	Paternalismus, korporative Zugehörigkeit	Individualismus, Selbstverantwortung	Universalismus, Solidarität
Organisation	Berufsbezogene, statusdifferenzierte Pflichtversicherung	Private Vorsorge, residuale Sozialhilfe	Einheitliche und umfassende Programme
Verantwortlichkeit	Familie / Staat	Individuum	Gesellschaft
Finanzierung	Beiträge (Staatszuschüsse)	Beiträge	Steuern (Beiträge)
Leistungen	Starke Einkommens- und Statusdifferenzierungen	Eng beitragsbezogen	Einkommensunabhängig, bedarfsorientiert

Quelle: Eigene modifizierte Darstellung nach Literatur.

In der Fachliteratur finden sich als Ergänzung zum Modell von Esping-Andersen noch zwei weitere Kategorien, welche der vorherrschenden Dreiteilung hinzugefügt werden. Zum einen wird die Perspektive um das *mediterrane Modell*, etwa mit Griechenland, Spanien, Portugal und Malta, erweitert. Diese Länder zeichnen sich eher durch ein geringes Maß an öffentlicher Absicherung und einen großen sozialstaatlichen Nachholbedarf bei gleichzeitiger traditioneller familiärer Absicherung aus. Würde man dies tun, dann müssten auch Frankreich und Italien in Anbetracht der Ausgestaltung ihrer sozialen Sicherungssysteme und ihrer Arbeitsmarktverhältnisse in diese Kategorie gezählt werden (Aiginger/Guger 2005; Sesselmeier 2006: 204ff.; Sesselmeier 2007a: 4f.). Es deutet sich damit schon an, dass die südeuropäischen Länder sich eher in den Outcomes als kategorial von den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten unterscheiden (vgl. Merkel 2007: 234), weshalb hier das *mediterrane Modell* nicht weiter expliziert wird. Eine zweite Perspektive bezieht die *mittel- und osteuropäischen Länder* mit ein. Mit den politischen Umwälzungen nach 1989 stehen jene Volkswirtschaften vor der Herausforderung sowohl binnenwirtschaftlich und –politisch zukunftsfähige Reformen durchzuführen als auch sich in der internationalen marktwirtschaftlichen Arbeitsteilung einen festen Platz zu sichern. Im Zuge tief greifender und oftmals einschneidender Veränderungen in den (demokratisch)

marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in der Ausgestaltung des ökonomischen Systems und der sozialen Sicherungssysteme, erfolgt eine Orientierung an westeuropäischen Standards (Taschowsky 2006; Franzen/Haarland/Niessen 2000; auch Sesselmeier 2007a). Ähnlich wie die südeuropäischen Länder sind die Transformationsländer noch durch einen nachholenden Wohlfahrtsstaat zu charakterisieren. Sie bilden in ihrer Heterogenität weniger ein eigenes Cluster, weisen jedoch von der kategorialen Tendenz her eine gewisse Nähe zu den kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten auf (Sesselmeier/Somaggio 2008).

3.2.2 Ökonomische und wohlfahrtsstaatliche Performance nach Clustern in der Tradition Esping-Andersen

Die folgende Darstellung gibt eine Übersicht der herausragenden Werte ausgesuchter Wohlfahrtsstaaten nach Clustern in der Tradition nach Esping-Andersen. Hierbei werden relevante Merkmalsdimensionen, wie ausführlich in Sesselmeier (2007b) dargestellt und begründet.

Tabelle 6: Die konservativen Wohlfahrtsstaaten⁴ (Angaben für 2004, sofern nicht anders angegeben; Werte in Prozent)

	D	Durchschnitt Länder- gruppe	Bester Wert	Schlechtester Wert
Wachstum (1994-2004)	1,4	2,0	2,7 (NL)	1,4 (D)
Arbeitslosigkeit (1994-2004)	7,8	7,83	4,6 (NL)	10,6 (F)
Sozialschutzquoten (Anteil am BIP)	29,5	29,0	26,1 (I)	31,2 (F)
Steuerquote (Anteil am BIP)	21,9	26,6	21,9 (D)	30,5 (B)
Beitragsquote (Anteil am BIP)	16,8	14,7	12,7 (I)	16,8 (D)
Abgabenquote (Anteil am BIP)	38,7	41,3	37,3 (NL)	44,6 (B)

Quellen: OECD Employment Outlook 2007, Sozialpolitik Aktuell, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

4 In die Berechnung der Durchschnittswerte dieser Gruppe flossen neben deutschen auch Daten der Länder Italien, Österreich, Frankreich, Belgien und Niederlande.

Innerhalb dieses Clusters zeigt sich kein einheitliches Bild. Während die Niederlande durch relativ gute Performance-Werte und die geringste Abgabenbelastung auffällt, rücken für Frankreich die eher schlechten Wachstumswerte und die hohe Abgabenbelastung in den Blick. Für Deutschland zeigt sich zwar ein freundliches Bild durch eine geringe Steuerbelastung, was durch die hohen Sozialabgaben und die schlechten gesamtwirtschaftlichen Wachstumswerte wett gemacht wird.

Tabelle 7: Die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten (Angaben für 2004, sofern nicht anders angegeben; Werte in Prozent)

	S	N	FIN	DK	Durchschnitt Länder- gruppe	Bester Wert	Schlechtester Wert
Wachstum (1994-2004)	2,9	3,1	3,8	2,1	3,0	3,8 (FIN)	2,1 (DK)
Arbeitslosigkeit (1994-2004)	6,1	4,6	11,8	5,4	7,0	4,6 (N)	11,8 (FIN)
Sozialschutzquoten (Anteil BIP)	32,9	k. A.	26,7	30,7	30,1**	26,7 (FIN)	32,9 (S)
Steuerquote (Anteil am BIP)	19,4*	21,7*	17,8*	30,1*	22,3	17,8 (FIN)	30,1 (DK)
Beitragsquote (Anteil am BIP)	14,6*	9,6*	12,1*	2,1*	9,6	2,1 (DK)	14,6 (S)
Abgabenquote (Anteil am BIP)	34,0* (50,5)	31,3*	29,9*	32,2* (48,8)	31,8	29,9 (FIN)	34 (S)

Quellen: OECD Employment Outlook 2007; *Key figures on Europe. Statistical Pocketbook 2006./
**ohne Norwegen.

Die Darstellung zeigt beispielsweise, dass der gute Wachstumswert in Finnland einerseits zwar mit einer hohen Sozialschutzquote einhergeht, andererseits allerdings mit hohen Abgabenquoten gekoppelt ist. Ebenfalls durch hohe Abgabenquoten fällt Schweden auf. In Dänemark wird eher auf die ausgewogene Mischung zwischen Steuer- und Abgabenbelastung geachtet.

Tabelle 8: Die liberalen Wohlfahrtsstaaten (Angaben für 2004, sofern nicht anders angegeben; Werte in Prozent)

	CH	UK	USA	AUS	Durchschnitt Länder- gruppe	Bester Wert	Schlechtester Wert
Wachstum (1994–2004)	1,4	2,9	3,2	3,8	2,8	3,8 (AUS)	1,4 (CH)
Arbeitslosigkeit (1994–2004)	3,4	6,4	5,2	7,2	5,5	3,4 (CH)	7,2 (AUS)
Sozialschutzquoten (Anteil BIP)	22,2*	26,3	–	–	–	–	–
Steuerquote (Anteil am BIP)	–	15,6*	–	31,2	–	–	–
Beitragsquote (Anteil am BIP)	–	8,2*	–	–	2,25	–	–
Abgabenquote (Anteil am BIP)	29,0	23,8*	25,4	31	30,5	29,0 (CH)	36,0 (UK)

Quellen: OECD Employment Outlook 2007, Sozialpolitik Aktuell, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. *Key figures on Europe. Statistical Pocketbook 2006; **Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2006.

Hier gestaltet sich das Aufzeigen genereller Tendenzen aufgrund der schlechten Datenlage als schwierig.

3.2.3 Das Modell nach Hall und Soskice

Zur dreiteiligen Typisierung in der Tradition nach Esping-Andersen finden sich in der Fachliteratur noch weitere Vergleiche und Typisierungen im europäisch vergleichenden Kontext. Ein interessanter Ansatz ist sicherlich jener von Hall und Soskice (2001). Ihre Typologisierung konzentriert sich auf die Verbindung ökonomischer Performance mit wohlfahrtsstaatlichen Arrangements. Neben den institutionellen Rahmenbedingungen werden hier noch die Produktionsweise und die länderspezifischen Arbeitsbeziehungen auf Unternehmensebene in Betracht gezogen. In diesem Zusammenhang verweisen die Autoren auf die Relevanz des Zusammenspiels der Faktoren Organisation, Institution und Kultur, welche nachweislich Einfluss auf die Problemlösungsstrategien von Unternehmen haben. Demnach werden die Wohlfahrtsstaaten in koordinierte und nicht-koordinierte Marktwirtschaften untergliedert (Allen 2006; Becker 2007; Hall/Soskice 2001; Obinger/Kittel 2003).

Zur Gruppe der koordinierten Marktwirtschaften zählen hierbei Deutschland, Österreich, die Niederlande und die skandinavischen Länder. Sie zeichnen sich durch eine Vielzahl und Variation an nicht-marktmäßigen Beziehungen sowie Investitionen in spezifische Aktivposten aus. Dabei werden Unternehmensperformances nicht dem reinen Marktprinzip überlassen. Das Verhalten und Auftreten von Unternehmen ist hier zumeist Resultat strategischer Interaktion zwischen ihnen und anderen Akteuren, wie etwa Arbeitnehmervertretern oder staatlichen Institutionen (Hall/Soskice 2001: 8-10; Amable 2003: 13). Unternehmen legen ihrem Handeln nicht die eigenen internen Hierarchien zugrunde, sondern gehen Kooperationen mit anderen außen stehenden Firmen, Akteuren oder Institutionen ein oder bilden Netzwerke zur Zielerreichung. Insgesamt tendieren koordinierte Marktwirtschaften zu einem Netz an ausdifferenzierten Institutionen zur Koordination finanzieller und industrieller Beziehungssysteme (Hall/Soskice 2001: 19; Allen 2006; Becker 2007).

Die Kategorie der nicht-koordinierten Volkswirtschaften kann mit den liberalen Wohlfahrtsstaaten in der Tradition nach Esping-Andersen gleichgesetzt werden. Hierzu zählen unter anderem Großbritannien, Irland und die USA. Nicht-koordinierte Marktwirtschaften vertrauen in erster Linie auf Marktmechanismen und investieren in transferierbare Aktiva. Marktbeziehungen sind hierbei durch Wettbewerb sowie formales Vertragswesen charakterisiert. Der Austausch von Waren und Dienstleistungen fußt auf dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Dabei orientieren sich die Firmen an internen Hierarchien zur Zielerreichung, sprich Gewinnmaximierung (Hall/Soskice 2001: 8f.; Amable 2003: 13; Allen 2006; Sesselmeier 2007a: 101). Insgesamt tendieren nicht-koordinierte Marktwirtschaften zur Anlehnung an Marktmechanismen zur Koordination ihrer Bestrebungen im Industrie- und Finanzsektor (Hall/Soskice 2001: 19).

Darüber hinaus machen Hall/Soskice noch eine dritte Ländergruppe aus, welche sich nur schwer zuordnen lässt, die so genannte »unklare Position«. Hierzu zählen Frankreich, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und die Türkei. In der Literatur findet sich hierfür oftmals die Bezeichnung der Gruppe mediterrane Länder. Sie zeichnen sich durch einen ausgeprägten Agrarsektor und historisch wenig staatliche Eingriffe aus, was sie tendenziell als nicht-koordinierte Marktwirtschaften erscheinen lässt (Hall/Soskice 2001: 20f.; Allen 2006).

3.2.4 Die Typologisierung nach Amable

Kritik am unternehmenszentrierten Ansatz von Hall und Soskice erfolgt von Amable (2003), welcher mit seinen «five types of Capitalism» einen weiteren Ansatz zur vergleichenden Analyse liefert. Er verschiebt den von Hall und Soskice vorgegebenen unternehmerischen Fokus hin zu anderen Institutionen, wie Institutionen am Arbeitsmarkt, Marktwettbewerb, vermittelnder Finanzsektor, das Verhältnis zwischen Arbeit und Entlohnung, soziale Sicherung und Wohlfahrtsstaat oder den Bildungssektor. Dem Faktor Kultur spricht Amable zwar nicht den Einfluss ab, jedoch die große Relevanz, welche ihm Hall/Soskice gegeben haben. Stattdessen betont er die Relevanz des Produktmarktes und des Finanzsektors in marktzentrierten Volkswirtschaften, aufgrund der schnellen Reaktionsmöglichkeiten von Unternehmen auf Veränderungen. Dass Marktmechanismen alleine nicht für Stabilität sorgen, zeigen laut Amable die positiven Entwicklungen bei koordinierten Arbeitsmarktprozessen. Als Beispiel führt er hier die produktivitäts- und innovationssteigernden Effekte koordinierter Lohnverhandlungen an, da diese zu gerechterer Einkommensverteilung führen (Amable 2003: 14f.). Umgekehrt kann ein hoher Schutz des Faktors Arbeit nur durch relativ geringen Wettbewerb im Finanzsektor und auf dem Produktmarkt, wie im kontinentaleuropäischen Modell, gewährleistet werden (Amable 2003: 15).

Durch seine Argumentation erweitert Amable den vorherigen Ansatz um den Versuch, einen engeren Bezug zwischen Mikro- und Makroebene herzustellen. Hierbei macht er fünf verschiedene Typen aus: das marktbasierende, das sozialdemokratische, das kontinentaleuropäische, das mediterrane sowie das asiatische Modell. Allesamt sind charakterisiert durch spezifisch institutionelle Formen und spezielle institutionelle Ergänzungen. Das marktbasierende Modell entspricht im Wesentlichen dem nicht-koordinierten Modell nach Hall/Soskice und ist, laut Amable, als einziges der fünf nicht an eine geografische Region gebunden (Amable 2003: 14). Diese Analyse ist nicht, wie sonst zumeist üblich, auf den west- und mitteleuropäischen sowie den nordamerikanischen und australischen Kontinent beschränkt, sondern bezieht auch die aufstrebenden asiatischen Länder mit in Betracht.

Amable unterscheidet in mehreren Achsen. Zum einem reicht das Spektrum von marktzentrierten Staaten mit flexiblen Märkten (Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Kanada, Australien) bis hin zur mediterranen Staatengruppe mit rigiden Märkten (Italien, Spanien, Portugal, Griechenland). Ein zweites

Spektrum zieht den Grad sozialer Sicherung in Betracht. Hierbei unterscheiden sich das sozialdemokratische Modell (Schweden, Finnland, Dänemark) deutlich vom asiatischen mit Japan und Korea. Als fünfte Gruppe führt Amable die kontinentaleuropäische an, mit Deutschland, Frankreich, Belgien, Irland, Norwegen, den Niederlanden und der Schweiz. Dabei merkt der Autor an, dass die Niederlande und die Schweiz auch eine eigenständige Gruppe bilden könnten (Amable 2003: 20f.).

3.2.5 Der Reziprozitätsansatz von Mau

Mit dem Ansatz von Mau (2002) wird die überwiegend ökonomische Perspektive verlassen und um die gesellschaftlichen Vorstellungen zu wohlfahrtsstaatlicher (Um-)Verteilung erweitert. Dabei definiert er Wohlfahrtsstaat als »normativen Anerkennungszusammenhang« zur Ermittlung seiner sozialen Akzeptanz, wobei dieser einerseits als »moralische Einrichtung«, andererseits als »institutionell vorteilhaftes Arrangement« (Mau 2002: 345) gesehen werden kann. Hierfür bedient er sich des Konzeptes der Moralökonomie. Dies impliziert die Annahme, dass reale Sozialtransfers aus normativen Vorstellungen resultieren, welche sich an Kriterien wie Fairness und Angemessenheit, kurzum sozialer Gerechtigkeit, orientieren (Mau 2002: 345). Mau erweitert den Ansatz des homo oeconomicus zu einem homo reciprocus, welcher die Akzeptanz als relevantestes Kriterium im wohlfahrtsstaatlichen Arrangement ansieht (auch Sesselmeier 2007a: 106). Soziale Akzeptanz der vorhandenen Transfersysteme lässt sich nicht nur an Leistungen messen, sondern muss auch den Einfluss solcher Systeme auf das Verhältnis zwischen sozialen Gruppen, wie Leistungsempfängern und Beitragszahlern, berücksichtigen. Hierbei gelten im sozialpolitischen Bereich sowohl staatliche als auch quasi-staatliche Institutionen als Hauptinteraktionspartner beider Seiten (Mau 2002: 352).

Reziprozität wird hierbei nicht als eigenständiges Einheitskonzept gesehen, sondern als ein Sammelbegriff für eine Vielzahl an Normen und wechselseitigen Verpflichtungsverhältnissen. Jede Norm enthält dabei ihre eigene Relation aus Moral und Interesse. Hieraus leitet sich eine Definition des Begriffs sozialer Rechte ab, welche nur einen Teilaspekt im Gesamtgefüge aus Leistungsempfängern, Leistungsbringern, Wechselseitigkeit und Verpflichtungsverhältnissen darstellen. Die wohlfahrtsstaatliche Charakterisierung erhält ihre Aussagekraft erst durch die Berücksichtigung sozialer Binnenverhältnisse und Beziehungsstrukturen, welche sich via spezifischer Normen in institutionellen Strukturen

manifestiert. Diese wiederum sind durch Erstellung des zugehörigen Rechte- und Pflichtenkatalogs für die konkrete Ausgestaltung der Reziprozitätsverhältnisse verantwortlich, (Mau 2002: 354). Eine Übersicht der konkreten Typologisierung anhand der Argumentation nach Mau liefert die nachfolgende Abbildung, wobei die analogen Typologisierungen nach Esping-Andersen in Klammer hinzugefügt sind.

Tabelle 9: Die Taxonomie wohlfahrtsstaatlicher Reziprozität nach Mau

<p>Ausgeglichene Reziprozität: Beitragsgerechtigkeit, intertemporale Umverteilung</p> <p>Politikdesign: Lebensstandardsicherndes Sozialversicherungsmodell (<i>Kontinentaleuropäischer Wohlfahrtsstaat</i>)</p>	<p>Risikoreziprozität (bzw. dispositionale R.): Bedarfsgerechtigkeit, Versorgungsverantwortung für soziale Schädigungen</p> <p>Politikdesign: Subsidiäre, auf ein soziales Minimum ausgerichtete Politik (<i>Liberaler Wohlfahrtsstaat</i>)</p>
<p>Generalisierte Reziprozität: egalisierende Gerechtigkeit, sozialer Ausgleich</p> <p>Politikdesign: Universalistische und kompensatorische Umverteilungspolitik (<i>Sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaat</i>)</p>	<p>In Pflicht nehmende Reziprozität: Wohlfahrtspaternalismus, Selbsthilfepriorität</p> <p>Politikdesign: Residuale, auf Bedürftigkeit und Aktivierung ausgerichtete Politik (<i>Europäisches Wohlfahrtsstaatsmodell</i>)</p>

Quelle: Modifiziert nach Mau (2002, 357)

3.2.6 Zusammenfassende Betrachtung der Wohlfahrtsstaaten-typologisierungen

Die hier aufgeführte Synopse bietet einen Überblick über die einzelnen Typologisierungsversuche. Dabei werden die einzelnen Ländergruppen, nach Autoren getrennt und in den jeweils entsprechenden Typen gegenübergestellt. Eine solche Darstellung verdeutlicht auch die Quantität entsprechender Studien zu einzelnen wohlfahrtsstaatlichen Aspekten sowie deren Entwicklung.

Tabelle 10: Synopse der erläuterten Typologisierungen

Autor	Typologisierung				
Esping-Andersen	Liberal (CH, UK, IRL)		Sozialdemokratisch (S, DK, N, SF)	Konservativ (D, B, NL, F, I, A)	
Hall/Soskice	Liberal/ Unkoordiniert (UK, IRL)	Tendenziell unkoordiniert, Unklar (F, GR, E, P)	Koordiniert (D, A, NL, DK, N, S, SF)		
Amable	Marktzentriert (UK, IRL)	Mediterran (I, S, P, GR)	Sozialdemokratisch (S, SF, DK)	Kontinentaleuropäisch (D, F, B, A, CH, NL, IRL, N)	Asiatisch (JP, KOR)
Mau	Risikoreziprozität (liberal)		Generalisierte Reziprozität (sozialdemokratisch)	Ausgeglichene Reziprozität (Kontinentaleuropäisch)	

Quelle: Eigene Darstellung nach Literatur.

Aus der Darstellung geht deutlich hervor, dass die einzelnen Typologisierungen zwar differieren, jedoch im Kern über die einzelnen Autoren hinweg große Überschneidungen aufweisen, was sich aufgrund der unterschiedlichen Zugänge und Foki als besonders interessant präsentiert. Esping-Andersens Klassiker und Grundmodell (1990 und 1999) fokussiert insbesondere die sozialstaatlichen Institutionen, während Hall/Soskice (2001) diesen Fokus um die Faktoren Arbeitsbeziehungen und Produktionsweise erweitern. Diese Erweiterung des Betrachtungsrahmens zieht eine nur unwesentliche Veränderung der Ländergruppen nach sich. Der Kern entspricht dem Esping-Andersens, wobei Hall/Soskice den sozialdemokratischen und den konservativen Wohlfahrtsstaatstyp zur Gruppe der koordinierten Marktwirtschaften zusammenfassen, und darüber hinaus eine weitere, als unklar bezeichnete Gruppe öffnen. Amable (2003) legt das Modell nach Hall/Soskice zugrunde und erweitert dieses wiederum um die Faktoren Korporatismus und Ausbildung. Beide Ansätze, von Hall/Soskice wie von Ama-

ble, stellen stärkere Verknüpfungen zwischen der Makro- und Mikroebene her, als Esping-Andersen dies tat. Darüber hinaus verlässt Amable den bisherigen geografischen europäischen, australischen und nordamerikanischen Raum, um seine Typologisierung um die asiatischen Länder zu ergänzen. Diese Erweiterung erweist sich für die vorliegende Studie als weniger relevant. An dieser Stelle muss auf die kritische Anmerkung von Höpner und Schäfer (2007) verwiesen werden, wonach die Argumentationsorientierung anhand der Kapitalismus-Cluster, welche sich an nationalen Ausprägungen orientieren, zu kurz greift. Hierbei wird nationale Stabilität überschätzt und eine Einbettung in supranationale Konzepte vernachlässigt, wie sie beispielsweise durch EU-Regulierungen stattfinden. Hierzu passt der Vorschlag von Mau (2002). Mit ihm wird der bisher nahezu rein ökonomische Fokus um einen normativen bereichert. Hierbei wird darauf verwiesen, dass die institutionellen Rahmen eine gesellschaftliche Akzeptanz erfordern, woraus sich wiederum die konkreten wohlfahrtsstaatlichen Ausgestaltungen ableiten. Anhand der Gegenüberstellung wird aber auch deutlich, dass sich Mau im Wesentlichen ebenfalls mit der Einteilung Esping-Andersens in Einklang bringen lässt.

Tabelle 11: Abgleich ökonomischer und sozialpolitischer Leistungsprofile nach Kitschelt

	Marktlibe- raler Kapita- lismus	Konserva- tiver christdemo- kratischer Kapitalis- mus	Sozialdemo- kratischer Kapitalismus
Performance nach Effizienz			
Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum	leichter Vorteil	leichter Nachteil	leichter Vorteil
Beschäftigungsniveau	Vorteil	Nachteil	Vorteil
Policy			
Kommodifizierende, regenera- tive Sozialpolitik	geringfügig	geringfügig/ moderat	intensiv
Dekommodifizierende, konsumtive Sozialpolitik	geringfügig	intensiv	moderat
Investitionen in Wissensproduk- tion/ Humankapital	intensiv	geringfügig	intensiv
Innovationsanstrengungen	intensiv	moderat	intensiv

Quelle: Eigene modifizierte Darstellung nach Kitschelt (2006: 71).

Die hier angeführte Tabelle nach Kitschelt (2006) zeigt eine Kombination aus ökonomischen und sozialpolitischen Aspekten zur Beurteilung und Chancenbewertung wohlfahrtsstaatlicher Performance.⁵ Insgesamt weist aber auch er eine starke Orientierung am Grundmodell nach Esping-Andersen auf. Allerdings finden sich hier keine Länderbausteine als Anhaltspunkte, sondern vielmehr eine Konzentration auf die Organisationsform des Gesamtkonzepts der jeweiligen Kapitalismusform. Gleichwohl werden die Esping-Andersen'schen Kriterien um die der anderen Autoren ergänzt, so dass eine breite qualitative Einschätzung der ökonomischen und sozialpolitischen Leistungsfähigkeit der unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatscluster möglich ist. Bereits an dieser Stelle deutet sich schon die Vorrangstellung der Aktivierungsstrategie zur beschäftigungsorientierten Inklusion der marktliberalen, aber vor allem der sozialdemokratischen Länder in den europäischen Best-practice-Verfahren an.

3.3 Schlussfolgerungen aus dem bisherigen Forschungsstand

Der sich zuspitzende globale Wettbewerb, wie in Kapitel 2 erläutert, ist nicht nur einer zwischen Unternehmen, sondern auch einer zwischen den Erwerbsbevölkerungen und den Wohlfahrtsstaaten. Entsprechend rückt der Faktor Arbeit noch weiter in den Fokus als er das bisher ohnehin tat. Hierbei werden nicht nur die Qualität, sondern vor allem auch dessen Kosten diskutiert (Iversen/Cusack 2000; Iversen 2005; Schulte 2007). Schulte (2007) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass neben der Immobilität des Faktors Arbeit auch die höheren Preisniveaus und Arbeitsmarktregulierungen in den frühindustrialisierten Ländern ihren Teil zum Lohngefälle beitragen. Um die Mobilität der Arbeitskraft zu fördern muss bereits frühzeitig auf Aus- und Weiterbildung gesetzt werden, denn sie wirkt hierbei als Motor (Nelson 2007). Ein weiterer Beitrag zur Mobilitätsförderung kommt aus Dänemark. Mit Reformen in den 1990er Jahren wurde hier durch Lockerung des Kündigungsschutzes bei gleichzeitiger Stärkung der Arbeitnehmermitbestimmung bei Tarifverhandlungen die innerbetriebliche Mobilität erhöht (Seifert 2006). Die dargestellte Interdependenz führt im engen Markt der EU-15 zu einer Spezialisierung der Produktion auf höherwertige Produkte und

5 Dies geschieht auf der Basis umfangreicher Datenauswertungen, die hier nicht wiedergegeben werden.

Dienstleistungen und andererseits zu einer Optimierung bei den Arbeitskosten (Stecher 2004; Schulte 2007). Dies beinhaltet neben Personaleinsparungen aber auch eine Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, wodurch prekäre Arbeitsverhältnisse, wie Teilzeit, geringfügige Beschäftigung, Leih- und Zeitarbeit, an Relevanz gewinnen (Oschmiansky 2007; Schulte 2007). Diesen Trend haben die Niederlande bereits vor einiger Zeit erkannt und positiv umgesetzt. Hier werden alternative Beschäftigungsformen den Normalarbeitsverhältnissen gleichberechtigt gegenüber gesetzt, was zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, ohne Nachteile für die Arbeitnehmer, sowie zu einer Reduzierung der Schattenwirtschaft führte (Visser/Hemerijck 1997; Enste/Schneider 2006; Seifert 2007). Der gleichen Argumentation folgt auch Aiginger (2005) für die mittelfristige Entwicklung Österreichs. Im Bereich aktiver Arbeitsmarktpolitik sehen sich jene Wohlfahrtsstaaten im Vorteil, welche auf eine lange Verweildauer im Arbeitsmarkt abzielen. Neben der Förderung der Aus- und Weiterbildung zählt hierzu auch die schnelle Reintegration Arbeitsloser. In Schweden wird eine erfolgreiche Reintegration über eine Aktivierungsgarantie unterstützt, mit gutem Erfolg, wie etwa die Untersuchung von Delander und Mansson (2007) zeigt. Dabei zeichnet sich die institutionelle Rahmengestaltung sowohl in Schweden als auch in Dänemark durch eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung aus (Algan/Cahuc 2005; Delander/Mansson 2007).

An dieser Stelle ist der Wohlfahrtsstaat insgesamt gefordert, seinen Kernaufgaben nachzukommen und nicht nur die Bürger vor zentralen Risiken zu schützen und Ungleichheiten auszutarnen, sondern andererseits auch eine verbesserte ökonomische Entwicklung und Beschäftigungssituation anzustoßen (Döring 2007a; Ottnad 2006; Pontusson 2005). Zur erfolgreichen Implementierung entsprechender Maßnahmen für eine positive Arbeitsmarktpformance bedarf es im Idealfall einer am Bürger ausgerichteten Sozialpolitik, welche sich an dessen Bedürfnissen orientiert und auch schwache Gruppen berücksichtigt und mit einbezieht. Hierzu liefert Cantelli (2007) einen interessanten Ansatz. Danach bringt er Gedanken zur Transformation vom diktierenden hin zum reflektierenden Wohlfahrtsstaat in die Diskussion ein, wenngleich er, wie Lengfeld (2007), auf die Risiken verweist. Innerhalb der Europäischen Union führt der hier dargestellte Ablauf zu einem verschärften Wettbewerb der Wohlfahrtsstaaten untereinander, da die bereitgestellten wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen über die Performance und dadurch auch über die Positionierung des Wohlfahrtsstaates im EU-weiten Ranking führen. Entsprechend stehen die west- und süd-

europäischen Wohlfahrtsstaaten vor der Herausforderung, ihre institutionellen Rahmen anhand einer entsprechenden Zielausrichtung und Arbeitsmarktorientierung zu reformieren (Eichhorst 2005; Konle-Seidl/Eichhorst/Grienberg-Zingerle 2007; Mares 2005; Schömann/Siarov/van den Heuvel 2006; Schulte 2007; Wahl/Schulte 2005).

Nach Sichtung der umfangreichen Literatur vor dem Hintergrund der Frage nach dem Zusammenspiel ökonomischer Entwicklung und sozialer Sicherung, erfolgt an dieser Stelle eine erste Zusammenfassung, hinsichtlich einer erfolgreichen Ausrichtung (ähnlich bereits bei Döring 2004 sowie 2007a und 2007b, Kitschelt 2006 oder Schulte 2007). Dabei muss konstatiert werden, dass jene Länder hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktpformance und den daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Daten im Vorteil sind, welche

- die Einkommensbelastung durch lohnbezogene Sozialbeiträge insgesamt niedrig halten und dabei
- in der Finanzierung der sozialen Sicherung stärker auf die Mischung von Sozialabgaben und Steuern achten,
- private, kapitalgedeckte Vorsorge als Zusatz zur öffentlichen Absicherung fördern,
- stärker die Niedrigentgelte stützen,
- verschiedene Formen von Erwerbsarbeit gleich behandeln,
- insgesamt einen langen aktiven Verbleib im Arbeitsmarkt fördern,
- stärker in Bildung und Weiterbildung investieren sowie
- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern.

Die hier angeführten Aspekte finden sich nicht in allen Wohlfahrtsstaaten wieder. Tendenziell finden sich die oben angeführten Aspekte in den skandinavischen Ländern, was ihren Status als europäische Benchmark rechtfertigt. Insgesamt unterstreicht dies aber auch die bereits mehrfach angesprochenen Differenzen in der wohlfahrtsstaatlichen Performance der untersuchten EU-Mitgliedsstaaten. Diese, unter Einbezug etwa der neuen Mitgliedsstaaten teils gravierenden Unterschiede, machen eine Zielerreichung gemeinsamer supranationaler EU-Politiken von der Übertragbarkeit und erfolgreichen Implementierung auf nationaler Ebene abhängig. Auch hier zeigt sich eine Begründung des gesteigerten Interesses der EU am erfolgreichen Handling nationalstaatlich geprägter Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, da sich Resultate aus mikropolitischen Entwicklungen auch auf die makropolitischen Vorgaben und Zielsetzungen der Europäischen Union niederschlagen. Im Zuge der angestrebten internationalen Wettbewerbsfähigkeit

des gemeinsamen europäischen Binnenmarktes implementiert nun die EU mit der EBS und der OMK Benchmarks zur Optimierung nationalstaatlicher Performance und somit auch der gesamteuropäischen. Dies zieht wiederum einen europaweiten Anpassungsprozess wohlfahrtsstaatlicher Ausgestaltung nach sich, worin sich ein Bündel an Übertragbarkeitsschwierigkeiten versteckt. Kluge (2007) kommt vor dem Hintergrund von Entwicklungen im Bereich der Arbeitsmarktpolitik der jüngeren Vergangenheit in ausgewählten EU-Staaten gar zu dem Schluss, dass die europäische Heterogenität, trotz der verfolgten EBS, kein einheitliches Konzept aktiver Arbeitsmarktpolitiken hervorbringen kann. Aufgrund der nationalstaatlichen Differenzen werden auch immer Abweichungen in der arbeitsmarktpolitischen Ausgestaltung vorhanden sein, was von einem Bündel an Bedingungen abhängt (Baldwin 1990; Schludi 2005). Welche Problematik solche Transformationsprozesse weiterhin mit sich bringen können, wird am Beispiel des Arbeitsmarktes in den nachfolgenden Kapiteln erläutert. Hier zeigt sich, dass trotz oder vielleicht auch wegen der kaum noch zu überblickenden Einzelergebnisse und Studienvielfalt noch eine Reihe offener und neuer Fragen und Forschungsbedarfe bestehen, die im Folgenden herausgearbeitet werden.

4 Das neu-keynesianische Arbeitsmarktmodell – ein Analyserahmen zur Untersuchung des europäischen Anpassungsprozesses

Es besteht weitgehend Einigkeit, dass im Gegensatz zu den USA die hohe Arbeitslosigkeit in Europa zumeist strukturell und institutionell bedingt ist (Schettkat 2003; Krugman 1999; Freeman 1995). Dies zeigt sich auch in den Verlaufsdaten, wo die US-amerikanische Arbeitslosenquote den Konjunkturbewegungen entsprechend schwankt, während der Verlauf der europäischen Arbeitslosenquote durch einen treppenförmigen Anstieg gekennzeichnet ist. Vor allem Arbeitsmarkttrigiditäten vermindern die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, insbesondere niedrig qualifizierter Personen, nach einem Nachfrageschock (Nickell 2006). Da aufgrund der verstärkten ökonomischen Integration im Zuge der Europäischen Währungsunion die Geldpolitik gänzlich und die Fiskalpolitik teilweise aus der nationalen Souveränität verschwanden, bleiben nur noch die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik als Anpassungsmechanismen übrig, die dann in die Lage versetzt werden müssen, auch entsprechend flexibel auf Anpassungsbedarfe reagieren zu können. So wird mit dem Instrument der OMK ein Benchmarkingprozess auf supranationaler Ebene initiiert, womit die in nationaler Verantwortung verbliebenen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken – durch Deregulierung und Flexibilisierung – am Ziel der Inklusion durch Beschäftigungsfähigkeit ausgerichtet werden. Hierbei »handelt es sich ... um eine beschäftigungs- und inklusionsorientierte Sozialpolitik als funktionale Voraussetzung nachhaltigkeitsorientierter Wachstumspolitik« (Schulz-Nieswandt/Maier-Rigaud 2007: S. 417).

Im Folgenden wird anhand des neu-keynesianischen Arbeitsmarktmodells analysiert, inwieweit solch ein Benchmarkingprozess im Sinne der OMK Grenzen aufweist und wo genau die Herausforderungen dieses Anpassungsprozesses liegen. Warum gerade das neu-keynesianische Arbeitsmarktmodell als Analyseinstrument verwendet wird, liegt darin begründet, dass die Güter- und Geldmärkte der Mitgliedsstaaten in europäischer und die Arbeitsmärkte in nationaler Hand liegen. Somit ist der Arbeitsmarkt der einzige Markt, an dem Annäherungsprozesse stattfinden können. Zu betonen ist, dass – hierin liegt vor allem der Vorteil des Modells – sowohl ökonomische als auch institutionelle Bedingungen in das theoretische Konstrukt modelliert werden können, und so die Beziehung zwischen institutionellen Gegebenheiten und Arbeitslosenquote konkreter be-

schrieben werden kann. Untersucht wird vor allem inwieweit die intendierte Konvergenz der Sozialsysteme möglich ist und worin aber auch Grenzen des Anpassungsprozesses liegen. Im vorliegenden Modell wird, ausgehend von unvollkommenen Arbeits- und Produktmärkten in einer geschlossenen Volkswirtschaft, der negative Zusammenhang zwischen Nachfrage und Arbeitslosigkeit erklärt. Hierbei wird im Gleichgewicht ein gewisses Niveau an Arbeitslosigkeit zugelassen. Dieses so genannte Arbeitslosigkeitsgleichgewicht hängt von den aus Tarifverhandlungen hervorgehenden Reallöhnen ab: Einerseits legen Arbeitgeber die Löhne selbst fest, die so genannten Effizienzlöhne, und andererseits handeln Gewerkschaften zur Realisierung eines erwarteten Reallohns den Nominallohn entsprechend aus. Das Modell ist somit in der Lage, alle in den zuvor skizzierten Typologisierungen verwendeten Differenzierungskriterien aufzugreifen und analytisch zu behandeln.

4.1 Die Bestimmungsgrößen der Lohnsetzung

Die Lohnsetzung von Seiten der Gewerkschaften bestimmt sich aus der Gleichung $w = P^e F(u; z)$. Der Nominallohn w hängt von den Preiserwartungen der Arbeitnehmerseite P^e positiv ab. In den Tarifverhandlungen muss die gesamtwirtschaftliche Arbeitslosigkeitsrate u ins Kalkül mit einbezogen werden, da bei einer geringeren Arbeitslosigkeit höhere Nominallöhne ausgehandelt werden können und folglich auch höhere Reallöhne erreicht werden (Carlin/Soskice 2007).

Die Lage der Lohnsetzungskurve wird aber vor allem durch die Sammelvariable z bestimmt. Diese Sammelvariable umfasst institutionelle Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt und in deren Zusammenhang stehende Regulierungen wie Abgaben auf Arbeitslöhne und Kapitalerträge der Unternehmen. Folgende institutionelle Regelungen können unter der Sammelvariable zusammengefasst werden: Zu einem ist der *Kündigungsschutz* in das z modelliert. Die Annahme hier ist, dass eine striktere Kündigungsschutzregelung die Arbeitslosigkeit erhöht, da Neueinstellungen vermieden werden. Grund hierfür ist, dass auf Seiten der Arbeitgeber Entlassungen mit höheren Kosten und Neueinstellungen mit höherem Risiko verbunden sind (Sachverständigenrat 2007, Ziffer 557, Carlin/Soskice 2007, Nickell 2006, Dovern/Meier 2006, Domes et al. 2004, Belot/van Ours 2001, Bertola/Blau/Kahn 2001, Eleskov/Martin/Scarpetta 1998, Blanchard/Wolfers 2000). Neben dem Kündigungsschutz ist auch

die Ausgestaltung der *Arbeitslosenversicherung* in z integriert. Die Höhe und Dauer der Transferleistungen wirken sich auf die Lohnverhandlungen aus, da bei einer hohen bzw. längeren Arbeitslosenunterstützung die Arbeitnehmerseite in einer stärkeren Verhandlungsposition ist und somit auch höhere Löhne erzielen kann (Dovern/Meier 2006, Beck 2005). Einige Untersuchungen zeigen, dass es einen klar negativen Zusammenhang zwischen der Dauer der Arbeitslosenunterstützung auf der einen Seite und der Intensität der Stellensuchbemühungen und der Wahrscheinlichkeit, aus dem Transferbezug auszusteigen, auf der anderen Seite gibt (Nickell 2006, OECD 2006, Rabe 2004, Eichhorst/Thode/Winter 2004, Blanchard/Wolfers 2000). Demnach beeinflussen Arbeitsmarktinstitutionen die Arbeitslosenhöhe einerseits indirekt über die Effizienz des Matchingprozesses. Andererseits wird die Annahme eines Arbeitsangebotes durch den Arbeitslosen direkt von den Einkommenseffekten durch die Abgaben auf den Faktor Arbeit bestimmt. Hierbei spielt die Differenz zwischen der Arbeitslosenunterstützung und dem Nettoeinkommen, das man bei Aufnahme einer Beschäftigung erwarten kann, eine Rolle. Ändert sich nun eine Größe, hängt die Höhe der Arbeitslosigkeit von der Anpassungsgeschwindigkeit der jeweils anderen Größe ab (Nickell 2006). Daneben zeigt sich auch, dass die Organisation der Arbeitslosenunterstützung von den Entwicklungen auf dem Kapitalmarkt bzw. den Kapitalerträgen abhängt (Phelps 1994). Veränderungen auf den Kapitalmärkten, bspw. die Bedeutungszunahme der Steigung des Shareholder Values, führen zu verändertem Investitionsverhalten. Wird dieses durch ein verändertes Einsatzverhältnis zwischen Kapital und Arbeitskräften bzw. Investitionsverhältnis zwischen In- und Ausland erreicht, erfordert dies wiederum eine Anpassung der Organisation der Arbeitslosenunterstützung, um weiterhin ein hohes Beschäftigungsniveau beibehalten zu können. Auch die Intensität der *Lohnflexibilität* ist unter z zusammenzufassen. Lohnrigiditäten führen laut zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten zu einer höheren Arbeitslosigkeit (Franz/Gerlach/Hübler 2003, Nickell/Layard 1999, Beck 2005). In diesem Zusammenhang wird auch der *Organisationsgrad* der Gewerkschaften unter z subsumiert. Der Organisationsgrad, der die Macht der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen bestimmt, wirkt sich auf die Lohnverhandlungen aus, so dass bei einem hohen Organisationsgrad die Arbeitslosigkeit auch höher ist (Nickell 2006, Blanchard/Wolfers 2000). Schließlich werden auch *Strukturprobleme, die außerhalb des Arbeitsmarktes* liegen, in die z -Variable integriert. Beispielsweise hängt Arbeitslosigkeit positiv mit Steuern zusammen (Belot/van Ours 2001, Bertola/Blau/Kahn 2001, Blanchard/Wolfers

2000, Eleskov/Martin/Scarpetta 1998), aber auch im Bezug auf das Zinsniveau herrscht ein positiver Zusammenhang zwischen Zins und Arbeitslosigkeit (Beck 2005, Bertola/Blau/Kahn 2001, Blanchard/Wolfers 2000).

4.2 Die Preissetzung der Unternehmen

Die Preissetzung legt ebenfalls die Löhne fest, jedoch erfolgt dies über den Gewinnaufschlag der Unternehmen. Erweitert man die Annahme um den Preisaufschlag auf die Lohnkosten w , ergibt sich ein Preisniveau $P = (1 + \mu) w$ (Carlin/Soskice 2007). Die Unternehmen müssen in ihrer Preissetzung die institutionellen Rahmenbedingungen auf dem Gütermarkt berücksichtigen (Dreger/Kholodilin 2007: 557). Hierbei spielen insbesondere Gütermarktregulierungen eine Rolle. Darunter ist insbesondere die Wettbewerbspolitik zu verstehen, die entweder die Markteintrittsbarrieren der Firmen verschärfen oder lockern kann (Nicoletti/Scarpetta 2007). Je geringer die Regulierungen auf dem Gütermarkt sind, über desto mehr Macht verfügen die Unternehmen. Infolgedessen wirken sich die Marktregulierungen auf den Preisaufschlag μ aus. Im Gleichgewicht entspricht nun der Reallohn, der sich aus der Lohnsetzung ergibt (Arbeitnehmerseite) dem Reallohn, der auf Seite der Preissetzung (Unternehmen) zustande kommt. Es stellt sich ein Gleichgewicht auf dem Gütermarkt ein, das zugleich ein gewisses Niveau an Arbeitslosigkeit bei konstanter Inflationsrate impliziert (Carlin/Soskice 2007). Das neu-keynesianische Modell beschreibt demnach, dass in einem herrschenden Arbeitslosigkeitsgleichgewicht eine entsprechende Kombination aus Arbeitslosigkeit und Inflation besteht, das heißt die Lohn-Preisspirale kommt in diesem Punkt zum Stillstand (Jerger 2003). Sinkt die Arbeitslosigkeit aufgrund eines positiven exogenen Nachfrageschocks unter das Gleichgewicht, entstehen inflationäre Tendenzen aufgrund des Mangels an Arbeitsangebot (Nickell 2006: 19, Kromphardt/Logeay 2007).

Somit beeinflussen neben Arbeitsmarktinstitutionen auch Regulierungen auf dem Produktmarkt das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigtenquote. So hängen Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage von der Gestaltung der Produktmärkte, die durch μ ausgedrückt wird, ab. Der Gewinnaufschlag der Unternehmen (μ) bestimmt die Lage der Preissetzungskurve. Produktmarktregulierungen sind bspw. geprägt von der Wettbewerbspolitik. Durch diesen Wirkungskanal beeinflussen sie die Anzahl der Unternehmen oder auch die Inno-

vationen. Über Innovationen wird das Arbeitsproduktivitätswachstum gefördert und es entstehen Effekte auf die Höhe der Beschäftigung (Nicoletti/Scarpetta 2007). Nach Blanchard und Giavazzi (2003) sowie Alesina et al. (2003) erhöhen geringe Produktmarktregulierungen die Anzahl der Firmen auf einem Markt und Unternehmen haben es leichter, sich im Markt niederzulassen. Da Unternehmen sich mit neuen Technologien ausstatten, wird der Wettbewerbsdruck verstärkt. Somit wird der Technische Fortschritt durch Innovationen implizit vorangetrieben (Nicoletti/Scarpetta 2007). Die höhere Anzahl der Unternehmen reduziert aber auch die Macht eines jeden einzelnen Unternehmens, so dass der Preisaufschlag ebenfalls sinkt. Neuere Untersuchungen zeigen in diesem Kontext, dass innerhalb der Europäischen Union durchaus ein Preiskonvergenz von Gütern und Dienstleistungen festzustellen ist (Dreger/Kholodilin 2007). Durch die EU-Erweiterung – d.h. einem größeren Wettbewerb – wird dieser Prozess auch beschleunigt, was den Druck auf die Preise der alten Mitgliedsländer verstärkt (Dreger/Kholodilin 2007). Das sinkende Preisniveau hat wiederum eine Erhöhung des Reallohns zur Folge. Aufgrund des gestiegenen Reallohns erhöhen die Arbeitskräfte das Arbeitsangebot, weil der Anreiz zu arbeiten bei einem hohen Reallohn steigt (Blanchard/Illing 2000). Schließlich wirkt die Erhöhung auch indirekt über den Gütermarkt auf den Arbeitsmarkt. Der gestiegene Reallohn bewirkt eine Erhöhung der Nachfrage nach Kapital. Durch das relativ günstiger gewordene Kapital verlagert sich die Produktionsstruktur zum produktiveren Faktor Kapital, wodurch die Produktion stimuliert wird (Blanchard/Giavazzi 2003; Alesina et al. 2003).

Die Verbindung zwischen Produktivitätswachstum und dem Wirtschaftswachstum beschreibt der Verdoorn-Zusammenhang. Ausgehend vom Gütermarkt beschreibt er durch die Beschäftigungsschwelle Wirkungen auf die Beschäftigung und somit auf den Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsschwelle bestimmt das Wirtschaftswachstum, das notwendig ist, um die Beschäftigung zu erhöhen bzw. um wenigstens eine Stagnation der Beschäftigung zu erhalten. Dieser besagt, dass das Produktivitätswachstum vom Wachstum linear abhängig ist und dies wiederum die Beschäftigung beeinflusst.⁶ Steigt nun das Produktivitätswachstum, muss das Produktionswachstum auch steigen, um das Beschäf-

6 Anders herum wird in Okuns Law argumentiert. Hier wird der gleiche Sachverhalt mit der Arbeitslosigkeit erklärt. Das heißt, dass die Arbeitslosigkeit ab einem bestimmten Wirtschaftswachstum zurückgeht.

tigungsniveau beizubehalten. Die Erklärung der Beschäftigungseffekte, welche aus diesem Zusammenhang heraus resultieren, erfolgt sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig.

Auf der Nachfrageseite wird argumentiert, dass bei einer höheren Produktion die Arbeitsteilung zunimmt und damit auch die Produktivität (Schäfer 2005; Kaldor 1975). Andere wie Rowthorn (1975a und b; 1979) oder etwa Romer (1986) waren aber der Meinung, dass das Produktivitätswachstum vom Technischen Fortschritt und somit von der Angebotsseite abhängt. Neben der Spezialisierung und dem Technischen Fortschritt wird ein Produktivitätswachstum durch eine Erhöhung der Kapitalintensität, aber auch durch die Verbesserung der Qualität des Faktors Arbeit in Form einer höheren Bildung herrühren (Nicoletti/Scarpetta 2007; Blanchard 2006). Dies entspricht der so genannten Multifaktorproduktivität. Bei beiden Erklärungen können die Beschäftigungseffekte nicht eindeutig identifiziert werden, die in Folge der Produktmarktregulierungen entstanden sind. Dennoch lassen sich über die Interpretation der Beschäftigungsschwelle mögliche wirtschaftspolitische Maßnahmen ableiten. Hängt das Beschäftigungswachstum allein vom Outputwachstum ab, bedarf es beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik (Schäfer 2005).

4.3 Zusammenfassung: Die relevanten Aspekte des neu-keynesianischen Arbeitsmarktmodells

Es kann zusammengefasst werden, dass das neu-keynesianische Modell aus ökonomischer Sicht eine Verbindung zwischen dem Arbeitsmarkt, mit den Gewerkschaften als Vertreter, und dem Gütermarkt, mit den Unternehmen als Akteure, leistet. Dabei bilden die Lohnverhandlungen den Berührungspunkt der Unternehmens- bzw. der Arbeitnehmerseite. Ziel ist es den Anpassungsprozess innerhalb der Europäischen Union in Richtung soziale Inklusion durch Erwerbsarbeit zu untersuchen und die Problematiken, die damit verbunden sind, zu analysieren. Das neu-keynesianische Modell ist hierfür insofern ein geeignetes Analyseinstrumentarium, da es die ökonomischen und gerade auch die institutionellen Rahmenbedingungen berücksichtigt, durch welches die Verhandlungen der Arbeitnehmer mit der Arbeitgeberseite geprägt sind. Hierbei finden sich die ökonomischen Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt in dem Gewinnaufschlag der Unternehmen, μ wieder. Darunter werden Faktoren subsumiert, die sich direkt

oder indirekt auf die Preisbildung auswirken. Insbesondere ist hierbei die Wettbewerbspolitik zu nennen, die die Innovationstätigkeit und damit die Ersparnisse in der Produktion beeinflusst. Die Beschäftigungseffekte, die durch Arbeits- und Gütermarktregulierung entstehen, sind aber nicht eindeutig. Beide Sichtweisen zusammen bestimmen die Höhe der Arbeitslosigkeit. Die institutionellen Bedingungen werden in der Sammelvariablen z modelliert, welche insbesondere die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer und den damit zusammenhängenden Arbeitsmarktinstitutionen wiedergibt. Somit bildet z das Bindeglied zwischen der rein ökonomischen und der institutionenökonomischen Sichtweise. Bisher wurde aber in der Literatur versäumt im Sinne der ökonomischen Institutionenanalyse die Historizität von z zu berücksichtigen. Bisher beschränkt sich die Interpretation der z -Variable als Repräsentant der Arbeitsmarktinstitutionen auf den Einfluss der harten Faktoren, wie Organisationsgrad, Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutz, Lohnflexibilität etc. Bekannt ist aber, dass die Historizität von Institutionen und der damit verbundenen traditionellen Vorstellungen einer Gesellschaft, ebenfalls die (natürliche) Arbeitslosenquote wie auch das unterschiedliche Verständnis von sozialer Inklusion beeinflussen. Wird die Anpassung der europäischen Wohlfahrtsstaaten durch die Konvergenz der Organisation der Arbeitsmärkte diskutiert, so muss im Sinne der Institutionenökonomik die Historizität der Institutionen innerhalb des neu-keynesianischen Arbeitsmarktmodells in der Sammelvariablen z modelliert und untersucht werden. Schließlich ist aber auch zu diskutieren, dass das neu-keynesianische Arbeitsmarktmodell den institutionellen Einfluss unter der *ceteris paribus* Annahme untersucht. Aber gerade die gebündelte Wirkungsweise von Institutionen – d.h. deren Komplementarität – sowohl innerhalb des Arbeitsmarktes, als auch auf den einzelnen Märkten, ist nicht zu vernachlässigen und zu untersuchen, denn »... a good European social and economic model implies more than just importing formal insitutions. It requires developing trust between labour and capital, and good labour relations« (Blanchard 2006: 9f). Im nächsten Kapitel werden zunächst die institutionellen Grenzen und Herausforderungen der sozialen Inklusion im Rahmen des europäischen Benchmarkingprozesses diskutiert, um dann schließlich auf die komplementären Größen einzugehen.

5 Institutionelle und ökonomische Grenzen der sozialen Inklusion im Rahmen des europäischen Anpassungsprozesses

Im vorherigen Kapitel wurde festgehalten, dass Arbeitsmarktinstitutionen einer Historizität, unterliegen, d.h. dass die unter der Sammelvariablen z zusammengefassten institutionellen Bedingungen der europäischen Wohlfahrtsstaaten einem traditionellen Pfad unterworfen sind. In diesem Sinne werden im folgenden Abschnitt die institutionellen Grenzen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen der sozialen Inklusion im Rahmen des europäischen Anpassungsprozesses diskutiert. Hier steht vor allem die Theorie der Pfadabhängigkeit im Mittelpunkt. Hierzu wird zunächst das Pfadabhängigkeitstheorem dargestellt, um dies dann auf den Begriff der sozialen Inklusion im europäischen Vergleich zu beziehen. Schließlich ist im Prozess der OMK die Annäherung des Verständnisses der sozialen Inklusion mit Pfadbrüchen – und somit mit Akzeptanzproblemen – behaftet, dessen Auswirkung auf die z -Variable dargestellt wird. In diesem Kontext wird untersucht, welche Rolle Sozialpartner, gesellschaftliche Normen und komplementäre Maßnahmen bei der Bewältigung der Akzeptanzprobleme spielen. Im Anschluss daran erfolgt die Darstellung komplementärer Maßnahmen auf Makro- wie auf Mikroebene. Im Bereich der Makropolitik wird im Zusammenhang mit dem neu-keynesianischen Modell auf die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Angebotsseite eingegangen. Abschließend erfolgt eine Darstellung der mikroökonomischen komplementären Maßnahmen am Beispiel von Flexicurity.

5.1 Institutionelle Grenzen und Herausforderungen der sozialen Inklusion

Die Auswirkungen des sozioökonomischen Wandels auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten werden in grundsätzlich zwei unterschiedlichen Richtungen diskutiert: Autoren wie Jessop (1994), Cox (1998) und Handler (2004) sehen durchaus eine Konvergenz der europäischen Wohlfahrtsstaaten. Auf der anderen Seite wird argumentiert, dass die nationalspezifischen wohlfahrtsstaatlichen Strukturen resistent gegenüber politischen Umbauversuchen sind (Esping-Andersen 1996,

Scharpf/Schmidt 2000, Pierson 2001, Schirm 2003), da sie einer Pfadabhängigkeit folgen und somit die Divergenz unterschiedlicher Wohlfahrtsstaatstypen erhalten bleibt. Bevor diese unterschiedlichen Argumentationen betrachtet werden, soll zunächst geklärt werden was unter Konvergenz zu verstehen ist: Konvergenz bezeichnet die Entwicklung zweier Länder, die zum Zeitpunkt (t1) deutliche Unterschiede haben, aber dann durch Maßnahmen oder Politiken zu einem späteren Zeitpunkt (t2) geringere Unterschiede aufweisen als zum Zeitpunkt t1 (Seeliger 1996). Die Anpassung kann asymmetrisch oder symmetrisch erfolgen: Symmetrisch ist eine Konvergenz, wenn sich Land 1 und Land 2 aufeinander zu bewegen. Wenn sich aber Land 1 an Land 2 annähert, ohne dass sich Land 2 durch entsprechende Reformen verändert, spricht man von einer asymmetrischen Konvergenz (Seeleib-Kaiser 1999). Darüber hinaus unterscheidet Seeleib-Kaiser (1999) die Konvergenz der Ziele und eine Konvergenz der Mittel: Auch wenn im Hinblick auf die wohlfahrtsstaatlichen Ziele zwei Länder konvergieren, müssen sie dies nicht im Hinblick auf die Konvergenz der Mittel (die zu diesen Zielen führen) tun. Seeleib-Kaiser (1999) spricht in diesem Falle von der »divergenten Konvergenz«. Eine Konvergenz kann somit auch innerhalb einzelner Systeme eines Wohlfahrtsstaates erfolgen anstatt der Konvergenz eines ganzen Wohlfahrtsstaates (van Kersbergen 2000).

Im europäischen Vergleich des Benchmarkingprozesses kann der Einfluss der OMK auf die nationalen Institutionen nicht eindeutig analysiert werden (Buchkremer/Zirra 2007), fest steht aber, dass nicht von einer politikfeldübergreifenden Konvergenz gesprochen werden kann (Heichel/Sommerer 2007, Alber 2006, Bonoli 2007), vor allem innerhalb der normativen Grundlage der Aktivierung sind fundamentale Unterschiede festzustellen (Revilla/Serrano Pascual 2007). »The fact that several countries have adopted ... (the) activation model does not mean that it has resulted in similar policies. Only a brief look at government commitments to and investment in social welfare and the rights provided by labour market regulation policies in different countries is enough to realise that there are major disparities across Europe» (Serrano Pascual 2007: 31f). Aufgrund der Tatsache, dass die OMK als Anpassungsinstrument mit dem Ziel der sozialen Inklusion nicht verpflichtend und auch nicht mit Sanktionen behaftet ist, stellt sich trotz Konvergenzeffekte, beispielsweise in der Geschlechterpolitik, der Flexibilisierung, oder auch der Verbindung von aktiver und passiver Arbeitsmarktpolitik (Zohlnhöfer/Ostheim 2007), wenig Vereinheitlichung ein. Nanna Kildal (2007) stellt auch im Vergleich der EU mit der OECD fest, dass »the declarations in the

two organisations, that economic, employment and social policies can and should enforce each other, is obviously not yet transformed to a real policy” (Kildal 2007: 21). Grund hierfür ist, dass die Europäische Beschäftigungspolitik nur über den möglichen politischen Druck handelt und eine rechtliche Absicherung bzw. Verbindlichkeit nicht vorhanden ist, sie beeinflusst lediglich Zielfindungen und Diskussionen innerhalb der Wohlfahrtsstaatsdebatte (O’Connor 2007). Somit kann hier im Sinne von Seeleib-Kaiser (1999) von einer Konvergenz der Ziele, aber nicht von einer Mittelkonvergenz, gesprochen werden.⁷ Die Begründung, warum es nur zu einer »Teilkonvergenz« kommt, liegt in der Theorie der Pfadabhängigkeit begründet, welche im Folgenden dargestellt wird.

Im Gegensatz zur neoklassischen Gleichgewichtstheorie geht die Theorie der Pfadabhängigkeit nicht nur von einem, sondern von mehreren Gleichgewichtszuständen aus. Das Pfadabhängigkeitstheorem begründet durch die Annahme mehrerer Gleichgewichtszustände die Historizität von Institutionen, d.h. die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen wirken in die Gegenwart hinein (Beyer 2006). Die Begründer der Theorie der Pfadabhängigkeit sind zum einen der Ökonom und Wirtschaftsmathematiker W. Brian Arthur (1989, 1994) und zum anderen der Wirtschaftshistoriker Paul A. David (1985, 2000). Arthur und David haben sich mit der Pfadabhängigkeit von Technologien beschäftigt. Erst Douglass North (1990) verbindet die Theorie der Pfadabhängigkeit mit der Institutionenökonomik und erklärt so den Wandel von Institutionen.

Warum die Gegenwart nicht losgelöst von der Vergangenheit betrachtet werden kann, wird durch »increasing returns« bzw. positive Rückkopplungen erklärt. *Ackermann (2001)* unterscheidet in Anlehnung an North drei Typen positiver Rückkopplungen bei Institutionen: a) Koordinationseffekte, b) Komplementaritätseffekte und c) Wechselwirkungen zwischen Regel- und Handlungsebene. Positive Rückkopplungen des Typs 1, d.h. die Koordinationseffekte »...hängen mit der häufig festgestellten Funktion von Institutionen zusammen, bei Interaktionen Unsicherheit zu vermindern und Erwartungen zu stabilisieren« (Ackermann 2001: 92). Demnach löst Typ 1 sich selbst verstärkende Effekte aus, weil Akteure sich in ihrem strategischen Verhalten an den bereits existierenden institutionellen Regelungen orientieren, um Reibungsverluste zu vermeiden. Der Komplementaritätseffekt, also Rückkopplungen des Typs 2, beschreibt, dass

7 Andrea Ciarini (2007) zeigt dies exemplarisch am Beispiel der ‚care services for elderly‘ auf.

Institutionen nicht unabhängig voneinander sind: »Dem Systemgedanken zufolge wird die Befolgung einer Regel mit zunehmender Verbreitung nun dadurch attraktiver, dass sie *mit andern Regeln* kompatibel ist« (Ackermann 2001: 122). Die Wechselbeziehungen zwischen den Institutionen führen somit zu »increasing returns«. Der Mechanismus des Typs 3 beschreibt, dass positive Rückkopplungen auch durch kognitive Grenzen ausgelöst werden. Denn erst, wenn das strikte Bild des Homo Oeconomicus innerhalb der Neoklassik – unter der Annahme von Transaktionskosten und begrenzter Rationalität – verlassen wird, tritt die Verhaltensanpassung der Akteure an die bereits bestehenden Institutionen zum Vorschein (Ackermann 2001: 135ff.). Durch positive Rückkopplungen und die Stabilisierung von Verhalten bildet sich ein bestimmter Pfad aus. Dies führt zu einem so genannten »lock-in«, was durchaus auch als eine etablierte gesellschaftliche Norm gesehen werden kann. Der Zustand des Lock-in, d.h. der Pfadabhängigkeit, bleibt auch dann bestehen, wenn die Erträge auf dem gleichen Niveau bleiben oder sogar sinken. Wird aber der ineffiziente Pfad als solcher erkannt, kommen Reformendiskussionen zur Vermeidung der hohen Effizienzverluste auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene auf. Das Abweichen vom eingeschlagenen Pfad ist aber sehr schwierig, was überwiegend in den Phasenübergängen bzw. im »de-locking« begründet ist. Nach Liebowitz und Margolis (1995) besteht das Problem eines Pfadwechsels darin, dass diese mit Unsicherheiten verbundenen sind. Die Unsicherheiten bestehen, weil Individuen ex ante nicht feststellen können, welcher Nutzen sich durch den Pfadwechsel für sie ergeben wird, während in der Regel die Kosten des de-locking im Voraus bekannt sind. Zusätzlich können sich die in der Wahlbevölkerung stark vertretene oder in Parteien und Verbänden gut organisierte Gruppen besonders effektiv im politischen Entscheidungsprozess artikulieren. Deshalb sind massive Veränderungen und Kürzungen im Sozialstaat eher die Ausnahme, während marginale Reformen dominieren, die im Wesentlichen dem Prinzip der »Pfadabhängigkeit« folgen (Pierson 2000). Dies spiegelt die strukturierende und stabilisierende Wirkung etablierter institutioneller Regelungen wider, an die sich die Akteure in ihren Erwartungen und ihrem Verhalten angepasst haben. Demnach sind Pfadabweichungen insbesondere dann mit Akzeptanzproblemen behaftet, wenn es sich um Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsreformen handelt, die mit sichtbaren Einschnitten und signifikanten Veränderungen gegenüber dem Ausgangszustand verbunden sind (Pierson 1994). Höhere Akzeptanz haben unter sonst gleichen Bedingungen Reformen, welche an dem etablierten institutionellen Status Quo

anschließen und nur zu geringen Abweichungen führen. Dies gilt umso mehr, je eher stärkere Eingriffe zu massiven und kurzfristig sichtbaren Verlusten bei wichtigen gesellschaftlichen Gruppen führen würden. Folglich sind Reformen, die sich im Rahmen der Pfadabhängigkeit bewegen, leichter zu realisieren, weil sie politisch weniger gravierende Konflikte aufwerfen, aber auch im Hinblick auf institutionelle Wechselwirkungen einfacher zu gestalten sind als weiterreichende Veränderungen.

Demnach unterliegen die Arbeitsmarktinstitutionen einer Historizität, was zur Folge hat, dass die unter der Sammelvariablen zusammengefassten institutionellen Bedingungen (wie die Ausgestaltung des Kündigungsschutzes und der Arbeitslosenversicherung, der Organisationsgrad der Gewerkschaften, die Lohnflexibilität etc.) einem traditionellen Pfad unterworfen sind, was dem Anpassungsprozess durchaus Grenzen setzen kann. In diesem Sinne soll im Folgenden die Historizität des Verständnisses der sozialen Inklusion in den unterschiedlichen europäischen Wohlfahrtsstaaten skizziert werden:

Nationalstaatlichen Institutionen im Wohlfahrtsstaat obliegt die Aufgabe, mit einem optimal abgestimmten Portfolio an Instrumenten strukturelle Ungleichgewichte zu überwinden bzw. abzuschwächen. Konkret bedeutet dies, sozialen Ungleichheiten im nationalen Gefüge und sozialen Risiken entscheidend entgegenzuwirken. Dabei drehen sich die Erscheinungsformen sozialer Ungleichheit nicht mehr nur um die klassische Trennung zwischen oberen und unteren Schichten. Zwar haben einige Autoren mit der Unterscheidung von sozialen Milieus die einfache Differenzierung in ‚Oben‘ und ‚Unten‘ aufgeweicht (Neugebauer 2007), indem sie eine Bevölkerungsverteilung nach Berufsfeldern, Bildungshintergrund und Wertvorstellungen etc. erstellt haben. Soziale Ungleichheit unterscheidet jedoch nicht nach Milieuzugehörigkeit, sondern definiert sich über das ‚Drinnein‘ und ‚Draußen‘, d.h. über die Teilnahme/Inklusion an oder die Ausgrenzung/Exklusion aus der Gesellschaft (vgl. Münch 2003; Böhnke 2006a und 2006b und 2007; Bude/Willisch 2006: 8f.; Vester 2006). Laut der eingangs bereits dargelegten Exklusions-Definition der Europäische Kommission (2004) werden Personen, die von Ausgrenzung betroffen sind, aus diversen Gründen an der vollwertigen Teilhabe gehindert. Als Abgrenzung hierzu ist die soziale Inklusion ein Gewährleistungsprozess für erforderliche Chancen und Mittel, zur Ermöglichung einer vollen Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Geschehen sowie zur Erlangung eines angemessenen Lebensstandards. Die soziale Inklusion ist demnach ein mehrdimensionaler Begriff, der verschiedene Variationen an Inklusionsformen etwa die

Inklusion in die Funktionssysteme Wirtschaft, Recht, Kultur und Politik beinhaltet (Engels 2006; Nassehi 2006; Eichhorst 2007).

Der Ursprung einer intensiven Thematisierung der Ausgrenzung von und Teilhabe an der Gesellschaft begann in den 80er Jahren in Frankreich, wo Ungleichheiten und zunehmende soziale Spaltung den öffentlichen Diskurs anheizten (Stichweh 2002; Bude/Willisch 2006; Engels 2006; Kronauer 2006; Mohr 2007). Eine genauere Betrachtung der Bedeutung und Anwendung dieser Begriffe in den verschiedenen Wohlfahrtsstaaten zeigt jedoch, dass Inklusion wie Exklusion abhängig von der traditionsbestimmten Systemausgestaltung eines Landes sind, worauf im Folgenden eingegangen wird:

In konservativen Wohlfahrtsstaaten, wie zum Beispiel in Deutschland, folgt der Inklusions-Begriff dem Luhmannschen Pfad der Teilinklusion (Luhmann 1981, 1995, 1999). Vor dem Hintergrund funktional differenzierter Gesellschaften, in denen die gesellschaftlichen Funktionssysteme autonom agieren und über spezifische Inklusions- und Exklusionsmechanismen verfügen, garantiert jedes Funktionssystem prinzipielle Vollinklusion.⁸ Inklusion bezeichnet hierbei die Berücksichtigung im Kommunikationsprozess des jeweiligen sozialen Systems, Exklusion entsprechend das Gegenteil. Dies bedeutet, dass in der Tradition der konservativen Wohlfahrtsstaaten Inklusion in eine Gesellschaft bereits dann erfolgt, wenn das Individuum nur teilweise am sozialen Geschehen teilnimmt.⁹ Im Pfade der Luhmannschen Tradition galt bisher ein Individuum in Deutschland im Speziellen bereits dann als ‚inkludiert‘, wenn die rechtliche Teilhabe gewährleistet wurde. Hier kann die bisherige sozialpolitische Tradition der passiven, statuserhaltenden Unterstützung in monetärer Form verortet werden. Hintergrund ist die systemtheoretische Annahme, dass Personen bereits dann als inkludiert anzusehen sind, wenn das Funktionssystem sie für relevant erachtet (Nassehi 2006). Im Gegensatz dazu wird in den angelsächsischen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Inklusion über die aktive Beteiligung am Erwerbsleben definiert und nicht über passive Absicherungen finanzieller Natur. Hierbei spielt

8 Wie auch Autoren wie Kronauer (1998; 2006) oder Böhnke (2006) kritisch anmerken, fehlt dem systemtheoretischen Überlegungen Luhmanns ausreichend empirische Befunde, so dass sich die Systemtheorie nicht problemlos in die aktuell betriebene, sozialwissenschaftliche Armuts- und Arbeitslosigkeitsforschung übertragen lässt.

9 Kritisiert wird aber, dass die Systemtheorie den Einfluss von sozialer Ungleichheit und Macht(-Verhältnissen), welche sich quer zu den Funktionssystemen bewegen, durchweg unterschätzt hat (vgl. hierzu auch Kronauer 1998: 117f.; Böhnke 2006: 65ff.; Stichweh 2002: 1f.; Nassehi 2006).

vor allem in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten das Bildungssystem eine entscheidende Rolle: Ihm wird ein präventiver Charakter zugeschrieben, um eventuelle, spätere Notsituationen vorzubeugen bzw. besser abzufedern. Somit hat Inklusion in diesen Wohlfahrtsstaaten eine aktive Hauptkomponente, so dass gesellschaftliche Teilhabe gerade durch Erwerbstätigkeit erfolgt (Sesselmeier 2006).

Es kann folglich zusammengefasst werden, dass im europäischen Vergleich eine rein begriffliche Übereinstimmung der sozialen Inklusion vorhanden ist, die Begriffe sich aber inhaltlich unterscheiden – was in der traditionellen Systemausgestaltung begründet ist. Damit unterliegt auch das Verständnis von Inklusion und Exklusion einer Historizität, d.h. einer Pfadabhängigkeit. Folglich führt die im Rahmen des Anpassungsprozesses der OMK durchgeführte Angleichung des Inklusionsbegriffes – sie wird dahingehend angeglichen, dass Individuen in aller erster Linie durch Erwerbsarbeit Teil der Gesellschaft sind und nicht durch rein passive Transferleistungen¹⁰ – vor allem in Deutschland zu einem Bruch mit der Pfadabhängigkeit. Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsreformen, die mit der Pfadabhängigkeit brechen, führen aber zu eklatanten Akzeptanzproblemen, da eine Pfadabweichung mit etablierten Gerechtigkeitsvorstellungen (Leisering 2004, Mau 2004) der Gesellschaft über soziale Sicherung bricht. Empirische Untersuchungen zeigen in diesem Kontext, dass der deutsche Bürger auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung im traditionellen Sinne erwartet (Krömmelbein/Bieräugel/Nüchter/Glatzer/Schmid 2007). »Zwar funktionieren Märkte auch, wenn die Resultate nicht als gerecht empfunden werden. Doch das marktwirtschaftliche System ist ... darauf angewiesen, dass es von der überwiegenden Mehrheit (akzeptiert) ... und mitgetragen wird, ... (denn) gesellschaftliche Stabilität ist ein öffentliches Gut und zählt zu den wichtigsten Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften (Beck 2005: 180, Heinemann 2007). Somit führt ein Bruch mit der Pfadabhängigkeit zu widersprüchlichen Veränderungen der *z*-Variablen, die in der Folge die Verschiebungen der Lohnsetzungskurve nicht eindeutig erscheinen lassen. Während die Maßnahmen bzw. Reformen auf eine arbeitslosigkeitsabbauende Verschiebung der Lohnsetzungskurve angelegt sind,

10 Even Nilsen (2007) kritisiert in diesem Kontext wie folgt: «One important goal in this change of focus from welfare (redistribution) to work (labour market policy) has been to alter the relationship between rights and duties towards a stronger emphasis on the obligations of the citizens. This can, however, not be sufficiently understood with reference to the concept of 'social inclusion'», 21f.

können der Pfadbruch und die damit verbundene Entfremdung der Bürger von den wohlfahrtsstaatlichen Regelungen zum Gegenteil führen, so dass der Nettoeffekt unklar ist.

Clegg (2000) stellt in einer Untersuchung fest, dass Mitgliedsländer, die der bismarckschen Tradition der sozialen Absicherung folgen, nicht in ihren traditionellen Strukturen festgefroren sind. Die angestrebte Konvergenz im Sinne der OMK ist folglich für manche Mitgliedsländer mit Abweichungen des national etablierten Pfades möglich. Abweichungen vom traditionellen Pfad sind schwierig, aber grundsätzlich nicht ausgeschlossen (Eichhorst/Sesselmeier/Yollu 2008). Hierzu muss die spezielle Form des institutionellen Geflechts, das durch eine Reform aufgebrochen wird, erkannt und ausreichend berücksichtigt werden.

Werden Reformen in den europäischen Wohlfahrtsstaaten angestrebt, die mit der Pfadabhängigkeit brechen, ist beispielsweise in vielen Politikbereichen die Rolle der Tarifparteien bzw. Sozialpartner von zentraler Bedeutung, so etwa in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen oder der Arbeitsmarktpolitik sowie bei den Verhandlungen über Löhne, Arbeitszeiten und anderen Arbeitsbedingungen. Grund dafür ist, dass sich durch bestehende Komplementaritätseffekte zwischen den Sozialpartnern historisch gewachsene Entscheidungsstrukturen entwickelt haben. Diese Entscheidungsstrukturen werden nur selten in Frage gestellt, so dass weitgehend auf Veränderungen verzichtet wird, wodurch das inflexible System in einem Lock-in Zustand beharrt. De-locking ist in solch einem Fall nur durch einen Konsens der Interessenvertreter oder deren institutionelle Schwächung möglich. Demnach kann die Akzeptanz von Reformen gesteigert werden, wenn wichtige gesellschaftliche Gruppen – im Falle von Arbeitsmarkt- und Wohlfahrtsstaatsreformen sind dies insbesondere die Sozialpartner – diese Reform mittragen. Erfolgreiche Reformprozesse sind demnach vor allem auch auf gelungene Aushandlungsprozesse zwischen Regierungen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zurückzuführen, wobei jedoch den Regierungen eine wichtige treibende Funktion zukommt (Ebbinghaus/Hassel 2000, Trampusch 2007).

Blanchard und Philippon (2006) unterstützen diesen Zusammenhang und stellen fest, dass es eine »... clear negative relation ... between measures of the quality of labor relations (this means the implication of the quality of labor relations on bilateral bargaining) and unemployment...« gibt (Blanchard/Philippon 2006: 1). Hierzu bilden Blanchard und Philippon (2006: 5) in Anlehnung an Crouch drei Cluster: Das erste Cluster bildet Staatstypen ab, die sich gegen Gewerkschaften stellen (Frankreich, Italien, Spanien und Portugal), im zweiten Cluster dem neutral

gegenüber stehen (Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Großbritannien) und im dritten Cluster diese unterstützen (Deutschland, Schweiz, Niederlande und Österreich). Die Gegenüberstellung der Entwicklung der Arbeitslosenquote dieser drei Cluster von 1960 bis 2005 zeigt zwar, dass der Arbeitslosigkeitstrend für alle drei Cluster ein steigender ist, doch dass das Arbeitslosigkeitsniveau des dritten Clusters – also dem Staatstyp, der sich kooperativ gegenüber Gewerkschaften verhält – geringer ist als das der Staatstypen, die sich unkooperativ oder neutral gegenüber Gewerkschaften verhalten (Blanchard/Philippon: 29). Vergleicht man diese Clusterbildung mit der Einbindung der Gewerkschaften in sozialpolitische Entscheidungsprozesse und der Verpflichtungsfähigkeit, so kann festgehalten werden, dass die Gewerkschaften der Cluster 3-Länder sowohl in die Politikformulierung als auch in die Politikimplementierung eingebunden sind und auch eine hohe Verpflichtungsfähigkeit haben. Länder, die zu Cluster 1 und 2 gezählt werden, binden ihre Gewerkschaften lediglich in die Politikformulierung mit ein, wohingegen eine geringe Verpflichtungsfähigkeit herrscht (Ebbinghaus/Kittel 2007, Ebbinghaus 2007). So nahmen auch in den achtziger Jahren in einigen EU-Ländern Kooperationen zwischen den Regierungen und Tarifparteien mit dem Ziel der nachhaltigen Verbesserung der Beschäftigungssituation zu. Diese so genannten ‚Sozialen Pakte‘ »...dokumentieren die Versuche staatlicher Akteure, politikfeldübergreifende Reformen in prinzipiell autonomen Politikfeldern auf zentraler Ebene über die Redefinition verbandlicher Interessen zu ermöglichen.« (Hassel 1999: 6). Die Aufgabe eines ‚Sozialen Paktes‘ ist es durch Internalisierung externer Effekte, die von den Tarifpartnern und der Regierung ausgehen, die Position der Outsider auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern (Kaiser 2006; Klump 2006). Betrachtet man innerhalb des dritten Clusters den Erfolg von ‚Sozialen Pakten‘, so kann für Deutschland festgestellt werden, dass dies in Form des »Bündnisses für Arbeit« scheiterte, wohingegen die Niederlande ein Paradebeispiel eines erfolgreichen Beschäftigungspaktes sind (Hassel 1999; Braun 2006). Für den Erfolg eines ‚Sozialen Paktes‘ muss die Regierung folgende Bedingungen erfüllen (siehe Sesselmeier u.a. 2008): Zum einen muss die Regierung eine Führungsrolle übernehmen und Reformen auf die Agenda des »Bündnisses für Arbeit« setzen, die Zugeständnisse der Verbände verlangt. Diese Bedingung wurde in Deutschland nicht erfüllt. Die rot-grüne Regierung formulierte keine Agenda für das Bündnis und verzichtete so auf eine aktive beschäftigungspolitische Reformstrategie. Die enge personelle und organisatorische Verflechtung von SPD und Gewerkschaft führte dazu, dass wichtige Punkte für

die Gewerkschaften im bilateralen Dialog ausgehandelt und im üblichen Gesetzgebungsverfahren realisiert wurden. Analog verhielt sich die Regierung auch gegenüber den Arbeitgeberverbänden, beispielsweise wurde die Frage der Reform der Unternehmensbesteuerung auf der bilateralen Ebene gelöst. Im Vergleich zu Deutschland hat die dänische Regierung innerhalb der Reformbemühungen des dortigen »Bündnisses für Arbeit« eine aktive wegweisende Rolle gespielt (Braun 2006). Weiterhin darf die strategische Handlungsfähigkeit der Regierung nicht eingeschränkt sein. Bezogen auf Deutschland ist die Handlungsfähigkeit gerade bei einer aus mehreren Parteien bestehenden Regierung, die in einem föderalistischen System eingebettet und sich mit dem Bundestag abstimmen muss, weitgehend eingeschränkt. Insofern ist der Grund für das Scheitern des »Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit« vor allem auch die »...Unfähigkeit der von gegenmajoritären Vetokräften gebremste Regierung, als dritte Partei die Einhaltung und Umsetzung korporatistischer Vereinbarungen garantieren zu können.« (Czada 2004: 139). Schließlich muss die Regierung ‚tauschen‘ oder ‚drohen‘ können, indem sie entweder in bestimmten Bereichen Zugeständnisse von den Tarifpartnern fordern und dies in anderen Bereichen ausgleichen kann, oder die Regierung muss einseitige Eingriffsdrohungen aussprechen können. Beide Bedingungen waren in Deutschland nicht gegeben: Zum einen verhindert die in der Verfassung verankerte Tarifautonomie die Möglichkeit zur Eingriffsdrohung und zum anderen hat die rot-grüne Regierung ihr ‚Pulver‘, das sie zum Tausch hätte anbieten können, bereits im Voraus zur Einlösung des Wahlversprechens ‚verschossen‘ (Streeck 2003). In den Niederlanden wurde dagegen deutlich, dass die Regierung in das Tarifsysteem eingreifen würde, wenn die Tarifpartner die Reformen nicht vorantreiben würden. Demnach besitzt die niederländische Regierung ein hohes Drohpotenzial (Hassel 1999). Folglich sind am aktuellen Rand die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einbindung der Gewerkschaften in Deutschland nicht mehr gegeben.

Kompensationen sind nicht nur zwischen Regierung und Sozialpartnern nötig. Eine Regierung muss auch im Design von Reformen selbst kompensatorische Elemente anlegen, um potenzielle Akzeptanzdefizite auszuräumen. Die kompensatorischen Elemente können auf der makro- oder mikroökonomischen Ebene angelegt sein und entweder in der Sequenz von Reformschritten oder der Bündelung verschiedener Einzelreformen zu einem umfassenderen Paket liegen. Kompensation meint jedoch nicht die Neutralisierung oder »Verwässerung« einer Reform, sondern die Gestaltung eines politisch und ökonomisch

sinnvollen Bündels von Reformschritten (Eichhorst/Sesselmeier/Yollu 2008). Auf der Makroebene zeichnet sich solch ein kompensatorisches Element dadurch aus, den ökonomisch richtigen Zeitpunkt für einen Pfadwechsel zu erkennen (Herrmann-Pillath 2002). Ferner sind komplementäre Reformen auch auf der mikroökonomischen Ebene wichtig (Coe/Snowder 1997) (vgl. Kapitel 5.3). Die Existenz von Komplementaritätseffekten hat gezeigt, dass die Wechselwirkungen zwischen den Institutionen zu positiven Rückkopplungen und somit zu Pfadabhängigkeit führen. Die durch einen Pfadbruch ausgelösten Akzeptanzprobleme könnten aufgefangen werden, wenn die Regierung die angestrebte Reform nicht isoliert behandelt, sondern das institutionelle Gefüge erkennt, in der die Veränderung eingebettet ist, und mit flankierenden Reformen entsprechen ausgleichend reagiert. Hierzu ein Beispiel aus der Familienpolitik: Das Bild der ‚Ein-Verdiener-Familie‘ ist im deutschen Wohlfahrtsstaat tief verankert (Bizer/Sesselmeier 2004: 11). Auch die Ausgestaltung der Arbeitslosenhilfe, d.h. die Kombination von Versicherungsprinzip und Bedürftigkeit als anspruchsbegründende und leistungsbegrenzende Voraussetzung, richtete sich nach der ‚Ein-Verdiener-Familie‘. »Höheres Einkommen, Arbeitslosengeldbezug oder auch nur der höhere Arbeitslosenhilfeanspruch des männlichen Teils einer Partnerschaft schloss häufig den Anspruch des weiblichen Teils aus oder begrenzte ihn in der Höhe.« (Knuth 2006: 164). Hartz IV führte aber dazu, dass die Leistung nicht mehr nach dem früheren Einkommen des ‚Ernährers‘, sondern nach Größe und Zusammensetzung der Bedarfsgemeinschaft berechnet wird und kündigte so das ‚Ernährermodell‘ auf. Das Prinzip der ‚Ein-Verdiener-Familie‘ wurde aber in anderen Bereichen (wie dem Steuer-, Sozialversicherungs- und Bildungssystem) beibehalten, wie auch Blome und Müller (2007) in ihrer aktuellen Forschung feststellten: Der deutsche Staat ist im europäischen Vergleich »...the most hesitant to change the policies towards supporting the reconciliation of family life and work« (Blome/Müller 2007: 23).

Da ein Pfadbruch auch einen Bruch der gesellschaftlichen Norm bedeutet, muss das angestrebte Ziel einer pfadbrechenden Reform inhaltlich klar formuliert und kommuniziert werden. Sinn und Zweck einer erfolgreichen Reformvermittlung ist es, für eine ausreichende politische und gesellschaftliche Unterstützung zu sorgen. Ein Ansatzpunkt ist dabei der Verweis auf akute oder in Zukunft auftretende Funktionsdefizite der vorhandenen institutionellen Regelungen. Je überzeugender die fiskalischen oder gesellschaftlichen Kosten des Status Quo identifiziert werden können, umso leichter lässt sich eine Korrektur durch ge-

eignete Reformen begründen. Dies gilt umso mehr, je klarer auch die konkreten Kosten und der zu erwartende Nutzen einer (Nicht)Veränderung gegenüber dem Status Quo für den einzelnen Bürger herausgestellt werden kann. Dabei kommt es insbesondere darauf an, die prinzipiell ungewissen positiven Effekte von Reformen zu präzisieren und damit die Orientierung am vermeintlich »sicheren« und bekannten Status Quo aufzulockern. Je klarer der Nutzen von Veränderungen aufgezeigt werden kann, umso leichter sind auch kurzfristige Einbußen zu akzeptieren. Der politischen Kommunikation kommt dabei eine zentrale Funktion zu. Sie muss Kosten und Nutzen des Status Quo im Vergleich zum erwarteten Zustand nach den Reformen nachvollziehbar und glaubwürdig darstellen können, wobei die jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen mit jeweils geeigneten Kommunikationsmittel angesprochen werden sollten. Unterstützend wirkt hierbei ein Bezug auf normative Prinzipien (Cox 2001): Werden sozial- und arbeitsmarktpolitische Reformvorhaben von einem übergeordneten Leitbild abgeleitet, das gesellschaftlich akzeptiert ist, über das also ein weitreichender, wenn auch nicht vollständiger Konsens besteht, so sind diese Reformen plausibler, womit das Reziprozitätsverständnis der Akteure nicht verletzt wird. Problematisch bleibt die Akzeptanz von Reformen, wenn kein ausreichender gesellschaftlicher Konsens über Ziele und Maßnahmen erreicht werden kann. Umfassendere und grundsätzlichere Veränderungen bedürfen eines neuen oder wenigstens reformulierten normativen Leitbilds, um hiervon entsprechende Reformen ableiten zu können. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass die Formulierung eines neuen Leitbildes selbst strittig sein wird. Zentral ist dabei die Rolle der Akteure, welche als »politische Unternehmer« bestimmte Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen vorantreiben. Dies sind im Kern immer die Regierung bzw. die sie tragenden Parteien. Deren Glaubwürdigkeit im Hinblick auf die Argumente, mit denen Reformvorhaben begründet werden, ist von essentieller Bedeutung. Je mehr sich hier ein stabiles und überzeugendes normatives Konzept erkennen lässt, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass auch Reformen mit partiell restriktivem Charakter akzeptiert werden können. Weniger glaubwürdig sind Reformen, die ad hoc angekündigt werden und nicht in Übereinstimmung stehen mit früheren Reformansätzen (Glaab/Sesselmeier 2005).

Im Kontext der Pfadabweichung des traditionellen Verständnisses der sozialen Inklusion ist gerade zu beachten, dass die beschriebene Pfadabweichung des Inklusionsbegriffs vor allem deshalb zu Akzeptanzproblemen führt, da die redefinierte soziale Inklusion den Focus nur auf das reine Erwerbseinkommen rich-

tet, wobei der Focus gerade auf die Frage der Sicherheit der Erwerbsbeteiligung und um die Frage, inwieweit sich das Erwerbseinkommen als existenzsichernd erweist, gelegt werden muss.¹¹ Gerade hier liegen insbesondere die Anforderungen an Reformen, die von einer passiven zu einer aktivierenden Arbeitsmarktreform führen sollen. Beispielsweise stellen Aiginger, Guger, Leoni und Walterskirchen (2007) fest, dass eine hohe soziale Inklusion durch Erwerbsarbeit nicht automatisch zu einer höheren ‚social performance‘ eines Wohlfahrtsstaates führen muss. Gerade die aktuelle Diskussion um Armut, Unsicherheiten und Gerechtigkeitsvorstellungen, die in Deutschland geführt wird (Krömmelbein/Bieräugel/Nüchter/Glatzer/Schmid 2007, Böhnke 2006, Becker 2006, Vester 2006, Dingeldey/Gottschall 2001), aber auch die Diskussion um die teilweise Revision der Agenda 2010 in Form einer Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeld I ist hier zu verorten.

5.2 Die Rolle komplementärer Maßnahmen: Kompensatorische Wirtschaftspolitik bei Reformen auf der (Arbeits-) Angebotsseite

Das Voranbringen einer entsprechenden Aktivierung zu besserer und intensiverer Inklusion am Arbeitsmarkt, wie von der Europäischen Kommission intendiert, bedarf der Ergreifung und Implementierung flankierender Maßnahmen. Diese manifestieren sich in Reformen, Gesetzen oder Richtlinien. Im EU-weit aufgespannten Rahmen der OMK verbleiben auf nationalstaatlicher Ebene arbeitspolitische Maßnahmen bzw. die Sozialpolitik oder Reformen auf dem Gütermarkt, um das gemeinsame Ziel eines wachstumsstarken Wirtschaftsraumes zu erreichen (Saint-Paul 2002). Schelkle und Mabbett (2007) sprechen hierbei gar von einer Regulierung des sozialen Bereiches, die mit dem Entstehen der EWU hervorgegangen ist. Gerade durch die Ansiedlung der genannten Reformbereiche auf nationalstaatlicher Ebene treten bei der konkreten Durchführung wiederum makroökonomische Effekte auf. Hierbei stellt sich die Frage, inwieweit eine Mehr-

11 Interessant ist in diesem Zusammenhang ist auch die Untersuchung von Finseraas (2007), der für 22 EU-Mitgliedsstaaten einen positiven Zusammenhang zwischen Einkommensungleichheiten und der Nachfrage nach Umverteilung feststellt. Wird demnach eine höhere Erwerbsbeteiligung durch größere Einkommensunterschiede gewährleistet, so muss komplementär dazu das Umverteilungsinstrumentarium verstärkt eingesetzt werden, um die Akzeptanz von Einkommensunterschieden zu gewährleisten.

beschäftigung durch gesamtwirtschaftliche Verläufe oder via durchgeführter Reformen herbeigeführt wird. Darüber hinaus ist eine Abwägung kurz- und langfristig ausgerichteter wirtschaftspolitischer Instrumente ebenso relevant wie deren Auswirkungen auf mikro- und makroökonomischer Ebene. In diesem Zusammenhang gibt die Europäische Kommission in Form des Flexicurity-Ansatzes einen Orientierungsrahmen für die einzelnen Mitgliedsstaaten ab. Hierbei werden einerseits langfristige Handlungsrichtlinien für die Mikroebene abgeleitet, andererseits aber auch die nationalstaatlichen Differenzen berücksichtigt.

Mikroökonomisch orientierte Strukturreformen ziehen über die damit verbundene Verunsicherung der Bürger oft auch makroökonomische Probleme nach sich, die dann wiederum mittels wirtschaftspolitischer Instrumente stabilisiert werden müssen (Beck 2005). In der Tradition des neu-keynesianischen Modells können, so Tomann (1997), Tarifparteien das Arbeitslosigkeitsniveau beeinflussen, etwa durch einkommenspolitische Maßnahmen mit Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der Angebotsseite (auch Jerger 2003). Arbeitsmarktreformen bedeuten immer auch eine Änderung traditionellen solidarischen Verständnisses und somit auch ein Verlust an Macht der Arbeitnehmerseite, was wiederum Unsicherheiten hervorruft, bspw. bezüglich eines Arbeitsplatzverlustes (Schelkle/Mabbett 2007). Solche Unsicherheiten schlagen sich aber auch in einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nieder, weil Akteure nun aufgrund der gestiegenen Unsicherheit das Sparen dem Konsum vorziehen: Vorsichtssparen ist die Folge. Da die Akteure mit Preis- und Lohnrigiditäten konfrontiert sind, welche verhindern, dass eine Volkswirtschaft durch Preis- bzw. Lohnanpassungen ins Gleichgewicht zurückgeführt werden kann (de Grauwe/Costa Storti 2007; Schaper 2002; Saint-Paul 2002), wird somit eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Durch den gesunkenen Konsum verringert sich die Produktion, die Arbeitslosenzahl steigt und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sinkt weiter (Beck 2005). Daher müssen geld- oder fiskalpolitische Instrumente expansiv eingesetzt werden, um die gesamtwirtschaftliche Situation zu stabilisieren (Beck 2005; Carlin/Soskice 2007) und die Inklusion in Form von Erwerbstätigkeit zu gewährleisten.

Hierzu können auf der Nachfrageseite zunächst kurzfristige wirtschaftspolitische Instrumente eingesetzt werden. Die Geldpolitik, sofern sie die Preisstabilität zum Ziel hat, kann nun dem Prozess deflationärer Tendenzen und steigender Arbeitslosigkeit durch eine expansive Geldpolitik entgegenwirken. Um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stimulieren, erhöht die Zentralbank die

Geldmenge, woraufhin die Zinsen gesenkt werden. Die niedrigen Zinsen bilden für die Unternehmen Anreize zu investieren, da Kredite nun billiger geworden sind. Somit steigt die Nachfrage wieder (Carlin/Soskice 2007; Beck 2005; Truger 2003). Gleichzeitig wird die Produktion durch die gestiegenen Kapazitäten und die Einkommenserhöhung steigen. Die daraus resultierende Inflation führt zu einer Senkung der Arbeitslosigkeit (Blanchard/Illing 2004). Geldpolitik scheint theoretisch effektiver als die Fiskalpolitik zu sein, da die Zentralbanken den Zinssatz rasch ändern können, um inflationäre Tendenzen zu vermeiden und ein Arbeitslosigkeitsniveau zu wählen, das unterhalb des natürlichen Gleichgewichtsniveaus liegt. Dagegen gilt die Fiskalpolitik als träge, da sie von einem langwierigen Entscheidungsprozess der entsprechenden Regierung abhängt. Im Fall der Fiskalpolitik treten Reaktionen auf Nachfrageschocks mit einer Zeitverzögerung auf (Carlin/Soskice 2007), da über die öffentlichen Investitionen und die Umverteilungspolitik zunächst in einem politischen Entscheidungsprozess bestimmt wird (Truger 2003). Dennoch kann eine expansive Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage erhöhen.

Existiert Arbeitslosigkeit, weil das Beschäftigungsniveau unterhalb des natürlichen Niveaus liegt, ist eine Ausweitung der Güternachfrage durch Erhöhung der Staatsausgaben bzw. Senkung der Steuern angemessen. Diese expansive Fiskalpolitik verspricht Erfolg, da die Ursachen der Arbeitslosigkeit zumeist außerhalb des Arbeitsmarktes liegen (Jerger 2003). Die Volkswirtschaft kann unter gegebenen Vermittlungsrigiditäten und gegebener Marktmacht auf das aus der expansiven Fiskalpolitik resultierende niedrigste Arbeitslosigkeitsniveau gelangen. Eine weitere Senkung des Arbeitslosigkeitsniveaus kann es dann aber weiterhin nur geben, wenn institutionelle Rahmenbedingungen, demnach die Variable z , verändert werden, bspw. dahingehend, dass Vermittlungseffizienzen durch Verbesserung der entsprechenden Informationsflüsse (bessere Betreuung der Arbeitssämter, Pflicht der frühestmöglichen Bekanntgabe drohender Arbeitslosigkeit, geringerer Kündigungsschutz, gewerkschaftlicher Organisationsgrad, Kürzung der Lohnersatzleistungen) erhöht werden (Jerger 2003). Diese Veränderungen der Variablen z führen zu einer Verlagerung des Arbeitslosigkeitsgleichgewichts auf ein niedrigeres Niveau.

Die Möglichkeiten zur Stabilisierung der ökonomischen Indikatoren nach Arbeitsmarktreformen innerhalb der EU gestalten sich schwierig (siehe Hein/Priewe/Truger 2007). Die EZB als Zentralbank für die Mitgliedsstaaten macht die Geldpolitik als wirtschaftspolitisches Instrument nutzlos für ein einzelnes EU-

Land. Inflationären oder deflationären Tendenzen in einzelnen Mitgliedstaaten kann durch die Geldpolitik nicht entgegengewirkt werden, da die EZB wirtschaftspolitische Maßnahmen für den gesamten europäischen Wirtschafts- und Währungsraum betreiben muss. Die auftretende Problematik einer einheitlichen Geldpolitik in Europa wird darin deutlich, dass die Länder vor der Währungsunion unterschiedliche Ziele verfolgt haben. Einige Länder, wie Italien oder Frankreich, versuchten den Phillipskurven-Tradeoff auszunutzen, indem sie durch eine hohe Inflation die Arbeitslosenrate senkten (de Grauwe 2005). Andere wiederum, wie bspw. Deutschland, legten ihren Fokus auf die Preisniveaustabilität. Langfristig gesehen hat diejenige Geldpolitik, die Inflationsstabilität verfolgt, mehr Erfolg, da nach dem Modell der Phillipskurve die natürliche Arbeitslosenquote auf längere Frist nicht gesenkt werden kann, sich aber bei einer höheren Inflation wieder auf ihr Ausgangsniveau einpendelt (Jerger 2003). Die Preisniveaustabilität entspricht nun gerade dem Ziel der europäischen Zentralbank. Allgemeiner ausgedrückt bedeutet dies, dass die Senkung der Arbeitslosigkeit in einem einzelnen Wohlfahrtsstaat nicht durch die EWU-weite Geldpolitik der EZB alleine stabilisiert werden kann. Dennoch brauchen auch Strukturreformen bei der Durchführung wirtschaftspolitische Maßnahmen, um das Wachstum aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus kann die Fiskalpolitik in den EWU-Mitgliedsländern, die an die Maastricht-Kriterien bzw. an den Wachstum- und Stabilitätspakt gebunden sind, ebenfalls nur bedingt eingesetzt werden (Saint-Paul 2002). Anhand ihrer empirischen Untersuchung gehen Hagfors und Saari (2007) sogar soweit, dem Wachstums- und Stabilitätspakt eine noch größere bindende Bedeutung zuzumessen. Eine entsprechende Bindung mit der einhergehenden Reduzierung der Staatsverschuldung führt auch zu einer Verschiebung in der Prioritätensetzung nationaler Ausgabenpolitik, insbesondere im Bereich der Sozialausgaben.

Den möglichen Folgen einer Arbeitsmarktreform, wie bspw. das Vorsichtssparen, kann in Ländern innerhalb der EWU nur schwer gegengesteuert werden. Der durch das vermehrte Sparen der Akteure gesunkene Konsum müsste durch eine Zinssenkung und damit durch eine Geldmengenerhöhung bzw. durch eine Erhöhung der Staatsausgaben kompensiert werden. Die notwendigen Möglichkeiten einer expansiven Geld- oder Fiskalpolitik stehen jedoch einerseits nicht mehr bzw. nur sehr eingeschränkt zur Verfügung (Beck 2005; Carlin/Soskice 2007). Andererseits verfolgt die EZB eine Politik der Preisstabilität (u.a. Kromphardt/Logeay 2007). Dennoch muss nach Blanchard (2006) auch auf europäischer Ebene die makroökonomische Politik stärker zum Zuge kommen, um die

Lücke zwischen tatsächlichem und potenziellem Wirtschaftswachstum nach Arbeitsmarktreformen gering zu halten. Zum einen können nach OECD (2007) bereits bei der Durchführung von Arbeitsmarktreformen die Produktivitätseffekte beeinflusst werden und somit auf die Stabilisierung der Wirtschaft hingewirkt werden.¹² Zum anderen ist nach Blanchard (2006) vor dem Hintergrund der EWU die Flexibilität der Nominallohne hinsichtlich des Angebots-Nachfrage-Verhältnisses auf dem Arbeitsmarkt eine Möglichkeit, die Wirtschaft nach Reformen zu stabilisieren. Ebenso können aber auch Strukturreformen selbst innerhalb der Sozialsysteme die Lohnflexibilität begünstigen (Dovern/Meier 2006).

Die kurzfristigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Erhaltung des Produktionsniveaus müssen durch langfristig ausgerichtete Instrumente ergänzt werden. Denn langfristig muss das Produktionsniveau gesteigert werden. Um nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu erzielen, muss auf der Angebotsseite angesetzt werden. Hierbei kommt der Steigerung der Produktivität, insbesondere der Multifaktorproduktivität eine besondere Rolle zu. Aus langfristiger Perspektive stehen daher insbesondere zwei wirtschaftspolitische Instrumente zur Verfügung. Zum einen ist es die Bildungspolitik, zum anderen die Innovationspolitik. Nach Romer (1986) wirkt sich die Humankapitalakkumulation durch Bildungsexpansion positiv auf die Produktivität aus. Das gestiegene Bildungsniveau wirkt sich wiederum positiv auf andere Unternehmen aus. Diese Externalitäten begünstigen nach Romer steigende Skalenerträge in der Produktion, welche die abnehmenden Grenzerträge des Kapitals kompensieren. So wird durch die steigenden Skalenerträge das Wirtschaftswachstum vorangetrieben. Allerdings profitieren Unternehmen nicht alleine von der Bildung, weil sich bspw. auf dem Markt weitere Konkurrenten aufgrund der besseren Bildungsvoraussetzungen ansiedeln. Aufgrund dieser Tatsache werden nach Romer die Unternehmen zu wenig in Bildung investieren. Eine Internalisierung der Effekte des Humankapitals ist notwendig, damit Innovationen betrieben werden können. Es müssen daher auch innerhalb der Bildungspolitik Voraussetzungen geschaffen werden, um Wirtschaftswachstum nachhaltig zu fördern (Romer 1986).

Arbeitsmarktreformen führen meist zu Deregulierungen. Die Bildungspolitik muss daher so gestaltet werden, dass Bildung mit der Aktivierung von Arbeitslosen konform läuft, heißt, die Rahmenbedingungen für das Fördern von

12 Die OECD (2007) stellt eine Übersicht der verschiedenen Ansatzpunkte der Arbeitsmarktpolitik auf die Produktivität dar.

Lebenslangem Lernen und Aus- und Weiterbildung werden verbessert. Darüber hinaus sind hohe Bildungs- und Weiterbildungsstandards Schlüsselemente einer befähigenden Sozialstaatsstrategie (Döring: 2007). Aktivierung von Arbeitslosen bedeutet eine schnelle Rückführung in den Arbeitsmarkt. Hierbei ist allgemeines Humankapital von Vorteil, das in vielen Unternehmen Einsatz finden kann (Becker 1962). Als stabilisierende bildungspolitische Maßnahme sollte bei einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes die Förderung allgemeinem Humankapital im Vordergrund stehen (Sesselmeier 2007c; Powell 2007), um eben nicht nur die Arbeitsmarktflexibilität, sondern auch die Flexibilität des Arbeitskräftepotenzials zu gewährleisten. In manchen Wohlfahrtsstaaten zieht dies ebenfalls eine bildungspolitische Reform angestoßen durch den Bologna-Prozess nach sich (Powell 2007). Jedoch darf die Komplementarität zwischen allgemeinem und spezifischem Humankapital nicht vernachlässigt werden (u. a. Acemoglu/Pischke 1998; Kessler/Lülfelmann 2002). Weiterhin schafft Bildungspolitik Voraussetzungen für den technischen Fortschritt und Innovationen. Diese Voraussetzungen werden durch Rahmenbedingungen, die die Innovationspolitik vorgibt, ergänzt. Einerseits treiben Unternehmen Innovationen voran, wenn ihnen Arbeitnehmer mit hohem Qualifikationsniveau zur Verfügung stehen. Andererseits müssen optimale Rahmenbedingungen für Patentanmeldungen oder auch für Unternehmensgründungen vorliegen, um nachhaltiges Wirtschaftswachstum garantieren zu können.

Aus diesem Kontext wird deutlich, dass Institutionen in unterschiedlichen Bereichen mit einander verzahnt sind. Tiefgreifende Arbeitsmarktreformen brechen bestehende Institutionengefüge auf, die Reformen auf anderen Märkten nach sich ziehen (müssen). Wird die EU betrachtet, herrschen in den Wohlfahrtsstaaten Unterschiede hinsichtlich industrieller Beziehungen, politischer Systeme, Wohlfahrtseinrichtungen sowie der Bildungspolitik. Die entsprechenden Institutionen haben sich in einer gleichen Weise entwickelt, die starke Komplementaritäten zueinander vermuten lassen (Carlin/Soskice 2007; Amable 1999), was zu unterschiedlichen und unter Umständen auch zu nicht erwartenden Wirkungen einer Reformdeterminante führen kann. Daher ist die Persistenz von Arbeitslosigkeit in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten auch unterschiedlich und wird bspw. durch Arbeitsmarktreformen nicht gleichermaßen abgebaut. Diese durch die Wohlfahrtsstaaten bedingte, nicht einheitliche Institutionenstruktur führt daher auch zu unterschiedlichen Schocks auf die makroökonomischen Größen (Blanchard/Wolfers 2000; Eichhorst/Konle-Seidl 2005). Diese Rahmenbedingungen

erfordern unterschiedliche kompensatorische Eingriffe der Wirtschaftspolitik in den einzelnen Wohlfahrtsstaaten. Hinzukommt, dass ersten Analysen zur Folge auch die Innovationsanstrengungen zwischen den Wohlfahrtsstaatsclustern differieren. So sind auch hier die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten den anderen gegenüber im Hintertreffen (Kitschelt 2007).

5.3 Kompensatorische Maßnahmen auf nationalstaatlicher Ebene via Flexicurity

Der bereits zu Beginn erläuterte, verschärfte globale Wettbewerb führt auch zu einem Wettbewerb der einzelnen Wohlfahrtsstaaten. Eine herausragend positive Performance entscheidet hier über eine verbesserte Stellung innerhalb der EU-Wirtschaftsrangings. Mit dem neu-keynesianischen Modell wurde aufgezeigt, dass einerseits nicht nur harte, sondern auch weiche Faktoren zu berücksichtigen sind und dass sich andererseits die Auswirkungen mikro- und makroökonomischer Maßnahmen gegenseitig beeinflussen. Da sich die EU selbst zum Ziel gesetzt hat, mit ihrem Binnenmarkt in naher Zukunft den ökonomisch erfolgreichsten Wirtschaftsstandort zu stellen, kann sie extreme, das gemeinsame Ziel gefährdende Gefälle nicht hinnehmen. So stellt die EU nicht nur den Rahmen auf der übergeordneten Ökonomie- und Politikebene, sondern entwickelt neuerdings auch ein gesteigertes Interesse an den grundlegenden Ausgestaltungen auf nationalstaatlicher Ebene. Innerhalb der EBS (OMK) versucht sie nun Anstöße zu geben, um den neuen Herausforderungen und Möglichkeiten der Globalisierung entgegenzutreten. Im Kontext der erneuerten Lissabon-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung mit dem Ziel, Europa zur wettbewerbsfähigsten Region weltweit zu entwickeln, findet erstmals der Begriff der »Flexicurity« Eingang in ein offizielles Dokument der Europäischen Union. Dabei verweist der Rat der Europäischen Union (2006) erneut auf die Notwendigkeit systematischer Ausarbeitung umfassender Politikstrategien zur Steigerung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Arbeitnehmern, wobei die gegenseitige Stärkung von Sicherheit und Flexibilität als richtungweisendes Instrument dienen soll. Flexicurity bedeutet im Konkreten das Herbeiführen einer Balance zwischen der unternehmerischen Forderung nach mehr Flexibilität einerseits und dem Einfordern eines Netzes an sozialer Sicherheit durch die Arbeitnehmer andererseits (siehe auch Kronauer/Linne 2005). Hierbei soll den Individuen sowohl

ein gewisses Maß an Beschäftigungssicherheit gewährleistet werden als auch der notwendige Freiraum zur Verfügung gestellt werden, sich jederzeit mit den ändernden Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln bzw. sich jederzeit entsprechend zu verändern (Kommission der EG 2007). Wenngleich keine konkreten Vorgaben der EU hinsichtlich der Inhalte gemacht wurden, so wurden doch die wesentlichen Komponenten der Flexicuritystrategie festgehalten, welche u. a. auch von Autoren wie Aiginger (2005) und Giddens (2006) in Zuge der Entwicklung eines Europäischen Sozialmodells befürwortet werden:

- Flexible und zuverlässige/sichere Vertragsvereinbarungen
- Umfassende Strategien für ein lebenslanges Lernen
- Moderne Systeme sozialer Sicherung
- Wirksame aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Als erste konkrete Maßnahmen formulierte die EU eine Steigerung der Beschäftigungsquote auf 70 Prozent innerhalb der EU-27 durch Steigerung der Frauenerwerbsquote und der Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer sowie durch Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit (Giddens 2006). Versteht sich Flexicurity als Balanceinstrument zwischen sozialer Sicherheit von Beschäftigten und betrieblichen Flexibilisierungsansprüchen, so sieht die Realität in der Bundesrepublik bislang anders aus und bedarf weiterer Anstöße. Autoren wie Kronauer/Linne (2005) und Pfarr (2007) merken hierzu an, dass ein hier entsprechend umzusetzendes Flexicurity-Konzept über das bisher bestehende Arbeitsrecht hinausgehen muss. Pfarr (2007) schlägt hierzu vier konkrete Ansatzpunkte vor. Gemäß der angestrebten flexibleren Vertragvereinbarungen werden EU-weit flankierende Regelungen zur lebenslauforientierten Flexibilisierung der Arbeitszeiten notwendig (Chung 2007). Hierbei stehen insbesondere die aktuell diskutierten Bereiche Pflege älterer Angehöriger und Kinderbetreuung im Fokus. Darüber hinaus zöge eine entsprechende Ausrichtung auch Reformen im Tarifrecht sowie Änderungen beim Kündigungsschutz nach sich. Zum zweiten braucht es in Deutschland mehr staatliche Unterstützung im Bereich unternehmensinterner Flexibilisierung, wie Aus- und Weiterbildung, lebenslanges Lernen oder lebenslauforientierte Arbeitszeitflexibilisierung. Drittens bedeute ein modernes System sozialer Sicherung einen breiteren, vom Arbeitnehmerstatus unabhängigen Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen (Pfarr 2007). Zwar zeigt sich eine Flexibilisierung des deutschen Arbeitsmarktes etwa in der Implementierung und Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse von knapp 5 Mio. im Jahr 2003 auf rund 7 Mio. im Jahr 2006 (Bundesagentur für Arbeit 2007), allerdings

erfolgte dies ohne die notwendige soziale Absicherung. So erweisen sich die Löhne in diesem Bereich oftmals als nicht existenzsichernd, der Quereinstieg in Normalarbeitsverhältnisse wird oft verwehrt und betriebliche Weiterbildung wird nicht gewährt (Seifert 2006). Eine Abkehr von staatlicher Bevorzugung prekärer Erwerbsformen ist als vierter Punkt für die angestrebte Balance unabdingbar, da sonst der Aspekt sozialer Absicherung in den Hintergrund gedrängt wird. Dies blockiert auch den angestrebten schnellen Wechsel der Erwerbstätigen zwischen Beschäftigungsverhältnissen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeitszeiten. Mit der Durchführung von Flexicurity-Maßnahmen und der anhaltenden Dynamik am Arbeitsmarkt entstehen zunächst höhere Kosten im Sozialsystem, welche sich allerdings langfristig durch die Verbesserung der Beschäftigungsstruktur bezahlt machen (sollen). In konservativen Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland wird dadurch, wie bereits angedeutet, eine Umstrukturierung notwendig (Schömann/Siarov/van den Heuvel 2006).

Bis Ende 2007 sollen die durch die Kommission angestoßenen nationalen Debatten zur Ausarbeitung erster konkreter gemeinsamer Grundsätze in den Mitgliedsstaaten führen. Einen weiteren konkreten Vorstoß machte die EU-Kommission, in Person von Sozialkommissar Spidla im Juli 2007, als dieser Handlungsempfehlungen für die nationale Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsstaaten abgab (FAZ vom 17. Juli 2007 und Europäische Kommission 2007a). Vor dem Hintergrund der angestrebten Flexicurity entwickelt er einen Weg der »vier Pfade«, um nationale Märkte wettbewerbsfitter zu machen und gleichzeitig jene angestrebte richtige Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit zu finden. Pfad Nummer eins bezieht sich auf die südlichen EU-Länder, etwa Italien. Hier löst der strikte Kündigungsschutz eine zunehmende Vergabe befristeter Arbeitsverträge aus. Durch eine Kopplung des Kündigungsschutzes an die Beschäftigungsdauer unbefristeter Verträge soll dieser Trend nun eingedämmt werden. Der zweite Pfad, welcher insbesondere für Deutschland zutrifft, fordert vor allem die Wirtschaft dazu auf, durch mehr, strategische und offensivere Weiterbildung die abnehmende Arbeitsplatzsicherheit abzufedern. In die Planung und Umsetzung sollen die Tarifparteien miteinbezogen werden. Hierbei wird ebenso die passive Haltung der deutschen Arbeitsmarktpolitik kritisiert. Pfad drei unterbreitet Anregungen zur Verbesserung der Ausbildung. Dies betrifft insbesondere EU-Länder mit schlecht oder nicht ausgebildeten Arbeitnehmern, wie etwa Großbritannien. Und der vierte Pfad fordert insbesondere die neuen Mitgliedsstaaten auf, mehr

Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, etwa durch Steigerung der Frauenerwerbsquote.

Auch der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission weist in Richtung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik zur Steigerung sozialer Inklusion, welche vor allem über den Arbeitsmarkt erfolgt. In Zusammenhang, auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, lohnt ein Blick auf die Beteiligungszahlen an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im Rahmen des oben angesprochenen Konzeptes »Lebenslanges Lernen«. Dies begründet sich in der Definition aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Aktivierend bedeutet, die Integration von Personen, insbesondere von Problemgruppen, in den Arbeitsmarkt. Dies kann nachhaltig nur über Bildung funktionieren. Darüber hinaus sind immer wieder Maßnahmen für Aus- und Weiterbildung zur Verringerung des Risikos der Arbeitslosigkeit sowie als Maßnahme zur Reintegration Arbeitsloser in der Diskussion. Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Bevölkerungsbeteiligung an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Hierbei wird der Prozentsatz der an Maßnahmen teilnehmenden Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren gemessen.

Im Durchschnitt der EU-27 nahmen im Jahr 2006 insgesamt 9,6 Prozent an einer solchen Maßnahme teil. In der Eurozone nahmen 8,2 Prozent ein entsprechendes Angebot wahr. Die Bundesrepublik Deutschland liegt mit 7,5 Prozent unter dem EU-Durchschnitt. Auffallend hohe Teilnahmewerte finden sich in Schweden mit 36,5 Prozent, in Großbritannien mit 31,2 Prozent, in Dänemark mit 29,2 Prozent und in Finnland mit 27 Prozent. Extrem niedrige Anteile weisen Rumänien mit 1,3 Prozent, Bulgarien mit 1,3 Prozent und Griechenland mit 1,9 Prozent auf. Die Nicht-EU-Staaten Norwegen und Schweiz liegen mit 20,2 Prozent bzw. 26,5 Prozent deutlich über den EU-Mittelwert. Bei einer Aufgliederung der Daten zeigt sich, dass tendenziell mehr Frauen die Angebote der Aus- und Weiterbildung nutzen als Männer. Im Vergleich der EU-27 nehmen diese jeweils 10,4 Prozent bzw. 8,8 Prozent ein. Im Euroraum lässt sich ein Anteil von 8,5 Prozent Frauen und 7,8 Prozent Männer feststellen. Insgesamt lässt sich in Europa eine Zunahme der Teilhabe am lebenslangen Lernen im Zeitverlauf feststellen. Nur wenige Länder stagnieren oder weisen leicht rückläufige Daten auf.

Lebenslanges Lernen wird oftmals in Verbindung gebracht mit einer notwendigen Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Reaktionen darauf sind geteilt. Das Beispiel Niederlande zeigt, dass dies möglich ist. Hier wird betriebliche Flexibilität ebenso durch die Förderung von Leih- und Zeitarbeit sowie befristeten und Teilzeit-Arbeitsverhältnissen gegeben,

allerdings stehen die Erwerbsformen den Normalarbeitsverhältnissen als gleichwertig gegenüber, etwa in Form gleicher Vergütung oder Zugang zu Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (Seifert 2006; Wilthagen 2007). Diese Regelungen schrieb die niederländische Regierung im Jahr 1999 in Gesetzesform fest. Dänemark, das immer wieder als Benchmark geführt wird, hat bereits in den 1990er Jahren damit begonnen, zwischenbetriebliche Mobilität durch hohe Lohnersatzquoten, ausgereifte Förderprogramme und flexibilisierte Tarifverhandlungen mit geringem Kündigungsschutz zu fördern (Deutsche Bundesbank 2007; Schulte 2007; Wilthagen 2007). Im Bereich ausgereifter Förderprogramme greifen insbesondere eine Vielzahl an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, welche den vielfach geforderten Bereich des lebenslangen Lernens betreffen.

Das Konzept des lebenslangen Lernens umfasst jedoch nicht nur den Aspekt betrieblicher Weiterbildung und Ausbildung in höherem Alter oder nach bereits gemachtem Ausbildungsabschluss. Vielmehr muss bereits im Kindesalter angesetzt werden, um langfristige Erfolge zu erzielen. Ein Indikator zur Investitionsbereitschaft in Bildung ist der Anteil öffentlicher Ausgaben für die Bildung, gemessen am BIP. Dabei beziehen sich die Bildungsausgaben auf Investitionen in die Bereiche Schule, Hochschule und duale Ausbildung. Auf eigener Datenbasis errechnete Eurostat (2007) für die EU-27 einen Durchschnitt von 5,09 Prozent (für 2004). Deutschland liegt mit 4,6 Prozent Anteil am BIP darunter. Dänemark legt mit 8,47 Prozent einen Richtwert vor, gefolgt von Schweden mit 7,35 Prozent, Zypern mit 6,71 Prozent und Finnland mit 6,43 Prozent. Geringe Bildungsausgaben tätigen im Jahr 2004 Rumänien mit 3,29 Prozent des BIP, Luxemburg mit 3,93 Prozent und die Slowakei mit 4,21 Prozent. Norwegen und die Schweiz liegen mit 7,58 bzw. 5,97 Prozent über dem europaweiten Durchschnitt.

Insgesamt kann die Flexicurity-Debatte als eine positive Entwicklung in der EU gewertet werden. Um diesen positiven Impuls über eine Implementierungsphase hinaus mitzunehmen, müssen jedoch eine Reihe an Aspekten berücksichtigt werden. So sind ein gemeinsamer Einsatz aller Sozialpartner sowie das finale Beschreiten eines gemeinsamen Weges notwendig für das Funktionieren des Flexicurity-Ansatzes (Kommission der EG 2007; Pfarr 2007). Darüber hinaus müssen sich die konkret abzuleitenden Maßnahmen auf die differierenden Situationen in den Mitgliedsländern einstellen und angepasst werden. Neben den Übertragbarkeitsproblemen bei unterschiedlichen Rahmenbedingungen spielen auch abweichende Akteurskonstellationen eine relevante Rolle. In diesem Zusammenhang gesteht die Kommission (2007) ein, dass ein EU-weiter einheitlicher

Maßnahmenkatalog nicht realisierbar ist. Das Grundkonzept der Flexicurity sieht folglich keine Einheitslösung für die Arbeitsmarktmodelle und Strategien der Mitgliedsländer vor, vielmehr verkörpern die daraus resultierenden Optionen ein weiteres Benchmark, dessen Umsetzung in nationale Maßnahmenkataloge auch mit einer tragfähigen Haushaltspolitik vereinbar bleiben soll (Kommission der EG 2007: 12ff.). Dieses wiederum kann EU-weit nur gelingen, wenn die abgeleiteten Maßnahmen einerseits auf nationalstaatlicher Ebene zwar an die jeweiligen historisch gewachsenen Gegebenheiten angepasst sind, andererseits jedoch die Bewältigungsstrategie neuer Herausforderungen aus einem gemeinsamen Wertesystem abgeleitet wird. Hierfür dienen die einzelnen Flexicurity-Modelle als Werkzeugkasten (European Expert Group on Flexicurity 2007).

6 Vergleich und Interpretation der verfügbaren Daten zur Wirksamkeit der Sozialstaatstätigkeit

Wie dargestellt ist bei der Diskussion um den Benchmarkingprozess im europäischen Vergleich ein besonderes Augenmerk auf die Historizität von Institutionen zu legen. Der besondere traditionelle Rahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten wird teilweise durch den Anpassungsprozess gebrochen oder muss zur Angleichung gebrochen werden. Der Bruch mit der Pfadabhängigkeit führt insbesondere im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu großen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung, wodurch Reformen auf schwachem Fundament stehen. Die Akzeptanz von Reformen ist wichtig, um deren Erfolg auch zu garantieren. Demnach müssen vor allem bei Benchmarkinguntersuchungen auch die gesellschaftlichen Normen, die je nach Nationalstaat eine andere Tradition haben, eine besondere Beachtung genießen. Betrachtet man jedoch die Datenlandschaft, die sich dieser Untersuchung zuwendet, so stellt sich heraus, dass solche Untersuchungen nur rudimentär vorhanden sind und dass in diesem Gebiet ein dringender Aufholbedarf besteht.

Die Betrachtung der bisherigen Untersuchungen sowie der im Anhang erläuterten, verfügbaren Primärdaten (wie etwa die Daten der OECD, Eurostat oder den nationalen Forschungsinstituten) zum institutionellen Status quo der Mitgliedsstaaten, deren Historizität und in diesem Zusammenhang auch deren Angleichungspotenziale, -hemmnisse und -folgen, zeigt durchaus eine Reihe von qualitativen als auch quantitativen Erhebungen. Jedoch beziehen sich diese vor allem auf die ‚harten‘ Faktoren der -Variable wie Organisationsgrad, Arbeitslosenunterstützung, Kündigungsschutz, Lohnflexibilität etc, ohne deren Historizität zu berücksichtigen.

Ökonometrisch-vergleichende Untersuchungen unterliegen wegen der Pfadabhängigkeit und den damit verbundenen Verhaltensänderungen der Personen der so genannten Lucas-Kritik. Darin formulierte der spätere Nobelpreisträger Robert Lucas (1976: 41): »Da die Struktur eines ökonometrischen Modells optimale Entscheidungsregeln der Wirtschaftssubjekte umfasst und da optimale Entscheidungsregeln sich systematisch mit den für die Wirtschaftspolitik relevanten Zeitreihendaten ändern, wird jede Änderung der Wirtschaftspolitik die Struktur des ökonometrischen Modells ändern«. Lucas kritisiert also, dass eine ökonomische Gesetzmäßigkeit in dem Augenblick nicht mehr funktioniert, wenn die

Wirtschaftspolitik versucht, diese auszunutzen, da die in den ökonometrischen Modellen verwendeten Verhaltensparameter zwar als exogen angenommen werden, in der Realität aber endogen sind.

Darüber hinaus gibt es zwar eine Reihe von quantitativen und qualitativen Untersuchungen zum institutionellen Wandel im Allgemeinen und zu Gerechtigkeitsvorstellungen im konkreten Falle, die alle Facetten des individuellen Handelns in den ökonomischen Entscheidungssituationen beachten. Primärdaten hierzu finden sich im Eurobarometer, im International Social Justice Survey, im International Social Survey Programme, im Sozio-oekonomischen Panel, bei Allensbacher sowie im Wohlfahrtssurvey und dem Allbus der GESIS. Das Problem jedoch ist, dass bei Fragen zu Akzeptanz von Reformen quantitative oder aber auch qualitative Untersuchungen nur bedingt hilfreich sind. Grund hierfür ist, dass es sich hierbei um die Messung von Einstellungen der Bevölkerung handelt, wobei aus der Sozialpsychologie bekannt ist, dass es durchaus Unterschiede zwischen der Einstellung eines Individuums und dessen aktivem Verhalten gibt. Gerade das aktive Verhalten der Individuen ist aber zur Untersuchung von Pfadbrüchen und Akzeptanzproblemen relevant. Hierzu leistet eine neuere Teildisziplin der Ökonomie, nämlich die experimentelle Ökonomik, hilfreiche Erkenntnisse. Vorreiter der experimentellen Ökonomik sind Vernon L. Smith, Daniel Kahneman und Reinhard Selten (Kagel/Roth 1995). Experimente sind Laborversuche, in dem die Teilnehmer unter kontrollierten Bedingungen mit Hilfe von Computern Entscheidungen treffen. Das Besondere an diesen Experimenten ist, dass die Teilnehmer je nach Ergebnissen ihrer Entscheidungen monetär belohnt werden (Kagel/Alvin 1995). Im Kontext zu Pfadbrüchen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik könnten Pfadbrüche in Kombination mit den ‚harten‘ institutionellen Rahmenbedingungen eines Arbeitsmarktes modelliert werden, die dann auch in verschiedenen europäischen Wohlfahrtsstaaten durchgeführt werden könnten.

Wie oben bereits dargestellt, ergeben sich aus der Reglementierung durch die Europäische Union im Rahmen der OMK nur wenige Spielräume zur Wachstumssteigerung innerhalb des Wirtschaftsraumes. Da sich durch Reformen auf der Mikroebene auch Auswirkungen auf der Makroebene bemerkbar machen, müssen hier stabilisierende Maßnahmen getroffen werden. Im Bereich kurzfristiger wirtschaftspolitischer Instrumente bieten sich die Geld- und Fiskalpolitik an. Dabei stehen Investitionssteigerungen auf Unternehmensseite und eine Steigerung der Güternachfrage im Fokus. Daten hierzu bieten die Eurostat, die EZB

und die Deutsche Bundesbank. Im Bereich langfristiger Maßnahmen muss an der Arbeitsangebotsseite angesetzt werden, um Produktivitätssteigerung zu erreichen. Dabei muss das Arbeitskräftepotenzial flexibilisiert werden, etwa durch gesteigerte Investitionen in Humankapital. Primärdaten zu Bildungsinvestitionen für den europäischen Vergleich finden sich bei Eurostat. In diesem Zusammenhang ist vor allem die Frage nach der Wirksamkeit solcher Maßnahmen im Zusammenspiel gegeben. Ferner müssen die (sozial-)politischen Rahmenbedingungen innerhalb der EU Berücksichtigung finden. Die hierzu herangezogenen Daten (Erläuterungen im Anhang) und im Text angeführte Sekundärliteratur thematisieren diesen Zusammenhang nur unzureichend. Zwar existiert eine gewisse Anzahl an quantitativen und qualitativen Studien, welche sich mit den Gegebenheiten am Fiskal- und Gütermarkt befassen. Nachfragesteuernde Elemente, wie Preis- und Lohnfindung, Konsumausgaben, Steuer- und Sozialbelastungen, Zinssetzungen und unternehmerische Rahmenbedingungen werden hier im Zusammenspiel mit Marktmodellen erläutert. Die Fokussierung der Daten auf Einzelaspekte lässt das Gesamtzusammenspiel der Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen jedoch in den Hintergrund treten.

Zur Stabilisierung des Arbeitsangebots auf Mikroebene wird derzeit eine Diskussion um das vom Europarat vorgeschlagene Konzepts der Flexicurity geführt. Dieses setzt am Aspekt der Arbeitsmarktflexibilisierung an. Hierzu gibt die Datenlandschaft eine Anzahl an Studien mit Behandlung angebotsorientierter Maßnahmen (ausführliche Erläuterungen im Anhang) sowie eine gewisse Anzahl an quantitativen und qualitativen Studien in der Sekundärliteratur her. Aspekte wie Arbeitnehmerqualifizierung, Steigerung der Beschäftigungsquoten, Flexibilisierung des Vertragsrechts auf Unternehmensebene werden in den Datenbanken und in der Sekundärliteratur ausführlich dargestellt, diskutiert und mit Handlungsempfehlungen versehen. Primärdaten hierzu finden sich für den internationalen Vergleich bei der OECD, der Weltbank, Eurostat sowie nationalen Forschungsinstituten, wie etwa dem Ifo und dem IAB für Deutschland. In der Sekundärliteratur wird darüber hinaus auch die Reformfähigkeit Deutschland ausgiebig erläutert. Zwar besteht weitgehend Konsens über die Notwendigkeit einer Flexibilisierung sowie über die Diagnose und Bewertung der Strategien in den erfolgreichen Ländern, wie Weiterbildung, Mobilität oder Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, auch anhand notwendiger Lebenslauforientierung. Allerdings fehlen bei genauerer Betrachtungen weiterführende Untersuchungen, welche sich im Rahmen der europäischen Benchmarkstrategie mit der konkreten

Übertragbarkeit auf Deutschland befassen oder auf die Kombination mit anderen Faktoren sowie daraus resultierende Veränderungen zurückgreifen.

Im Bereich wohlfahrtsstaatlicher Performance und mikropolitischer Maßnahmen finden sich einige Studien und Erhebungen (DIW 2007, Döring 2007a und 2007b; Konle-Seidl/Eichhorst/Grienberg-Zingerle 2007; Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2006; Deutsche Bundesbank 2007). Diese befassen sich überwiegend mit systemischen Grundzügen und der Vergleichbarkeit erhobener Daten, wie sie im Anhang zu finden sind. Zur Übertragbarkeitsproblematik der Flexicurity als solche findet sich eine hinreichende Studie von Algan und Cahuc (2005). Hierbei wird die Frage behandelt, welchen Ländern die Übertragbarkeit des als Benchmark ausgerufenen dänischen Flexicurity-Modells möglich ist und welche Transformationen und Übertragungsschwierigkeiten dies nach sich ziehen kann. Auch hier wird auf ein Arbeitsmarktmodell zurückgegriffen und flankierende Aspekte, wie Akzeptanz in der Bevölkerung berücksichtigt. Ausgehend von den Ergebnissen stellt sich die Frage nach weiteren, vergleichbaren Studien hierzu sowie die Frage nach Studien, welche davon ausgehend den Aspekt der wohlfahrtsstaatlichen Transformation weiter berücksichtigen.

Abschließend ist anzumerken, dass die Menge der innerhalb dieser Untersuchung vorgestellten Studien methodisch miteinander verknüpft werden können. Hierzu bietet sich die Methode der Meta-Analyse an. Innerhalb einer Meta-Analyse werden die Ergebnisse der vorhandenen Einzelstudien extrahiert und diese mit Hilfe eines ökonometrischen Modells regressiert. Ziel ist aus der Fülle der verschiedenen Untersuchungen die Existenz und Größe von Effekten einzuschätzen. Eine Grundvoraussetzung von Meta-Analysen ist es, dass die verwendeten Studien sowohl in ihren Annahmen, in der verwendeten Methodik und in ihrer Zielsetzung qualitativ gleichwertig sein (Hunter/Schmidt/Jackson 1982; Schnell/Hill/Esser 1995). Für die vorliegenden Aspekte finden sich insbesondere nationalstaatlich begrenzte Meta-Analysen, welche sich für den europaweiten Vergleich nicht eignen. Exemplarisch seien an dieser Stelle die Arbeiten von Andreas Cebulla zu den »Welfare-To-Work«-Programmen in den USA genannt (Cebulla 2005) genannt. Hieraus ergibt sich aber folgende Schwierigkeit bei der Untersuchung von sozialer Inklusion im europäischen Vergleich: Die vorhandenen Studien, welche sowohl dieselben Annahmen und Methoden haben als auch qualitativ gleichwertig sind, sind nicht sehr hoch. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Meta-Analyse von Kluve et al. (2007), welche sich mit Arbeitsmarktpolitiken in Europa befasst. Hierbei werden aktuelle Maßnahmen

beschrieben und Kennzahlen zum Arbeitsmarkt im Zeitverlauf anhand einzelner Länderfallbeispiele erläutert. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass Handlungsempfehlungen, wie sie etwa im Rahmen der Flexicurity angestrebt und erwünscht sind, aufgrund der institutionellen und historischen Unterschiedlichkeit der einzelnen Länder nicht ausreichend möglich sind. Die Herausforderung für die Sozialwissenschaften wäre es somit eine gleichwertige Basis für Studien zu schaffen, anhand dessen Meta-Analysen durchgeführt werden können und so eine Möglichkeit zu finden, die heterogene Datenbasis trotzdem methodisch vergleichbar zu machen.

7 Forschungslücken der und Forschungsdesiderata zur aktuellen Wohlfahrtsstaatenforschung

Die OMK als Instrumentarium der Europäischen Kommission fungiert als Richtwert für die einzelnen Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, nationale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiken auf Inklusion via Beschäftigungsfähigkeit auszurichten (auch Buchkremer/Zirra 2007). Hierbei bedienen sie sich der Methode des Benchmarkings, um Maßnahmen mit positiven Ergebnissen von den erfolgreichen Ländern auf die eigenen wohlfahrtsstaatlichen Gegebenheiten zu übertragen, woraus sich jedoch einige Schwierigkeiten ergeben. Zum einen wird der zwar allgemeine Konsens über die Notwendigkeit von Inklusion durch Beschäftigung aufrechterhalten. Dabei ergibt sich die Problematik, dass der Inklusionsbegriff in den verschiedenen Staaten auch unterschiedlich definiert wird. Während Deutschland ihn über passive Absicherung in Form von finanziellen (Lohn-)Ersatzleistungen definiert und eine passive Teilhabe am Sozialleben bereits als (Teil-)Inklusion versteht, werden beispielsweise in Dänemark aktivierende arbeitsmarktpolitische Komponenten in den Vordergrund gestellt. Hier zählt vor allem die aktive Beteiligung an der Sozialgemeinschaft. Gemessen am neu-keynesianischen Modell bedeutet dies eine unterschiedliche Einflussnahme auf die Ausgestaltung der Variablen z. Je nach Inklusionsdefinition gestalten sich dadurch auch die nationalen arbeitsmarktlichen Institutionen anders.

Zum zweiten wurde dargestellt, dass die OMK lediglich zu einer »Teilkonvergenz« führt, da eine »Zielkonvergenz«, jedoch auch eine »Mitteldivergenz« besteht, d.h. dass das Ziel einer positiven Beschäftigungssituation als solches von den Mitgliedsländern übernommen wird, doch der Weg zu diesem Ziel innerhalb des nationalen Pfades ausgeübt wird. Grund hierfür ist, dass Institutionen nicht losgelöst von ihrer Historizität betrachtet werden können. Darüber hinaus merkt Mätzke (2007) in ihrer Untersuchung zur Umsetzung wohlfahrtsstaatlicher Reformen richtig an, dass die konkrete Ausgestaltung der Ziele und der Weg zur Zielerreichung nicht als im zeitlichen Verlauf einheitlich zu betrachten sind. Vielmehr unterliegen die praktischen Umsetzungen einer Reihe von Einflüssen. Sie kommt, ähnlich wie auch Kühner (2007), zu dem Schluss, dass ein durch die Hauptakteure getragener Veränderungsprozess nicht durch vorgegebene Prinzipien maßgeblich geprägt wird, sondern durch von Akteurskonstellationen und Rahmenbedingungen abhängige, zum jeweiligen Zeitpunkt angebrachte Prak-

tiken. Eine Mittelkonvergenz ist für manche europäische Wohlfahrtsstaaten mit einem Bruch der Pfadabhängigkeit verbunden, die wiederum zu Akzeptanzproblemen und somit zu Schwierigkeiten bei der Reformdurchsetzung führen würde. Somit muss die Historizität von Institutionen mit in das neu-keynesianische Modell integriert werden. Die Pfadabhängigkeit und die damit verbundene Gerechtigkeitsvorstellung kann in die Sammelvariable z der Lohnsetzungskurve modelliert werden.

Drittens erfordert eine Benchmark-Politik wie die der EU auch die Berücksichtigung zusätzlicher komplementärer Maßnahmen. Bei anzustrebender Flexibilisierung der Arbeitsangebotsseite erfolgen diese über wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Makroebene zur Kompensation von mit Reformen verbundenen Unsicherheiten mit negativen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Daneben erfordert eine entsprechende Entwicklung auch die Einführung und Umsetzung langfristiger Maßnahmen. Hierbei ist bezogen auf den Faktor Arbeit vor allem eine lebenszeitorientierte Bildungspolitik gefragt, die nicht nur im Falle von Arbeitslosigkeit kurativ, sondern auch und vor allem präventiv wirken soll. Zur gesamtwirtschaftlichen Abrundung ist eine ergänzende Technologie- und Innovationspolitik notwendig.

Aus der, hier nochmals zusammenfassend dargestellten, analytischen Spannweite des der vorliegenden Arbeit zugrunde gelegten Modells, ergibt sich eine Reihe von Fragestellungen, welche in der bisherigen vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung noch zu kurz gekommen sind. Im Einklang mit der obigen Argumentationslinie ergibt sich folgende Liste zu bearbeitender Aspekte.

1. Hinweise darauf, welche Wohlfahrtsstaatstypen gegenwärtig beschäftigungspolitisch erfolgreicher sind, lassen sich aus der Empirie und der Literatur erkennen. Hierzu existiert eine Reihe an quantitativ erhobenen Daten zur Arbeitsmarktpformance einzelner Länder im internationalen, europäischen und nationalen Vergleich, bereitgestellt von OECD, ILO, Eurostat oder namhaften Institutionen auf nationalstaatlicher Ebene. Anhand der abrufbaren Zeitreihen zu den Themen Arbeitslosigkeit, Erwerbstätigkeiten, Beteiligungen an Aus- und Weiterbildungen sowie Einkommensstrukturen lassen sich so Aussagen über den arbeitsmarktpolitischen Erfolg treffen. Da, den Daten folgend, die Arbeitsmarktpformance aber auch in diesen Ländern nicht immer positiv war, ist zu fragen, nach welchen Reformen dies so wurde. Daraus ergibt sich die Frage, ob diese Länder noch in ihr jeweiliges Cluster passen; gibt es also Pfadabweichungen, die zu einer erfolgreichen Inklusion führen? Welchen

Typus Wohlfahrtsstaat haben wir, nachdem die Reformen »angelaufen« sind? Ist ein Trend hin zu einem anderen Typ erkennbar oder bleiben sie sich treu? Gibt es dabei eine Konvergenz der Wohlfahrtsstaatsmodelle? Rein institutionell kann hier zunächst auf die Daten von MISSOC zurückgegriffen und aufgebaut werden sowie auf die zusammenfassenden EU-Berichte über die Nationalen Aktionspläne.

2. Reformen müssen technokratisch und instrumentell vorbereitet und umgesetzt werden. Ob sie gelingen, hängt aber nicht nur von der Effektivität dieser Prozesse ab, sondern auch von den gesellschaftlichen Vorstellungen über soziale Sicherheit einerseits und dem Verhältnis von Bürgern und Staat andererseits. Es ist also der Grad der Pfadabweichung und damit der Verletzung gesellschaftlicher Normen zu untersuchen. Denn eine Verletzung der gesellschaftlichen Normen führt zu Akzeptanzproblemen von Reformen. Die Vorbedingung für eine erfolgreiche Reform ist aber gerade das Vertrauen, d.h. die Akzeptanz der Ziele und der Mittel hierfür. Innerhalb der Diskussion um den Wandel der europäischen Wohlfahrtsstaaten wird die Untersuchung von Pfadabweichungen und deren Einfluss auf die Akzeptanz und somit auf den Erfolg des Konvergenzprozesses nicht genügend beachtet. So finden sich bislang einerseits Daten, mit denen die Auswirkungen von Reformen gemessen werden, auf europäischer Ebene etwa durch ESSPROS oder die Sozialschutzquoten bei Sozialpolitik aktuell. Andererseits wurden Erhebungen zu Einstellungen zu und Vorstellungen von Staaten gemacht, wie etwa im Wohlfahrtssurvey oder im Allbus für die Bundesrepublik Deutschland oder durch EVD und ESS auf europäischer Ebene. Eine Zusammenführung beider Aspekte wurde bislang aber vernachlässigt. In welchen EU-Ländern kam es zu Pfadabweichungen? Welche Länder waren bei der Bewältigung des Pfadbruches erfolgreicher? Inwieweit spielen für den Erfolg solcher Länder die gesellschaftlichen Gerechtigkeitsvorstellungen eine Rolle? Vor allem der Begriff der Inklusion selbst und deren Bedeutung muss genauer analysiert werden, da dieser viele unterschiedliche Bedeutungen haben kann und diese unterschiedlichen Bedeutungen sich auch in den jeweiligen nationalen Sozialpolitiken und dem dahinter stehenden Verständnis abbilden. Dies kann durch die reine Interpretation vorhandener Datensätze nicht geleistet werden. Hier zeigt sich exemplarisch, dass Vorstellungen über soziale Sicherung und institutionell umgesetzte soziale Sicherung wie kommunizierende Röhren sind.

3. Neben der technokratischen Umsetzung und der Akzeptanz ist nach den Institutionen der Umsetzung zu fragen. Hier geht es um die Rolle der Sozialpartner. Die jahrelange Forderung nach prinzipieller Dezentralisierung und Deregulierung von Lohnverhandlungen ist mittlerweile obsolet. Der Forschungsstand hierüber ist aber immer noch nicht befriedigend, wenngleich mit EIRO Informationen über die Beziehungen in der Industrie auf europäischer Ebene bereitstehen. Entscheidend ist auch hier das Zusammenspiel zentraler und dezentraler Momente zur Gewährleistung der Arbeitsmarktflexibilität. Generell geht es um die sowohl in der Ökonomie als auch in der Korporatismusforschung verankerte Frage nach der Zuweisung von Verantwortung. Wie stark werden die einzelnen Parteien eingebunden und so in die sozialstaatliche Verantwortung genommen und welche Implikationen hat dies unter den Bedingungen der EWU für einen beschäftigungspolitischen Erfolg? Mit der Pfadabweichung stellen sich nicht nur Fragen des Instrumenteneinsatzes und der Akzeptanz. Kennzahlen hierzu lassen sich in den bislang erhobenen Daten finden, wie Entwicklung von Arbeitsquoten (wie bei OECD, Eurostat, New Cronos) oder öffentliche Meinung in der EU und Einstellungen zum Sozialstaat (etwa ISSP, ISJP, SOEP, IAB, Allensbacher). Entscheidend ist auch, ob mit der Abweichung auch neue wirtschaftspolitische Träger notwendig werden oder ob die bisherigen diesen Wandel mittragen können. Insbesondere in den korporatistisch formulierten kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten, und damit auch in Deutschland, ist zu fragen, welche Rolle die Tarifparteien einnehmen können.
4. Bleibt man auf der mikroökonomischen Analyseebene, so muss man doch über die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hinausgehen, denn schließlich resultiert das für die Reallohnentwicklung wichtige Preisniveau aus den Gütermarktbedingungen. Und hier zeigen sich bei den beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern ganz unterschiedliche Kombinationen an Arbeitsmarkt- und Gütermarktregulierungen. Dies lässt sich aus den abrufbaren Daten zum Gütermarkt bei Eurostat und der EZB ablesen. Welche Rolle spielt also das Ausmaß der Gütermarktregulierung in den beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern per se und in Kombination mit anderen Regulierungen?
5. Wird soziale Inklusion über eine arbeitsmarktorientierte und beschäftigungsfördernde Sozialpolitik zu erreichen versucht, so steht die Frage nach der

sozialen Absicherung der Beschäftigten so nicht im Mittelpunkt der Analyse, auch wenn sich erste Erkenntnisse aus den Erhebungen zu Mindestlöhnen und Lohnstrukturen (wie etwa von der OECD) oder den Armutsgefährdungsquoten (Eurostat) ableiten ließen. Gibt es einen Widerspruch zwischen der auf Beschäftigung(sfähigkeit) ausgerichteten Sozialpolitik und einer Sozialpolitik, die auf soziale Sicherung in Notlagen jenseits der Kommodifizierung abzielt? Gefährdet eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik den sozialen Schutz? Muss der soziale Schutz von der Arbeit bzw. Beschäftigungsart entkoppelt sein, damit eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik beschäftigungsfördernd wirken kann? Hier wird auf den in dieser Expertise nicht weiter verfolgten, aber zu Beginn aufgeführten, breiten und den verschiedenen Lebenslagen entsprechenden Inklusionsbegriff verwiesen.

6. Die gegenwärtige Inklusionsdebatte konzentriert sich auf die Integration der so genannten Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Diese lassen sich aus den einschlägigen Daten zur Beschäftigungsstruktur ableiten, wie etwa von Eurostat, im LFS, dem IAB oder im SOEP erfasst. Aus der Migrationsforschung ist jedoch bekannt, dass es eine Komplementarität zwischen hoch und gering qualifizierten Arbeitsplätzen gibt, weshalb der Frage nachzugehen wäre, ob die erfolgreicher Länder generell mehr Arbeitsplätze schaffen, was sich wiederum auf die Integration jener Gruppen auswirkt. Bislang können anhand der erhobenen Daten nur Aussagen über Beschäftigungsentwicklungen generell treffen (Eurostat, OECD). Oder zielen spezifische Maßnahmen dort auf die Problemgruppen direkt ab? Aus dem Blickwinkel der Wirtschaftspolitik ist nach der Rolle von Technologie- und Innovationspolitik für die Beschäftigungsentwicklung zu fragen.
7. In Bezug auf makroökonomische Politikmaßnahmen ist zu fragen, ob und wenn ja, welche zum Gelingen mikroökonomisch orientierter Reformen beitragen. Geht es dabei eher um kurzfristige, das Vertrauen stabilisierende Maßnahmen oder um langfristig angelegte, die Wachstumsimpulse stimulierende Maßnahmen? Welche Rolle spielen unterschiedliche fiskalpolitische Spielräume sowie die Freiheitsgrade in der Geld- und Währungspolitik? Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen aufgrund der (Nicht-)Zugehörigkeit einiger EU-Staaten zur EWU stellt sich die Frage, welche dieser Maßnahmen sich für Deutschland im Vergleich zu den beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern als durchführbar erweisen. Die Ausgangsbasis für entsprechende Analysen stellen sicher die Statistiken zur

Geldpolitik von EZB, den nationalen Bundesbanken und nationalen Forschungsgruppen wie etwa dem Sachverständigenrat in Deutschland dar.

8. Unter den Bedingungen der EWU kommt der Arbeitsmarktflexibilität eine größere Rolle zu. Diese besteht aber aus mehreren Komponenten: der Nominallohnflexibilität, der zeitlichen Flexibilität sowie der räumlichen und qualifikatorischen Mobilität. Entsprechende Erkenntnisse zur Arbeit(skräfte)mobilität auf europäischer Ebene hierzu lassen sich aus entsprechenden Untersuchungen des Eurobarometers sowie aus dem European Survey of Workig-Time and Work-Life-Balance ableiten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die verschiedenen Flexibilitätsformen auch unterschiedliche Zeitspannen benötigen. Wenn es stimmt, dass die beschäftigungspolitisch erfolgreichen Länder mehr auf Bildung und Weiterbildung setzen, dann stellt sich die Frage, welcher Art diese Bildungsmaßnahmen sind? Und welche Humankapitalinvestitionen – allgemeiner oder spezifischer Art – fördern eher die Mobilität? Fördert eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik das Aus- und Weiterbildungsverhalten von Unternehmen und Arbeitnehmern?
9. Die Datenlandschaft ist sicherlich nicht dadurch gekennzeichnet, dass es zu wenige Daten gibt, welche für die hier angeführten Fragestellungen relevant erscheinen. Vielmehr ist das Problem, dass es eine Menge nationaler wie international vergleichender Datensätze gibt, die weitgehend unverknüpft nebeneinander liegen, wie die Ausführungen im Anhang zeigen. Gleiches gilt für die kaum zu überschauende Flut ökonometrischer Studien. Die Kernaussage aus den aufgeführten Fragestellungen ist zum einen die, dass zu viel auf Einzelmaßnahmen und zu wenig auf das Zusammenwirken dieser Maßnahmen geachtet wird. Entsprechend kann die im Anhang aufgezeigte Vielzahl an Erhebungen als Ausgangsbasis für weitere Analysen im Zusammenhang mit den hier aufgezeigten Fragestellungen herangezogen werden. Allerdings ist dabei die recht häufige Überschneidung der Primärdatenquellen in den aufbereiteten Datensätzen zu beachten. Zum anderen ist eine zweite Kernaussage, dass die so genannten weichen Faktoren zu wenig Beachtung finden. Eine Ausnahme bildet hier der European Quality of Life Survey (EQLS). Um diese Forschungslücken abzubauen, sollte in drei Schritten vorgegangen werden:
 - a. Zur Behebung des Nebeneinanders vorliegender Studien sollten zunächst ökonometrische Metaanalysen, mindestens jedoch kritische Surveys, durchgeführt werden, die die inhaltlichen und methodischen Gemeinsam-

keiten und Unterschiede dieser Studien herausarbeiten sowie die Ergebnisse vergleichbar machen und zusammenführen. Damit wäre eine Basis für weitergehende und ergänzende Untersuchungen geschaffen.

- b. Bislang vorliegende qualitative Erhebungen befassen sich mit nationalen Analysen, auch im zeitlichen Verlauf und mit Maßnahmen. Hierbei werden Einzelaspekte abgefragt, welche wiederum unverknüpft nebeneinander abrufbar sind, ähnlich den quantitativen Erhebungen. Zwar wird der qualitativen Forschung gerade in den Sozialwissenschaften eine große Relevanz beigemessen. Für die Behandlung der hier aufgeworfenen Fragestellungen ist dies nur unzureichend. Zur Darstellung und Analyse der Prozesse in den beschäftigungspolitisch erfolgreichen Ländern werden Längsschnittländerstudien im Sinne überwiegend qualitativer Fallstudien gebraucht. Hierin müsste der zeitliche Ablauf und das Ineinandergreifen von Maßnahmen dokumentiert und vor allem analysiert werden sowie die politökonomischen Fragen nach Akzeptanz und Pfadänderungen Berücksichtigung finden. Entsprechend formulierte qualitative Fragestellungen, welche die einzelnen Komponenten miteinander verknüpfen müssen folglich an Bedeutung gewinnen.
- c. Schließlich könnte man das Instrumentarium der experimentellen ökonomischen Forschung nutzen und damit die Akzeptanzproblematik analysieren. Als Ergebnis daraus können Methoden zur Gesetzesfolgenabschätzung auch und gerade im sozialpolitischen Bereich entstehen, die zur Effektivität und Effizienz von Gesetzesvorhaben beitragen können.

Der von der EU initiierte Benchmarkprozess verleitet die nationalen Regierungen sich daraus wie aus einem Werkzeugkasten zu bedienen und die Wissenschaft zu Querschnittsuntersuchungen einzelner Instrumente und Maßnahmen. Ziel der vorliegenden Studie ist es zu zeigen, dass man einzelne Instrumente nur im Verbund mit anderen haben kann, da Volkswirtschaften komplizierte Gebilde innerhalb jeweils komplexer Gesellschaftsgefüge sind.

Literaturverzeichnis

- Abig, C. (2005): Die Europäische Beschäftigungsstrategie im Lichte des Förderns und Forderns, in Sozialer Fortschritt 54 (5-6), 116-121.
- Acemoglu, D./Pischke, J.-S. (1998): Why do firms train?, in: Quarterly Journal of Economics 113, 79-119.
- Ackermann, R. (2001): Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform. Tübingen.
- Aiginger, K. (2005): Wohin steuert das österreichische Wirtschafts- und Sozialmodell? Referat vor dem Club der Wirtschaftspublizisten in Wien, 18. Mai 2005, WiFO-Vorträge, Nr. 95.
- Aiginger, K./Guger, A. (2005): Das europäische Gesellschaftsmodell. WIFO-Studie. Wien.
- Aiginger, K./Guger, A./Leoni, T./Walterskirchen, E. (2007): Reform Perspectives on Welfare State Models in Global Capitalism. ESPAnet Conference 2007 Wien, 20-22. September 2007.
- Alber, J. (2006): The European Social Model and the United States, in: European Union Politics, 7(3): 393-419.
- Alesina, A.S./Ardagna, S./Nicoletti, G./Schiantarelli, F. (2003): Regulation and Investment, in: Journal of European Economic Association Vol. 3(4), 791-825.
- Algan, Y./Cahuc, P. (2005): Civic Attitudes and the Design of Labor Market Institutions: Which Countries can implement the Danish Flexicurity Model?, in: http://www.bm.dk/ministeren/taler/050616_uk.asp, September 2005.
- Allen, M. C. (2006): The Varieties of Capitalism Paradigm. Explaining Germany's Comparative Advantage? Hampshire.
- Amable, B. (1999): Institutional Complementarity and Diversity of Social System of Innovation and Production, in: WZB Discussion Paper FSI, 99-309.
- Amable, B. (2003): The Diversity of Modern Capitalism. Oxford.
- Arthur, B. W. (1989): Competing technologies, increasing returns, and Lock-in by historical events, in: Economic Journal, Vol. 99, No. 384, 116-131.
- Arthur, B. W. (1994): Increasing Returns and Path Dependence in Economics. Ann Arbor.
- Baethge, M./Bartelheimer, P. (2005): Deutschland im Umbruch, in: SOFI, IAB, ISF, INIFES (Hrsg.): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Arbeit und Lebensweise. Erster Bericht. Wiesbaden, 11-36.
- Baldwin, P (1990): The Politics of Social Solidarity. Cambridge.
- Bartelheimer, P. (2007): Politik der Teilhabe. Ein soziologischer Beipackzettel, in: Fachforum FES. Arbeitspapier 1/2007.
- Bazant, U./Schubert, K. (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme: Vielfalt jenseits bestender Kategorien, in: Schubert et al. (Hrsg.), 623-645.
- Beck, B. (2005): Volkswirtschaft verstehen. Vdf Hochschulverlag: Zürich.

- Becker, G. (1962): Investment in Human Capital. A theoretical Analysis, in: The journal of political economy. Vol 70 (5), 9-49.
- Becker, I. (2006): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze. Arbeitspapier des Projekts »Soziale Gerechtigkeit« Nr. 3 (Oktober 2006), Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.
- Becker, U. (2007): Open Systemness and contested reference frames and change. A reformulation of the varieties of capitalism Theory, in: Socio Economic Review, Vol. 5, No. 2, April 2007, 261-286.
- Belke, A./Hebler, M. (2002): EU-Osterweiterung, Euro und Arbeitsmärkte. München.
- Belot, M./van Ours, J. C. (2001): Unemployment and Labor Market Institutions: An Empirical Analysis, in: Journal of the Japanese and International Economies, 15(4), 403-418.
- Berthold, N./Fehn, R. (2002): Arbeitsmarktpolitik in der Europäischen Währungsunion, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 2002 3(3), 317-345.
- Bertola, G./Blau, F. D./Kahn, L. M. (2001): Comparative Analysis of Labor Market Outcomes: Lessons for the US from International Long-Run Evidence. NBER Working Paper No. 8526.
- Beyer, J. (2006): Pfadabhängigkeit. Frankfurt/New York.
- Bizer, K./Sesselmeier, W. (2003): Reformprojekt D. Wie wir die Zukunft gestalten können. Darmstadt.
- Blanchard, O. (2006): Is there a viable European Social and Economic Model? Working Paper Series of Massachusetts Institute of Technology. Nr. 21.
- Blanchard, O./Philippon, T. (2006): The Quality of Labor Relations and Unemployment, in: MIT Department of Economics Working Paper No. 04-25.
- Blanchard, O./Giavazzi, F. (2003): Macroeconomic effects of regulation and deregulation in goods and labour markets, in: The Quarterly Journal of Economics Vol. 118 (3), 879-907.
- Blanchard, O./Wolfers, J. (2000): The role of shocks and institutions in the rise of European unemployment: The aggregate evidence, in: Economic Journal, Vol. 110, C1-C33.
- Blanchard, O./Illing, G. (2004): Makroökonomie. München.
- Blome, A./Müller, K.-U. (2007): Attitudes towards mothers' employment and family policies, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Böhnke, P. (2004): Perception of social integration and exclusion in an enlarged Europe. Luxembourg.
- Böhnke, P. (2006a): Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen.
- Böhnke, P. (2006b): Marginalisierung und Verunsicherung. Eine empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte, in: Bude, H./Willisch, A. (Hrsg.) (2006): Das Problem der Exklusion. Hamburg.

- Böhnke, P. (2007): Poverty and social integration in the enlarged Europe, in: WZB Discussion Paper, SP I 2007 – 202.
- Bönker, F. (2006): EU-Beitritt und ökonomische Transformation in Osteuropa, in Beichelt, T. et al. (Hrsg.): Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden, 399-413.
- Bonoli, G. (2007): Employment policy in postindustrial economies. Accounting for divergence across countries and across time, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Braun, T. (2006): Erfolgreiche arbeitsmarktpolitische Konzertierung: Dänemarks Reformweg »vom Rande des Abgrunds« zum Fexicurity-Modell, in: Sozialer Fortschritt 6/2006.
- Buchkremer, J./Zirra, S. (2007): Europeanization of Social Policies: The influences of OMC/Inclusion on national institutions in Germany, France and Italy, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Bude, H./ Willisch, A. (2006): Das Problem der Exklusion. Hamburg.
- Burgess, S./Garrett, P. (2007): A Dynamic Approach to Europe's Unemployment Problem: Policy Report, CEPR Policy Paper No. 11 London.
- Busch, K. (2006): Die Methode der Offenen Koordinierung in der Beschäftigungspolitik und der Sozialpolitik der Europäischen Union. HBS Arbeitspapier 108. Düsseldorf.
- Cantelli, F. (2006): From Welfare State to Reflexive State? About Capacity, Autonomy and Responsibility in Social Policy, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Carlin, W./Soskice, D. (2007): Reformen, makroökonomische Politik und Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, in: Schettkat, R./Langkau, J (Hrsg.): Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik, 105-164.
- Cebulla, A./Greenberg, D./Bouchet, S. (2005): Report on Meta-Analysis to Welfare-to-Work-Programs, in: <http://www.irp.wisc.edu/publications/dps/pdfs/dp131205.pdf>.
- Chung, H. (2007): Labour Market Flexibility, for Employers or Employees? A multi-dimensional study of labor market flexibility across European welfare states, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Ciarini, A. (2006): A European social model? Convergence and Divergence in European welfare systems, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Clegg, D. (2006): Reforming Unemployment Benefit Systems Continental Europe: A 'Bismarckian' trajectory?, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Coe, D. T./Snower, D. J. (1997): Policy Complementarities: The Case for Fundamental Labour Market Reform. CEPR Discussion Paper 1585.

- Cox, R. H. (2001): The Social Construction of an Imperative. Why Welfare Reform Happened in Denmark and the Netherlands but Not in Germany, in: *World Politics*, 53 (3), 463-498.
- Cox, R. H. (1998): The Consequences of Welfare Changing, in: *Journal of Social Policy* 27: 1, 1-16.
- Czada, R. (2004): Die neue deutsche Wohlfahrtswelt. Sozialpolitik und Arbeitsmarkt im Wandel, in: Lütz, S.; Czada, R. (Hg.): *Wohlfahrtsstaat. Transformation und Perspektiven*, 127-154.
- David, P. A. (1985): Clio and the Economics of Qwerty, *American Economic Review*, Vol. 75, No. 2, 332-337.
- David, P. A. (2000): Path Dependence, its Critics and the Quest of 'Historical Economics'. Working Paper 00011. Stanford: Stanford University, Department of Economics.
- De Grauwe, P. (2005). *Economics of Monetary Union*. Oxford.
- De Grauwe, P./Costa Storti, C. (2007): Monetäre Politik und reale Ökonomie, in: Schettkat, R./Langkau, J (Hrsg.): *Aufschwung für Deutschland. Plädoyer international renommierter Ökonomen für eine bessere Wirtschaftspolitik*, 49-81.
- Delander, L./Mansson, J. (2007): Forensic Evaluation: A strategy for and result of an impact evaluation of a universal labor market programThe Swedish Activity Guarantee, in: *WZB Discussion Paper SP I 2007-102*.
- Deutsche Bundesbank (2007): Der Arbeitsmarkt in Deutschland: Grundlinien im internationalen Vergleich. Monatsbericht Januar 2007, 33-54.
- Deutsches Institut für Wirtschaft (Hrsg.) (2007): *Sozialraum Europa*. Dossier Nr. 32, 2007. Köln.
- Donges, J./Eeckhoff, W. F./Möschel, W./Neumann, M. (2004): *Flexibler Kündigungsschutz am Arbeitsmarkt*, Schriftenreihe Stiftung Marktwirtschaft, Bd. 41, Berlin 2004.
- Dovern, J./Meier, C.-P. (2006): Macroeconomic Aspects of Structural Labor Market Reforms in Germany, in: *Kiel Working Paper No. 1295*.
- Dreger, Ch./Kholodilin, K. (2007): Preiskonvergenz in der erweiterten Europäischen Union, in: *DIW Wochenbericht* 38/2007, 74. Jhg., 19. September 2007. Berlin, 557-561.
- Döring, D. (2004): *Sozialstaat*. Frankfurt am Main.
- Döring, D. (2007a): Sozialstrategie und Beschäftigung im europäischen Vergleich. Gesprächskreis Sozialpolitik, WISO Diskurs August 2007, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Döring, D. (2007b): Gerechtigkeitsprofile unterschiedlicher Sozialstaatsstrategien – Ergebnisse und Implikationen eines Neunländervergleichs, in: Empter/Vehrkamp (Hrsg.) 258-279.
- Ebbinghaus, B. (1995), The Siamese Twins. Citizenship Rights, Cleavage Formation, and Party-Union Relations in Western Europe, in C. Tilly (ed), *Citizenship, Identity and Social History*, Cambridge: Cambridge University Press, 51–90.

- Ebbinghaus, B./Hassel, A. (2000): Striking Deals: The Role of Concertation in the Reform of the Welfare State, in: *Journal of European Public Policy* 7 (1) 2000, S. 44-62.
- Ebbinghaus, B. (2007): Social Partners' Role in Social Governance and Labour Market Regulation in Europe, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Ebbinghaus, B./Kittel, B. (2007): Europäisches Sozialmodell à la carte, in: Beckert, J./Ebbinghaus, B./Hassel, A./Manow, P. (Hrsg.): *Transformation des Kapitalismus*. Campus: Frankfurt/Main.
- Eichenhofer, E. (2007): *Geschichte des Sozialstaats in Europa. Von der 'sozialen Frage' bis zur Globalisierung*, München
- Eichhorst, W. (2005): Im internationalen Vergleich. So reformieren unsere Nachbarn ihren Arbeitsmarkt, in: *IAB-Forum* 1/05, 30-35.
- Eichhorst, W. (2007): Arbeitsmarktpolitik und Existenzsicherung, in: *Fachtagung »Über Hartz hinaus- Stimmt die Richtung in der Arbeitsmarktpolitik*, 29. März 2007, Berlin.
- Eichhorst, W./Konle-Seidl, R. (2005): The interaction of labor market regulation and labor market policies in welfare state reform, in: *IZA discussion paper* Nr. 1718.
- Eichhorst, W./Rhein, Th. (2005): Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Beispiel der Methode der offenen Koordinierung, in: *Offene Methode der Koordinierung im Sozialrecht*. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes, 21./22. Oktober 2004 in Aachen. Wiesbaden, 53-66.
- Eichhorst, W./Sesselmeier, W./Yollu, A. (2008): Akzeptanzprobleme durch Pfadabweichung. Das Beispiel Hartz IV, in: Sesselmeier, W./Schulz-Nieswandt, F. (Hrsg.): *Normative Grundlagen des Sozialstaates – Sozialpolitische Grundlagendiskurse*, Berlin 15-45.
- Eichhorst, W./Wintermann, O. (2003): Reformstau: Beratungsresistenz oder Versagen der Politikberatung?, in: *Sozialer Fortschritt*, 52. Jg., 163-170.
- Elmeskov, J./Martin, J. P./Scarpetta, S. (1998): Key Lessons for Labour Market Reforms: Evidence from OECD Countries' Experiences, in: *Swedish Economic Policy Review*, 5(2), 205-252.
- Empter, S./Vehrkamp, R. (Hrsg.) (2007): *Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme*, Gütersloh
- Enste, D. H./Hardege, S. (2006): IW –Regulierungsindex. Methodik, Analyse und Ergebnisse eines internationalen Vergleichs, in: *IW- Analysen*, Nr. 16.
- Enste, D. H./Hardege, S. (2006): Regulierung und Beschäftigung – eine empirische Wirkungsanalyse für 22 OECD-Länder, in: *IW-Trends* Heft Nr. 2.
- Enste, D. H./Hardege, S. (2006): Regulierung, Arbeitsplatzsicherheit und Wohlbefinden, in: *IW-Trends*, Heft Nr. 4.
- Enste, D. H./Schneider, F. (2006): Schattenwirtschaft und irreguläre Beschäftigung: Irrtümer, Zusammenhänge, Lösungen. Linz, in: www.economics.uni-linz.ac.at.
- Esping-Andersen, G. (1990): *Three worlds of Capitalism*. Cambridge.

- Esping-Andersen, G. (Hrsg.) (1996): *Welfare States in Transition*, London: Sage.
- Esping-Andersen, G. (1999): *Social Foundation of Postindustrial Economies*. Oxford.
- Europäische Kommission – Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, Referat E.2 (2004): *Gemeinsamer Bericht über die soziale Eingliederung, Soziale Sicherheit und soziale Integration*, Luxemburg.
- Europäische Kommission (2006): *Key figures on Europe. Statistical Pocketbook 2006*. Brüssel.
- Europäische Kommission (2007): *Joint Report on Social Protection and Social Inclusion. Social Inclusion, Pensions, Health Care and Longterm Care*, Luxemburg.
- Europäische Kommission (2007a): *Gemeinsame Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz herausarbeiten: Mehr und bessere Arbeitsplätze durch Flexibilität und Sicherheit*, Luxemburg.
- European Council (2006): *Presidency conclusions*, No. 31, European Council 23/24 March 2006.
- European Expert Group on Flexicurity (2007): *Flexicurity Pathways. Turning hurdles into stepping stones*, June 2007, Brüssel.
- Evers, A./Forreiter, N./Kotlenga, S./Schulz, A. (2007): *The emerging design of local labour market integration – elements and performance indicators. Final report*. Göttingen/Gießen, Juni 2007.
- Falkner, G./Treib, O. (2005): *Europäische Sozialpolitik in der nationalen Praxis*, in: ZSR 51 (2), 139-163.
- FAZ (2007): *EU-Kommission fordert Anspruch auf Weiterbildung*, in: FAZ Nr. 163, vom 17. Juli 2007, 13.
- Finseraas, H. (2006): *Income Inequality and Demand for Redistribution: An Empirical Analysis of European Public Opinion*, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Franz, W./Gerlach, K./Hübner, O. (2003): *Löhne und Beschäftigung: Was wissen wir mehr als vor 25 Jahren?*, in: MittAB 4/2003. Nürnberg.
- Franzen, W./Haarland, H. P./Niessen, H.-J. (Hrsg.) (2005): *Osteuropa zwischen Euphorie, Enttäuschung und Realität. Schriftenreihe der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik, Band 8. Daten zur Systemtransformation 1990 – 2003*. Campus Verlag.
- Freeman, R. B. (1995): *Are your wages set in Beijing?*, in: *Journal of Economic Perspectives*, Vol. 9 (3), 15-32.
- Föste, W./Haarland, H. P./Janssen, P./Niessen, H.-J. (2001): *Flexibilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt*. Frankfurt.
- Fuest, W./Pimpert, J. (2006): *Sozialschutz in Deutschland – empirische Bestandsaufnahme und methodische Probleme*, in: *IW-Trends*, Heft Nr. 4.
- Funk, L./Sesselmeier, W./Waas, B. (2008): *Arbeitsmarkttheorien: Ein Überblick*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, Heidelberg. i.E.

- Gesprächskreis Sozialpolitik (2006): Sozialpolitik europäisch denken. Europäische Integration und nationale Sozialpolitik, in: Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.), Diskussionspapier, Mai 2006.
- Giddens, A. (2006): Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells. Friedrich Ebert Stiftung, Internationale Politikanalyse, Bonn.
- Glaab, M./Sesselmeier, W. (2005): Experimentierfeld Deutschland: Reformstrategien in der Sozialpolitik auf dem Prüfstand. Bonn: FES.
- Glatzer, W. (2007): Akzeptanz des Sozialstaats in der Bevölkerung, in: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Zukunft des Sozialstaats – Sozialpolitik, Bonn, 22-41.
- Hagfors, R./Saari, J. (2006): Does the Stability and Growth Pact crowd out Social Expenditure? Latent Crowding out and the Lisbon Strategy, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- Hall, P./Soskice, D. (2001): An Introduction to Varieties of Capitalism, in: ebd. (Hrsg.): Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage, Oxford, 1-68.
- Handler, J. F. (2004): Social Citizenship and Workfare in the United States and Western Europe. The Paradox of Inclusion, Cambridge.
- Hassel, A. (1999): Bündnisse für Arbeit: Nationaler Handlungsfähigkeit im europäischen Regimewettbewerb. MPIfG Discussion Paper 99/5. Köln.
- Hauser, R. (1997): Soziale Sicherung in westeuropäischen Staaten. Manuskript, Universität Frankfurt am Main.
- Hebler, M. (2002): Arbeitsmarkteffekte der EU-Osterweiterung. Zur Wirkung von Integration, Migration und institutionellem Wandel auf dem Arbeitsmarkt. Berlin.
- Heichel, S./Sommerer, T. (2007): Unterschiedliche Pfade, ein Ziel? – Spezifikationen im Forschungsdesign und Vergleichbarkeit der Ergebnisse bei der Suche nach der Konvergenz nationalstaatlicher Politiken, in: Holzinger, K./Jörgens, H./Knill, C. (2007) (Hrsg): Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38, Juni 2007. VS Verlag: Wiesbaden.
- Heidenreich, M./Bischoff, G. (2006): Die offene Methode der Koordinierung. Ein europäisches Instrument zur Modernisierung nationaler Sozial- und Beschäftigungsordnungen? In: Heidenreich, M. (Hrsg.): Die Europäisierung sozialer Ungleichheit. Zur transnationalen Klassen- und Sozialstrukturanalyse., 277-311.
- Hein, E./Priewe, J./Truger, A. (eds.) (2007): European Integration in Crisis, Marburg.
- Heinemann, F. (2007): Vertrauen und die Akzeptanz von Reformen, in: ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen. Jhg. 10, Nr. 3 9/2007.
- Héritier, A. (2005): Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Ihre Auswirkungen auf Politikergebnisse, politische Strukturen und Prozesse. HBS Arbeitspapier 95. Düsseldorf.
- Herrmann-Pillath, C. (2002), Grundriss der Evolutionsökonomik. München.

- Höpner, M./Schäfer, A. (2007): New Perspectives on Varieties of Capitalism and Welfare States, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Hunter, J./Schmidt, F./Jackson, G. (1982): Meta-Analysis. Cumulating research findings across studies. Beverly Hills.
- Iversen, T./Cusack, T. R. (2000): The Causes of Welfare State Expansion: Deindustrialization or Globalization?, in: *World Politics* 52(3), 313-349.
- Iversen, T. (2005): *Capitalism, Democracy and Welfare*. Cambridge.
- Jerger, J. (2003): NAIRU-Theorie, Empirie und Politik, in: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hrsg.): *Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?*, 55-85.
- Jessop, B (1994): From the Keynesian Welfare to the Schumpeterian Workfare State, in: Burrows, R./Loader, B. (Hrsg.): *Towards a Post-Fordist Welfare State?*, London: Routledge, 13-38.
- Kagel, J. H./ Roth, A. E. (1995): *The Handbook of Experimental Economics*. Princeton.
- Kaiser, C. (2006): *Korporatismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Marburg.
- Kaldor, N. (1975): Economic Growth and the Verdoorn Law – a Comment on Mr. Rowthorn's Article, in: *Economic Journal*, Vol. 13, Dezember, 891–986.
- Kaufmann, F.-X. (1997): *Herausforderungen des Sozialstaats*, Frankfurt am Main.
- Kaufmann, F.-X. (2003): *Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich*, Frankfurt am Main.
- Kaufmann, F.-X. (2005): *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*, 2. Auflage, Wiesbaden.
- Keller, B./Seifert, H. (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität, in: *WSI-Mitteilungen* 59 (5), 235-240.
- Keller, B./Seifert, H. (Hrsg.) (2007): *Atypische Beschäftigungsverhältnisse – Flexibilisierung und soziale Risiken*, Berlin
- Kessel/Lülfelmann (2002): The Theory of Human Capital Revisted: On the interaction of General and specific Investments, in: CESifo Working Paper No. 776.
- Kildal, N. (2007): Comparing Social Policy Ideas within the EU and the OECD, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Kitschelt, H. (2006): Leistungs- und Innovationsprobleme konservativer Sozialstaaten mit koordinierten Marktwirtschaften, in: Beckert, J./Ebbinghaus, B./Hassel, A./Manow, P. (Hrsg.): *Transformationen des Kapitalismus*, Frankfurt/New York, 61-90.
- Klump, R. (2006): *Wirtschaftspolitik. Instrumente, Ziele und Institutionen*. München.
- Kluge, J. et al. (2007): *Active Labor Market Policies in Europe. Performance and Perspectives*. Springer.
- Knappe, E./Funk, L. (1997), Tarifliche Öffnungsklauseln: Beschäftigungskonsequenzen, tarifpolitische Wirkungen und sozialpolitische Implikationen, in: Sadowski, D./Schneider, M. (Hrsg.), *Vorschläge zu einer neuen Lohnpolitik. Optionen für mehr Beschäftigung I*, Frankfurt: Campus, 261-286.

- Knuth, M. (2006): »Hartz IV« – die unbegriffene Reform. Wandel der Erwerbsordnung durch Verallgemeinerung des Fürsorge-Regimes, in: Sozialer Fortschritt 55 (i.E.).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2007): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 27. Juni 2007, Brüssel.
- Konle-Seidl, R. (2007): Internationale Vergleiche: Nutzen und Risiken, in: Wirtschaftsdienst 2007/10, 672-678.
- Konle-Seidl, R./Eichhorst, W./Grienberger-Zingerle, M. (2007): Activation Policies in Germany. From Status Protection to Basic Income Support, IAB Discussion Paper, Nr. 6/2007.
- Kromphardt, J./Logeay, C. (2007): Changes in the balance power between the wage and price setters and the Central Bank: Consequences for the Phillips curve and the NAIRU, in: Kiel Working Papers No. 1354.
- Krömmelbein, S./Bieräugel, R./Nüchter, O./Glatzer, W./Schmid, A. (2007): Einstellungen zum Sozialstaat. Frankfurter Reihe »Sozialpolitik und Sozialstruktur«, Band 1.
- Kronauer, M. (1998): »Exklusion« in der Armutsforschung und der Systemtheorie. Anmerkung zu einer problematischen Beziehung. SOFI-Mitteilungen Nr. 16/1998.
- Kronauer, M. (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen in hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt.
- Kronauer, M./Linne, G. (2005): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. Berlin.
- Kronauer, M. (2007): Neue soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen: Herausforderungen für eine Politik des Sozialen, in: WSI Mitteilungen 7/2007, 60. Jhrg., Juli 2007, 365-372.
- Krugman, P. (1999): Growing World Trade: Causes and Consequences, Brookings Papers on Economic Activity, Vol. 1, 327-377.
- Kühner, Stefan (2007): Welfare Reform Processes under Institutional Constraints: A Macro-Quantitative Approach to model Institutional Constraints on Welfare State Change, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Lampert, H./Althammer, J. (2004): Lehrbuch der Sozialpolitik, Berlin u.a.
- Leibfritz et al. (2001): Finanzpolitik im Spannungsfeld des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. München.
- Leisering, L. (2004): Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normativer Diskurse im Umbau des Sozialstaats, in: Liebig, S./Lengfeld, H./Mau, S. (Hrsg.): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt/New York.
- Lengfeld, H. (2007): Lohngerechtigkeit im Wandel der Arbeitsgesellschaft, in APuZ 4-5/2007, 11-17.
- Liebowitz, S. J./Margolis, S.E. (1995), Path Dependence, lock-in and history, in: The Journal of Law, Economics and Organization, Vol. 11, 205-226.

- Lohmann, H. (2007): Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie, Wiesbaden.
- Lucas, R. E. (1976): »Econometric Policy Evaluation: A Critique.«, Carnegie-Rochester Conference Series on Public Policy, Band 1.
- Luhmann, N. (1981): Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat. München/Wien.
- Luhmann, N. (1995): Inklusion und Exklusion, in: Soziologische Aufklärung 6, Opladen.
- Luhmann, N. (1998): Die Gesellschaft der Gesellschaft, Frankfurt.
- Mares, I. (2004): The Politics of Social Risks: Business and Welfare State Development. Cambridge.
- Mätzke, Margitta (2007): Dimensions of Inequality in Welfare Reforms – Comparing West German Reform Initiatives across Time, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Mau, Steffen (2002). Wohlfahrtsregimes als Reziprozitätsarrangements. Versuch einer Typologisierung, in: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 3, 343-364.
- Mau, S. (2004): Wohlfahrtsstaat, Verteilung und Gerechtigkeit in Europa. Modelle nationaler Wohlfahrtspolitik und die soziale Dimension der europäischen Integration, in: Sowi – Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur. Jg. 33, Heft 3, 45-54.
- Maucher, M. (2005): Politiksteuerung und -koordination in Europa im Bereich der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mittels der Offenen Methode der Koordinierung, in Sozialer Fortschritt 54 (5-6), 127-136.
- Merkel, W. (2003): Arbeitsmarkt, Beschäftigungspolitik und soziale Gerechtigkeit. Zukunfts- und gerechtigkeitsorientierte Beschäftigungsstrategien, in: Der Bürger im Staat, Der Sozialstaat in der Diskussion, Jhg. 53, Heft 4, 186-191.
- Merkel, W. (2007): Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich, in: Empter/Vehrkamp (Hrsg.), 233-257.
- Merkel, W. et al. (2006): Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa, Wiesbaden.
- Mohr, K. (2007): Soziale Exklusion im Wohlfahrtsstaat. Wiesbaden.
- Münch, R. (2003): Der neue Wohlfahrtsstaat im transnationalen Raum: Von der konsumtiven zur produktiven Sozialpolitik, in: Allmendinger, J. (Hrsg.): Entstaatlichung und soziale Sicherheit, Opladen, 1082-1098.
- Nelson, Moira (2007): Labor Mobility and the Varieties of Capitalism, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Neubäumer, Renate / Sesselmeier, W. (2004): Arbeitsteilung zwischen der europäischen und der nationalen Ebene, in: Schäfer, Wolf (Hrsg.): Zukunftsprobleme der europäischen Wirtschaftsverfassung. Berlin, 123-148.
- Neubäumer, R./Hewel, B. (2005): Volkswirtschaftslehre, 4. Auflage. Wiesbaden.
- Neugebauer, G. (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

- Nickell, S./Layard, R. (1999): Labor Market Institutions and Economic Performance, in: Ashenfelter, O./Card, D. (Hrsg.): *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3. Amsterdam etc: Elsevier, 3029-3084.
- Nickell, S./Nunziata, L./Ochel, W./Quintini, G. (2003): The Beveridge Curve, Unemployment, and Wages in the OECD from the 1960s to the 1990s, in: Aghion, P./Frydman, R./Stiglitz, J./Woodford, M. (Hrsg.): *Knowledge, Information and Expectations in Modern Macroeconomics: In Honor of Edmund S. Phelps*. Princeton/Oxford, 394-431.
- Nickell, S. (2006a): A Picture of European Unemployment: Success and Failure, in: Werdig, M. (Hrsg.): *Structural Unemployment in Western Europe. Reasons and Remedies*. CESifo Seminar Series, MIT Press, Cambridge, Massachusetts, 9 – 51.
- Nickell, S. (2006b): Work and Taxes, in: Agell, J./Sørensen, P. B. (Hrsg.): *Tax Policy and Labor Market Performance*. Cambridge, 75-95.
- Nicoletti, G./Scarpetta, S. (2007): Regulation and Economic Performance: Product Market Reforms and Productivity in the OECD, in: Eicher, T.S./ Garcia-Penalosa, C. (Hrsg.): *Institutions, Development, and Economic Growth*. Seminar Series, MIT Press, Cambridge, Massachusetts, 81-120.
- Nillsen, E. (2006): The EU fight against poverty and social exclusion, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- North, D. C. (1990): *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Obinger, H./Kittel, B. (2003): Parteien, Institutionen und Wohlfahrtsstaat. Politisch-institutionelle Determinanten der Sozialpolitik in OECD-Ländern, in: Obinger, H./Wagschal, U./Kittel, B. (Hrsg.): *Politische Ökonomie*. Opladen, Kapitel 12, 355-384.
- O'Connor, J. (2006): The Measurement of Progress in Social Inclusion in the European Union in the context of the Open Method of Coordination, in: ESPAnet Conference 2006 Bremen. 21-23. September 2006.
- OECD (2006): *Employment Outlook 2006*, Paris.
- OECD (2006): *Gesellschaft auf einen Blick*. OECD Sozialindikatoren, Paris.
- OECD (2006): *Taxing Wages*. Special feature: The tax treatment of minimum wages 2005-2006, Paris.
- OECD (2007): *Employment Outlook 2007*, Paris.
- OECD (2007): *OECD Economic Surveys, Euro area*. Volume 2006/16-January 2007, Paris.
- OECD (2007): *OECD Factbook*. Economic, Environmental and Social Statistics, Paris.
- Oschmiansky, H. (2007): Der Wandel der Erwerbsformen und der Beitrag der Hartz-Reformen: Berlin und die Bundesrepublik im Vergleich, WZB Discussion Paper, SP I 2007-104.
- Ostheim, T./Zohlnhöfer, R. (2004): Europäisierung der deutschen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik? Der Einfluss des Luxemburg-Prozesses auf die deutsche Ar-

- beitsmarktpolitik, in: Lütz, S./Czada, R. (Hrsg.): Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven. Wiesbaden, 373-401.
- Ottanad, A. (2006): Steigende Abgaben – sinkende Leistungen. Die Politik auf schmalen Grad. München.
- Peter, W. (2005): Sozialreformen im Vereinigten Königreich, in: IW-Trends, Heft Nr. 4.
- Peter, W. (2007): Dänemarks »flexicurity« – kein Vorbild für Deutschland, in: IW-Trends, Heft Nr. 2.
- Pfarr, H. (2007): Flexicurity – Ein Konzept für das Arbeitsrecht der Zukunft?, in: WSI Mitteilungen 8/2007, 416-420.
- Phelps, E. S. (1994): Structural Slumps: The Modern Equilibrium Theory of Unemployment, Interest and Assets. Cambridge: Harvard University Press.
- Pierson, P. (1994): Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment, Cambridge: Cambridge University Press.
- Pierson, P. (2000): Increasing returns, path dependence, and the study of politics, in: American Political Science Review, 94 (2), 251-267.
- Pierson, P. (2001): Post-Industrial Pressures on the Mature Welfare States, in: Pierson, P. (Hrsg.): The New Politics of the Welfare State, Oxford: Oxford University Press, 80-104.
- Pontusson, J. (2005): Inequality and Social Prosperity: Social Europe vs. Liberal America. Ithaca/New York.
- Powell, J. (2007): Transforming Skill Formation Institution. Analyzing German-American Feedback Processes. Paper presented at ESPAnet 2007 in Wien, 20-22 September 2007, draft.
- Revilla, J. C./Serrano Pascual, A. (2007): Normative foundations of activation regimes, in: ESPAnet Conference 2007 Wien. 20-22. September 2007.
- Ribhegge, H. (2006): Europäische Sozialpolitik, in: Beichelt, T. et al. (Hrsg.): Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden, 365-378.
- Romer, P. (1986): «Increasing Returns and Long-Run Growth, in: Journal of Political Economy, Vol. 94, No. 5 (Oct. 1986), 1002-1037.
- Rowthorn, R. E. (1975a): What Remains of Kaldor's Law?, in: Economic Journal, Vol. 13 (2), 1019.
- Rowthorn, R. E. (1975b): A Reply to Lord Kaldor's Comment, in: Economic Journal, Vol. 13 (4), 897-901.
- Rowthorn, R. E., 1979, A Note on Verdoorn's Law, in: Economic Journal, Vol. 17(2), 131-133.
- Rürup, B./Sesselmeier, W. (2001a): Wirtschafts- und Arbeitswelt, in: Korte, K.-R./Weidenfeld, W. (Hrsg.): Deutschland-Trendbuch. Fakten und Orientierungen, Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 375, 247-288.

- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2007): Jahresgutachten 2006/07, Widerstreitende Interessen – Ungenutzte Chancen.
- Saint-Paul, G. (2002): Some Thoughts on Macroeconomic fluctuations and the timing of Labor Market Reform, in: IZA Discussion Paper No. 611.
- Schaper, K. (2002): Keynesianische Makropolitik im Zeitalter von Euro und Globalisierung, in: Hein, E./Truger, A. (Hrsg.): Moderne Wirtschaftspolitik = koordinierte Makropolitik, 197-225.
- Scharpf, F./Schmidt, V. A. (Hrsg.) (2000): Welfare and Work in the Open Economy, Volume II: Diverse Responses to Common Challenges in Twelve Countries, Oxford.
- Schäfer, C. (2003): Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland. WSI-Mitteilungen 7/2003, 420-428.
- Schäfer, H. (2005): Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsschwellen- Interpretation und internationaler Vergleich, in: IW-Trend Heft 2.
- Schelkle, W./Mabbett, D. (2007): The incidental social dimension of EMU: reconciliation of market integration and systems diversity? Paper presented at ESPAnet 2007 in Wien, 20-22 September 2007.
- Schettkat, R. (2003): Are institutional rigidities at the root of European unemployment?, in: Cambridge Journal of Economics Vol. 27, 771-787.
- Schirm, S. A. (2003): Politische Option für die Nutzung von Globalisierung, in: APuZ 5/2003.
- Schludi, M. (2005): The Reform of Bismarckian Pension Systems: A Comparison of Pension Politics in Austria, France, Germany, Italy and Sweden. Amsterdam.
- Schmid, G./Kull, S. (2004): Die Europäische Beschäftigungsstrategie. Perspektiven der Offenen Methode der Koordinierung, in: Kaelble, H./Schmid, G. (Hrsg.): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, 317-343.
- Schmid, G. (2006): Der kurze Traum der Vollbeschäftigung: Was lehren 55 Jahre deutsche Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949. Wiesbaden, 177-201.
- Schmid, J. (2002): Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen.
- Schmidt, M. G. (2006): Wenn zwei Sozialstaatsparteien konkurrieren: Sozialpolitik in Deutschland, in: Schmidt, Manfred G./Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949. Wiesbaden, 137-157.
- Schnell, R./Hill, P. B./Esser, E. (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung. München.
- Schömann, K./Siarov, L./van den Heuvel, N. (2006): Managing social risks through transitional labour markets, in: WZB Discussion Paper SP I 2006-117.

- Schrooten, M. (2006): Europäische Finanzmarktintegration, in: Beichelt, Tim et al. (Hrsg.): Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden, 379-398.
- Schubert, K./Hegelich, S./Bazant, U. (Hrsg.) (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch, Wiesbaden.
- Schulte, B. (2004): Die Entwicklung der Sozialpolitik der Europäischen Union und ihr Beitrag zur Konstituierung des europäischen Sozialmodells, in: Kaelble, H./Schmid, G. (Hrsg.): Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat, 75-103.
- Schulte, B. (2005): Die »offene Methode der Koordinierung« (OMK) als politische Strategie in der Europäischen Sozialpolitik, in Sozialer Fortschritt 54 (5-6), 105-113.
- Schulte, M. (2007): Globalisierung und Europäische Union: Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte, in: Linzbach, Ch. et al. (Hrsg.): Globalisierung und Europäisches Sozialmodell, Baden-Baden, 107-128.
- Schulz-Nieswandt, F. (1993a): Zur Theorie der Wohlfahrtspolitik. Wirtschaftliche Entwicklungen, Gesellschaftspolitik und Lebenslagenverteilung in nationaler und internationaler Perspektive, Teil 1, Weiden und Regensburg.
- Schulz-Nieswandt, F. (1993b): Zur Theorie der Wohlfahrtspolitik. Wirtschaftliche Entwicklungen, Gesellschaftspolitik und Lebenslagenverteilung in nationaler und internationaler Perspektive, Teil 2, Weiden und Regensburg.
- Schulz-Nieswandt, F./Sesselmeier, W. (2006): Arbeitsmarkt Deutschland: Effekte der EU-Mitgliedschaft, in: Wessels, W./Diedrichs, U. (Hrsg.): Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands? Studie zu Kosten und Nutzen der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland, Berlin, 73-02.
- Schulz-Nieswandt, F./Maier-Rigaud (2007): Die OECD als sozialpolitischer Ideengeber? Eine Analyse der Wirkungen auf die EU im Kontext der Globalisierung, in: Linzbach, Ch. et al. (Hrsg.): Globalisierung und Europäisches Sozialmodell, Baden-Baden, 399-422.
- Schweizerische Sozialversicherungsstatistik (2006), unter www.sozialversicherungen.admin.ch/storage/documents/2468/2468_1_de.pdf, zuletzt 3.09.07.
- Seeleib-Kaiser, M. (1999): Wohlfahrtssysteme unter Bedingungen der Globalisierung: Divergenz, Konvergenz oder divergente Konvergenz?, in: Zeitschrift für Sozialreform 45: 1, 3-23.
- Seeliger, R. (1996): Contextualizing and Researching Policy Convergence, in: Policy Studies Journal 24: 2, 287-306. The Survival of the European Welfare State, London: Routledge, 19-37.
- Seifert, H. (2006): Was hat die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wirklich gebracht?, in: WSI Mitteilungen 11/2006.
- Serrano Pascual, A. (2007): Reshaping Welfare States and Activation Regimes in Europe, in: Serrano Pascual, A./Magnusson, L. (Hrsg.): Reshaping Welfare States and Activation Regimes in Europe. SALTSA 'Work & Society' No 54. 35-70.

- Sesselmeier, W. (2006): Wohlfahrtsstaaten im institutionellen Vergleich, in: Held, M./Kubon-Gilke, G./Sturn, R. (Hrsg.): Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik, Jahrbuch 5: Soziale Sicherung in Marktgesellschaften, Marburg, 201-219.
- Sesselmeier, W. (2007a): Zur Zukunft des kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaates, in: von Hauff, M. (Hrsg.): Die Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft, Marburg, 99-141.
- Sesselmeier, W. (2007b): Merkmalsdimensionen und Ausprägungen prototypischer Wirtschafts- und Sozialmodelle. Expertise im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.
- Sesselmeier, W. (2007c): Überlegungen zur atypischen Beschäftigung, in: Keller, B./Seifert, H. (Hrsg.): Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken, Berlin, 67-80.
- Sesselmeier, W./Funk, L./Waas, B. (2008): Arbeitsmarkttheorien. Eine ökonomische und juristische Einführung, Heidelberg.
- Sesselmeier, W./Somaggio, G. (2008): Die Arbeitsmärkte der Neuen Mitgliedsstaaten im Spannungsfeld von EWU-Beitritt und Transformationsprozess, in: Hasse, R./Lenk, Th. (Hrsg.): Die Arbeitsmärkte in der erweiterten EU, Leipzig (i.E.).
- Statistisches Bundesamt (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus Leben in Europa für Deutschland 2005. Wiesbaden.
- Stecher, B. (2004): Transnationale Risiko- und Technologiegesellschaft versus ökonomischer lokaler Patriotismus, in: Foresight Impuls-Konferenz, 26. November 2004, München.
- Stichweh, R. (2002): Inklusion/Exklusion, funktionale Differenzierung und die Theorie der Weltgesellschaft, in: Working Paper 6/2002, Institut für Weltgesellschaft, Universität Bielefeld.
- Streeck, W. (2003): No Longer the Century of Corporatism. Das Ende des »Bündnisses für Arbeit«. MPIfG Working Paper 03/04. Köln.
- Taschowski, Peter (2006): Soziale Sicherheit, Wachstum und Integration: Chancen und Herausforderungen für die Transformationsländer Mittel- und Osteuropa. Hochschulschriften, Band 101. Metropolis.
- Tomann, H. (1997): Stabilitätspolitik. Berlin.
- Trampusch, C. (2007): Liberalisierungspfade von Wohlfahrtsstaaten am Beispiel der Rentenpolitik. Deutschland, Niederlande, Frankreich und Dänemark im Vergleich. Vortrag auf der Tagung der Sektion Sozialpolitik am 6. und 7. Juli 2007 in Göttingen »Reform der Sozialpolitik. Zwischen Pfadabhängigkeit und transnationaler Konvergenz«, Manuskript zum Vortrag.
- Truger, A. (2003): Der missachtete Mainstream. Die deutsche wirtschaftspolitische Debatte leidet weniger unter dem Neu-Keynesianismus als unter seiner fast völligen Missachtung, in: Hein, E./Heise, A./Truger, A. (Hrsg.): Neu-Keynesianismus. Der neue wirtschaftspolitische Mainstream?, 245 -278.

- van Kersbergen, K. (2000): The Declining Resistance of Welfare States to Change?, n: Kuhnle, Stein (Hrsg.): The Survival of the European Welfare State, London: Routledge, 19-37.
- Vehrkamp, R. (2007): Soziale Gerechtigkeit in Deutschland – Einleitung und Überblick, in: Empter/Vehrkamp (Hrsg.), 9-21.
- Vester, Michael (2006): Soziale Milieus und Gesellschaftspolitik, in: APuZ 44-45/2006, 10-17.
- Visser, J./Hemerijck, A. (1997): A Dutch Miracle: Job Growth Welfare Reform and Corporatism in the Netherlands. Amsterdam.
- Wagener, H.-J. (2006): Europäische Wirtschaftspolitik, in: Beichelt, T. et al. (Hrsg.): Europa-Studien. Eine Einführung. Wiesbaden, 349-364.
- Wahl, S./Schulte, M. (2005): Arbeitslosigkeit abbauen – von Besseren lernen! Hintergründe der Beschäftigungsunterschiede in Deutschland, Österreich und der Schweiz. München.
- Wilthagen, T. (2007): Flexicurity Practices, Rapporteur of the European Expert Group on Flexicurity, 24. Mai 2007, Brüssel.
- Zohlnhöfer, R./Ostheim, T. (2007): Politiktransfer durch die Europäische Beschäftigungspolitik? Methodische Überlegungen und empirische Analyse des Falls Deutschland, in: Holzinger, K./Jörgens, H./Knill, C. (2007) (Hrsg): Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken. Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38, Juni 2007. VS Verlag: Wiesbaden.

Anhang:

Daten zur Wirksamkeit der Sozialstaatstätigkeit

Die hier aufgeführten Daten bilden die Grundlage für die in Kapitel 6 festgehaltenen Einschätzungen zur Datenproblematik. Aufgeführt sind hier nur Primärdaten. Verwendete Sekundärliteratur auf der Basis dieser Daten befindet sich im Literaturverzeichnis.

Neben den international vergleichenden Datensätzen wird noch auf eine Reihe nationaler Daten ausgewählter Länder verwiesen, da diese in Ergänzung zu den vergleichenden Datensätzen den jeweiligen nationalen Rechtsrahmen genauer widerspiegeln, der für die Anreizstruktur der Individuen (mit)verantwortlich ist. Alle Zugriffe auf Internetadressen: Stand Juni 2008.

1. International vergleichende Daten und Surveys

1.1 EU-Ebene

Die institutionelle Ausgestaltung der sozialen Sicherung in den EU-Ländern wird durch das System zur gegenseitigen Information über den Sozialschutz (Mutual Information System on SOcial Protection – MISSOC) abgebildet, das 1990 eingerichtet wurde, um zwischen den Mitgliedstaaten den laufenden Informationsaustausch über Sozialschutz zu fördern. MISSOC dient als zentrale Informationsquelle über Gesetzgebung, Leistungen und Finanzierung im Bereich Sozialschutz in allen an MISSOC mitwirkenden Ländern. MISSOC liefert grundlegende Informationen über die meisten Sozialschutzbereiche in den einzelnen Ländern sowie über die Finanzierung des Sozialschutzes, mit hochgradig strukturierten vergleichenden Informationen in über 300 Informationskategorien.

http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/missoc_de.htm

Im Bereich *Arbeitsmarkt* ist eine Reihe an Rohdaten für die europäische Ebene verfügbar, wie im Folgenden dargestellt. Die Daten werden im alljährlichen Rhythmus aus den jeweiligen Ländern zusammengetragen und für eine einheitlich europäische Verwendung durch das ESS (Europäisches Statistisches System) harmonisiert.

Rohdaten sind insbesondere bei EUROSTAT verfügbar. Sie bietet eine Übersicht an aufbereiteten Strukturdaten für die EU insgesamt, die EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-EU-Staaten sowie nach Gruppen gegliederte Detailansichten (Altersgruppen, nach Bildungsabschlüssen und geschlechterspezifisch). Es besteht die Möglichkeit der Datenberechnung mit automatischem Abgleich der erwünschten Richtwerte, etwa in Bereich der beschlossenen, EU-weit zu erreichenden Beschäftigungsquoten. Dabei finden sich folgende Daten

- Beschäftigungsquote der EU insgesamt (auch nach Geschlecht, nach Bildungsgrad und Altersgruppen verfügbar)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/emploi/em011
- Arbeitslosenquoten gesamt (auch nach Geschlecht und Altersgruppen getrennt verfügbar)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/emploi/em071
- Langzeitarbeitslosenquote insgesamt (auch nach Geschlechtern getrennt verfügbar)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/socohe/sc061
- Durchschnittliches Erwerbsaustrittsalter gesamt (auch nach Geschlecht getrennt verfügbar)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/emploi/em021
- Beschäftigungswachstum insgesamt (auch nach Geschlechtern getrennt verfügbar)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/ecobac/eb031
- Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&open=/&product=STRIND_EMPLOI&depth=2

- Durchschnittlicher Jahresverdienst in Industrie und Dienstleistungssektor (auch nach Geschlechtern getrennt erhältlich)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_economy&root=Yearlies_new_economy/B/B2/B22/dbb12560
- Lebenslanges Lernen mit Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung (auch nach Geschlechtern getrennt)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=STRIND_EMPLOI&root=STRIND_EMPLOI/emploi/em051
- Ausgaben für Humanressourcen im europäischen Überblick mit Vergleichswerten aus anderen Staaten
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/innore/ir010
- Öffentliche Gesamtausgaben für Bildung, gemessen am BIP
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_yearlies&root=EU_yearlies/yearlies/C/C3/C35/cca26394
- Bildungsstand von Jugendlichen (20 – 24 Jahre)
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/innore/ir091
- Anteil der Hochschulabsolventen (20-29 Jahre) in technischen und naturwissenschaftlichen Bereich
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/innore/ir041
- Bevölkerung (25-64 Jahre) mit Sekundarabschluss II und höher
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_yearlies&root=EU_yearlies/yearlies/C/C3/C31/cca23312
- Bildungserwartung der Bevölkerung
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_yearlies&root=EU_yearlies/yearlies/C/C3/C32/cca10512

Das **EUROBAROMETER** bietet ebenfalls Kurzdarstellungen zu den von Eurostat erhobenen Daten. Dabei werden u. a. Daten zu soziale Lage, Euro, Gesundheit und politische Einstellungen erhoben. Die Befragung erfolgt alle sechs Monate mit durchschnittlich 1000 Personen ab 15 Jahren in allen Mitgliedsstaaten (abhängig von der Bevölkerungszahl des Staates). Bei aktuellen Themen werden Sonderbefragungen durchgeführt. Die nächstgenannte Studie gibt eine Übersicht zum Mobilitätsverhalten der EU-Bürger. Hierbei wird vor allem die geografische Mobilität innerhalb der EU behandelt. Die Hintergründe werden angerissen, die Mobilität am Arbeitsmarkt wird dabei auch berücksichtigt und dargestellt. Die Rohdatensammlung basiert auf Erhebungen der Eurobarometers.

- European Foundation of the Improvement of Living and Working Conditions (Hrsg.): Mobility in Europe. An Analysis of the 2005 Eurobarometer survey on geographical and labour market mobility. Dublin.

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2006/59/en/1/ef0659en.pdf>

Das **EUROBAROMETER** insgesamt bietet eine Vielzahl an Papieren, die sich mit den Aspekten Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Mobilität in der Europäischen Union befassen. Die dargestellten Daten wurden von der Eurostat erhoben. Ein Download der jeweiligen Papiere wird bereitgestellt unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/.

Auch **EIRO** bietet vergleichende Arbeitsmarktdaten auf EU-Ebene. Der European Industrial Relations Observatory bietet seit 1997 Daten zu den vorherrschenden Beziehungen in der Industrie. Dazu arbeitet es mit einer Vielzahl an Institutionen von Arbeitgeber, Gewerkschaften, Regierungen und der EU zur Datenerhebung zusammen. Hierbei sind diese nach Sektoren untergliedert erhältlich und decken Themenfelder wie Arbeitszeiten, Gender Mainstreaming, Arbeitsbeziehungen und Lohnentwicklungen ab. Informationen finden sich unter <http://www.eurofound.europa.eu/eiro/>.

Ebenfalls Informationen zum Arbeitsmarkt bietet seit 1983 das **Labour Force Survey** (LFS) oder Arbeitskräfteerhebung. Hierbei werden demographische, soziale und wirtschaftliche Merkmale von Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Nichterwerbspersonen erfasst. Dies geschieht durch eine alljährlich im Frühling durchgeführte Stichprobenbefragung von Privathaushalten und Einzelpersonen, mit Wohnsitz im jeweiligen EU-Staat. Seit 1998 werden die Daten auch Quartalsweise erhoben. Die Stichprobe muss repräsentativ sein. Formalitäten zur LFS sind in EU-Ratsverordnungen festgehalten. Erhobene Daten sind in der Eurostat Datenbank hinterlegt und unter den oben angeführten Links abrufbar.

Ein entsprechender Survey wird auf nationaler Ebene auch von Regierungen anderer Staaten erhoben, wie etwa Kanada oder Japan. Weitere Informationen zum Survey und entsprechenden Publikationen finden sich im Internet auch unter <http://www.eds-destatis.de/de/theme3/lfs.php?th=3>. Auch Mikrodaten sind hier auf Anfrage einholbar.

Zum Thema *Materielle und immaterielle Lebensbedingungen* finden sich bei Eurostat ebenfalls Strukturdaten in einer Übersicht zum Thema Armut im EU-Durchschnitt, der EU-Mitgliedsländern, Nicht-Mitgliedsstaaten. Dabei handelt es sich prinzipiell um einen Rohdatensatz, nach Erhebungen der Eurostat selbst, welcher in aufbereiteter Form wie folgt abgerufen werden kann

- Armutsgefährdungsquote nach sozialen Transfers – insgesamt
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/socohe/sc022
- Armutsgefährdungsquote vor sozialen Transfers – insgesamt
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C5/C53/sc021
- Quote der dauerhaften Armutsgefährdung insgesamt
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=Yearlies_new_population&root=Yearlies_new_population/C/C5/C53/sc031
- Streuung der regionalen Beschäftigungsquoten insgesamt
http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,39140985&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=detailref&language=de&product=EU_strind&root=EU_strind/strind/socohe/sc041

Die beiden folgenden Darstellungen geben Einblicke in die soziale Realität der Europäischen Union. Hierbei werden zum einen Daten im Bereich Sozialtransfers angegeben und zum anderen die Meinungen /Einstellungen der EU-Bürger dargestellt.

- European social reality (Feb/2007), unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_en.pdf
- Eurobarometer 64, Die öffentliche Meinung in der europäischen Union. Download unter http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb64/eb64_de.pdf
- Die Kurzfassung der auf Berechnungen von Eurostat beruhenden Statistiken gibt Auskunft über die Armutsbekämpfung in der EU. Ein Download des

Papers ist unter http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_05_05.pdf möglich.

- Die nachstehende Kurzstatistik behandelt Einkommensarmut und soziale Ausgrenzung in der EU-25. Die Datenbasis sind die Erhebungen von Eurostat. Der Download des Papers ist unter http://www.eds-destatis.de/de/downloads/sif/nk_05_13.pdf möglich. Jahrbuch (2006) von destatis zum Bereich Lebensbedingungen und Wohlfahrt, unter http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/de1_jahrbuch2006.pdf.
- Die Ergebnisse aus der Studie **Leben in Europa** (2005) für den Bereich Armut und Lebensbedingungen in Deutschland finden sich als download in Internet unter http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/eu-silc/fdz_eu-silc-bericht.pdf. Diese standardisierte Haushaltsbefragung wird für jedes EU-Land durchgeführt und dient der Vergleichbarkeit von Kennzahlen zu Armut und Lebensbedingungen in der EU. Die Daten sind abrufbar unter <http://www.destatis.de/lebenineuropa>. Die **EU-SILC**-Daten werden zukünftig ein Hauptinstrument der vergleichenden sozialpolitischen Analyse werden und dienen gegenwärtig der Berechnung der sogenannten Laeken-Indikatoren, das sind Armutsquote, die Dauerarmutsquote (nach Alter, Geschlecht, Haushaltstyp, Erwerbsstatus, Erwerbsintensität und Art des Wohnungsbesitzes), S80/S20, der Gini-Koeffizient und die Armut im Niedriglohnbereich.

Der **European Quality of Life Survey** (EQLS) ist eine auf Fragebogen basierte Erhebung von Privathauhalten in den Europäischen Mitgliedsstaaten und soll die Lebensqualität in denselben abbilden. Hierbei werden objektive wie subjektive Aspekte in standardisierter Form abgefragt. Durchschnittlich 1000 Interviews werden hierzu pro Land geführt, insgesamt wurden 26000 Interviews aus 28 Ländern verwertet. Die Befragung fand 2003 zum ersten Mal statt. Die Hauptthemen sind Arbeitsmarkt, Familie, gesellschaftliche Partizipation, Gesundheit, Bildung und Wissen. Informationen finden sich bei der Europäischen Union im Internet unter <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/2003/eqls.htm>.

Die Daten über die Sozialausgaben in der Europäischen Union werden in der Datenbank **European System of integrated Social Protection Statistics** (ESSPROS) festgehalten. Hierbei werden die Finanzierung und Erstellung von Leistungen sowie deren Verwaltungskosten erfasst. Die Statistiken stehen, mit wenigen Ausnahmen, für alle Mitgliedsstaaten ab dem Jahr 1990 zur Verfügung und werden jährlich erhoben. Dabei werden die Unterschiede in den sozialen Sicherungssystemen der einzelnen EU-Staaten deutlich. Die Datenbank enthält

darüber hinaus Kennzahlen zu betrieblichen Sozialleistungen, welche nicht zum Arbeitsentgelt zählen, wie Krankengeld, betriebliche Altersvorsorge oder Mutterschaftsgeld. Für die Erhebung der Daten sind die statistischen Ämter bzw. die Ministerien für Soziales in den Mitgliedsstaaten zuständig. Informationen finden sich im Internet unter http://europa.eu.int/estatref/info/sdds/en/spr/spr_base.htm.

Weitere Datenaufbereitungen finden sich im **European Values Survey (EVS)** oder **European Social Survey (ESS)**. Die langfristige Erhebung bietet Fakten im zwischenstaatlichen Vergleich zu prinzipiellen Einstellungen der Bürger. Dabei werden Aspekte untersucht, wie Lebenseinstellungen und –weisen zu Politik, Religion, Arbeit, sozialen Beziehungen und Familie. Die Daten sind unter <http://www.europeansocialsurvey.org/> verfügbar. Die Datenerhebung wird mittlerweile auch auf internationaler, über die EU hinausgehender Basis erhoben. Die Informationen hierzu finden sich unter <http://www.europeanvalues.nl/index2.htm>.

Das **European Survey of Working-Time and Work-Life-Balance** erfasst Daten zu aktuellen Themen, wie Work-Life-Balance und Arbeitszeiten, Erziehungszeiten, Teilzeitarbeit, Frühverrentung und Altersteilzeit im europäischen Vergleich. Die aufbereiteten Daten finden sich unter <http://www.eurofound.europa.eu/areas/worklifebalance/eswt.htm>.

Zum *Geld- und Gütermarkt* im europäischen Vergleich lohnt ebenfalls ein Zugriff auf die Seite von EUROSTAT. Sie beinhaltet Rohdaten und aufbereitete Übersichten zu Geld- und Gütermärkten im EU-Vergleich allgemein, der EU-Mitgliedsstaaten und Nicht-Mitgliedsländern. Hierbei können die Daten nach eigenen Wünschen zusammengestellt werden, tabellarisch wie grafisch.

- Geldmarktdaten zu Zinsen (3-Monatszinssätze) und Wechselkurse, Geldvolumen M1 bis M3, Renditevolumen und
- Gütermarktdaten zu VGR, Konsumausgaben, Preise und Löhne (Arbeitskosten, Verbrauchpreise, Kaufkraftparitäten sowie Preise für den Strom- und Gasmarkt), Angaben zur Unternehmensstruktur sowie Angaben zur Forschung und Entwicklung (Personal, Ausgaben, Patente) sind abrufbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1996,45323734&_dad=portal&_schema=PORTAL&screen=welcomeref&open=/&product=EU_economy_finance&depth=2&language=de

Darüber hinaus finden sich hier Daten zu Unternehmensdemografie (sehr rudimentär), Beschäftigungsstand, Arbeitsproduktivität, Auftragseingang, Öffent-

licher Finanzierungssaldo (Staatstätigkeit), Schuldenstand und Einnahmen und Ausgaben des Staates.

Auch die Europäische Zentralbank (**EZB**) bietet aufbereitete Daten zu

- Konsumentenpreise
- Ausgehandelte Löhne (unregelmäßig verfügbar)
- Arbeitsproduktivität unter <http://sdw.ecb.europa.eu/reports.do?node=100000181>

EUROMOD ist ein europaweites tax-benefit-Modell, welches unter dem Zusammenschluss von Forschern aus 19 EU-Mitgliedsstaaten entstand. Dabei werden Voranschläge zu Kosten und Verteilungswirkungen bei Veränderungen der persönlichen Steuer- und Transferpolitik erstellen. Hierbei werden politische Veränderungen spezifiziert, Einkommensgrenzen verwendet sowie Ergebnisse evaluiert. Hierbei werden zwei Aspekte miteinander verbunden: Einerseits werden Auswirkungen konsolidierter Sozialpolitik analysiert und andererseits finden nationalstaatliche Unterschiede bei politischen Maßnahmen bei gemeinsamer Zielsetzung Berücksichtigung, wie im Flexicurity-Modell angedacht. Dies beinhaltet die Identifikation gemeinsamer struktureller Charakteristika in nationalstaatlichen Politiken, die Identifikation der Anforderungen an gemeinsame Datengrundlagen sowie im Umkehrschluss die Generalisierung möglichst vieler Modell-Aspekte. Entstehen soll dabei eine europäische Sicht. Das Projekt startete 1998. Ziel war die Ausarbeitung eines europäischen Mikrosimulationsmodells. Informationen hierzu finden sich im Internet unter <http://www.iser.essex.ac.uk/msu/emod/>.

Eine *allgemeine Datenübersicht* mit Bezug auf EUROSTAT findet sich im entsprechenden Jahrbuch

- »EUROSTAT-Jahrbuch (2006): Europa in Zahlen« enthält eine aufbereitete Übersicht aller auf der Eurostat-Homepage angeführten Rohdatensammlungen zur EU. Der Download ist möglich unter http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/de1_jahrbuch2006.pdf.
- Innerhalb der Eurostat Datenbank finden sich die New Cronos mit statistischen Daten aus dem gesamten Wirtschafts- und Sozialbereich der EU-Staaten und Vergleichsländern. Dabei handelt es sich um Regionaldaten. Eine Übersicht der Bereichsdatenbank findet sich unter http://europa.eu.int/estatref/info/sdds/en/rd/rd_indic_list_units.pdf

Eine weitere Datensammlung mit allgemeiner Verfügbarkeit findet sich im **European Community Household Panel (ECHP)**. Er umfasst vergleichende

Mirkodaten zu den Themen Einkommen, Gesundheit, Ausbildung, Demografie und Arbeitsmarkt. Die Mehrheit der hier erhobenen Daten findet Eingang in die Datensammlung bei Eurostat und wird dadurch publiziert. Informationen hierzu finden sich unter

<http://circa.europa.eu/irc/dsis/echpanel/info/data/information.html>.

Die hier folgende Zusammenstellung gibt eine Übersicht der Daten zu Sozialstatistiken in Europa in Kurzform. Die Datenbasis sind die Erhebungen der Eurostat.

- European social statistics. Social protection. Expenditure and receipts 1995-2004, unter http://www.eds-destatis.de/downloads/publ/en3_social_protect.pdf.

Die folgende allgemeine Übersicht zeigt die Situation im sozialen Europa für das Jahr 2003. Die hierfür verwendeten Daten sind aus verschiedenen Rohdatensätzen zusammengefügt.

- Soziale Lage in der Europäischen Union (09/2003). Download möglich unter http://ec.europa.eu/employment_social/social_situation/docs/ssr2004_brief_de.pdf.

Sozialpolitik aktuell liefert eine Vielzahl an Übersichten, beruhend auf Eurostat-Daten, wie

- Sozialschutzquoten im EU-Vergleich 2004
- Entwicklung der Sozialschutzquote in der EU15 1991-2004
- Sozialleistungen nach Funktionsgruppen im EU-Vergleich 2004
- Sozialleistungen nach Funktionsgruppen in der EU15 2004
- Sozialleistungen nach Funktionsgruppen in der EU15 in % des BIP 2004
- Arbeitsmarktsituation und Performance im europäischen Vergleich
- Arbeitslosen- und Beschäftigungsquoten im Abgleich

abrufbar unter http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_europa.shtml

1.2 OECD-Ebene

In Bezug auf den *Arbeitsmarkt* im internationalen, über die EU-Ebene hinausgehenden Vergleich findet sich beim Statistischen Bundesamt eine allgemeine Übersicht. Die Analyse beruht auf Datensätzen des ILO und EUROSTAT. Sie gibt einen Überblick über die Arbeitsmärkte im internationalen Umfeld.

- »Statistisches Jahrbuch des Statistischen Bundesamtes 2006 für das Ausland«

Die OECD selbst liefert in ihrem jährlichen Factbook eine Aufbereitung eigens erhobener Primärdaten zu den Themen Arbeit und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich, Teilzeitarbeit, Frauenerwerbstätigkeit, Erwerbsbeteiligung von In- und Ausländern im nationalen Gefüge, Sozialausgaben, Ausbildungssektor und Beteiligung an höherer Bildung.

- OECD Factbook (2007): Economic, Environmental and Social Statistics, unter <http://puck.sourceoecd.org/vl=4044677/cl=20/nw=1/rpsv/factbook/> verfügbar.

Darüber hinaus sind bei der OECD Einzelstatistiken verfügbar, wie die

- Statistik zur Arbeitsmarktsituation im internationalen Abgleich, mit Arbeitslosenstatistik im Zeitverlauf und nach Dauer der Beschäftigungsverhältnisse verfügbar. Unter http://www.oecd.org/document/15/0,3343,en_2825_495670_38938959_1_1_1_1,00.html & http://www.oecd.org/document/25/0,3343,en_2825_495670_38939225_1_1_1_1,00.html
- international vergleichende Übersicht zu Mindestlöhnen und Lohnstrukturen der OECD-Länder, verfügbar unter http://www.oecd.org/document/25/0,3343,en_2825_495670_38939225_1_1_1_1,00.html
- Statistik im internationalen Abgleich zur (Aus-)Bildungsbeteiligung, verfügbar unter http://www.oecd.org/document/54/0,3343,en_2825_495609_38082166_1_1_1_1,00.html

Zum Thema *materielle und immaterielle Lebensbedingungen* finden sich folgende Aufbereitungen

- Selection of OECD Social Indicators als generelle Übersicht relevanter Sozialindikatoren im OECD-Ländervergleich. Die Übersicht findet sich unter <http://www.oecd.org/dataoecd/12/7/38138100.xls>
- Social Expenditure Database (SOCX 2007) mit Daten zu Sozialausgaben im internationalen Abgleich, von der OECD erhoben. Download des Dokumentes unter http://www.oecd.org/document/9/0,3343,en_2649_34637_38141385_1_1_1_1,00.html

Das Thema *Geld- und Gütermarkt* wird bei der OECD ebenfalls behandelt. Hierzu sind aufbereitete statistische Übersichten der Rohdaten zu unterschiedlichen

Themen verfügbar unter <http://www.oecd.org/dataoecd.htm>. Darin finden sich zum Geld- und Gütermarktdaten zu

- Potentieller Output und die Outputlücke, unter <http://www.oecd.org/dataoecd/26/40/38785295.htm>
- Barrieren für Wettbewerb als Teil des Produktmarktregulierungsindex
- Bildung auf einen Blick mit Bildungsausgaben und Bildungsstand
- Beschäftigungsdauer

Dazu findet sich ein

- Produktmarktregulierungsindex der OECD

Auch im OECD Factbook (2007) finden sich Daten mit Fokus auf

- Nettomigrationsrate und
- Multifaktorproduktivität,

als Download unter <http://puck.sourceoecd.org/v1=4044677/cl=20/nw=1/rpsv/factbook/>

Die LIS (Luxembourg Income Study) bietet Mikrodaten zur vergleichenden Analyse auf OECD-Ebene. Hierbei liegt der Fokus auf Einkommensungleichheiten und -verteilung. Daten finden sich auf <http://www.lisproject.org/techdoc.htm>.

1.3 International Labour Organisation (ILO)

Mit laborsta bietet die ILO eine ausführliche Datenbank mit, seit 1984 periodisch erhobenen Primärdaten zum Thema *Arbeitsmarkt* unter <http://laborsta.ilo.org/>. Die Ergebnisse werden im alljährlichen statistischen Jahrbuch veröffentlicht. Komplementär hierzu erscheint zweimal im Jahr das »bulletin of Labor Statistic« mit aktualisierten Übersichten. Hierzu erarbeitet die Organisation auch methodische Beschreibungen verfasst, auf die jeweiligen Länder spezifisch zugeschnitten und von den Vertretungen vor Ort zur Datenerhebung eingesetzt. Bei der ILO finden sich Übersichten zu

- Periodisch veröffentlichte Kennzahlen für Arbeitsmarkt im internationalen Vergleich
- Daten zu Arbeitszeiten, Arbeitskosten und Löhnen im direkten internationalen Vergleich

1.4 Weltbank / Internationaler Währungsfond (IWF)

Die Weltbank bietet insbesondere zum Thema *Geld- und Gütermarkt* eigene Erhebungen unter <http://www.worldbank.org/>

- Studie »Doing business« zur Dauer einer Unternehmensneugründung
- Analyse zur Anzahl der Arbeitsschritte bei Unternehmensneugründung in ausführlicher Darstellung

Darüber hinaus bietet die Weltbank eine Vielzahl an aufbereiteten Daten der OECD, ILO oder UN zu verschiedenen Themen, wie Arbeitsmarkt, Bildung oder Armut. Eine Übersicht hierzu findet sich unter <http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0«contentMDK:20415471~menuPK:1192714~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html>.

1.5 International Social Survey Programme (ISSP)

Das International Social Survey Programme (ISSP) bietet seit 1984 jährliche Berichte zu verschiedenen Themenschwerpunkten und den Arbeitsweisen zur Verfügung. Insgesamt nehmen 49 Institute aus 41 Nationen daran teil, beispielsweise das ZUMA für Deutschland. Hier, bei der GESIS (Online-Plattform ZACAT), findet sich auch das Hauptarchiv. Einmal im Jahr werden die Fragebögen ausgearbeitet. Die Befragung erfolgt auf nationalstaatlicher Ebene, durch die Institute vor Ort. Die Themenschwerpunkte variieren jährlich und sind unter anderem Umwelt, Religion, soziale Ungleichheit sowie Staat und Regierung. Informationen zum Survey sowie die uneingeschränkt zugänglichen Datensätze finden sich unter <http://www.issp.org/> und unter http://www.gesis.org/en/data_service/issp/index.htm.

1.6 International Social Justice Programme (ISJP)

Das International Social Justice Programme (ISJP) ist ein Forschungsprojekt mit internationaler Beteiligung von Sozialwissenschaftlern aus zwölf Ländern. Hierbei werden in der Öffentlichkeit vorherrschende Einstellungen und Glauben über soziale, politische und wirtschaftliche Gerechtigkeit analysiert. Die erste Befragung wurde 1991 durchgeführt und im Abstand von fünf Jahren wiederholt. Im Jahr 2006 wurde in Deutschland die vierte Runde angeschlossen. Die Befragung findet anhand von gemeinsam ausgearbeiteten Fragebögen mündlich, in den

USA via Telefoninterviews statt. Die Anzahl der zufällig ausgewählten Befragten variiert je nach Größe des Landes. Im Durchschnitt liegt die Fallzahl bei 1000. Ausführliche Informationen sowie die Literaturverweise zu den veröffentlichten Studienergebnissen finden sich auf der Internet-Webseite des deutschen ISJP-Forschungsteams unter <http://www.isjp.de/>.

1.7 Institut für Wirtschaftsforschung (IFO)

Das Wirtschaftsforschungsinstitut bietet eine *allgemeine Datenübersicht* auf der ifo-Homepage über die **DICE Database** (Database for Institutional Comparisons in Europe) mit ausführlichen Daten zu

- Arbeit und Arbeitslosigkeit
- Teilnahme am Bildungssystem
- Mobilität der Arbeit und Arbeitnehmer
- Einnahmen und Ausgaben der Sozialpolitik

Hierbei wird Bezug genommen auf Primärdaten der OECD und zum Teil nationaler statistischer Ämter. In die Datenbank sind institutionelle Regulierungen der 27 EU-Mitgliedstaaten sowie einiger weiterer Industrieländer aufgenommen. Im monatlichen Rhythmus werden die Grafiken, Tabellen und Berichte aktualisiert. Hierfür werden Daten anderer Institutionen zusammengetragen, wie etwa Europäische Kommission oder OECD. Die Daten finden sich unter <http://www.cesifo-group.de/portal/page/portal/ifoHome/a-wininfo/d3iiv/20dicenews>

2. National vergleichende Daten und Surveys: Bundesrepublik Deutschland

Im Bereich national vergleichender Daten findet sich ebenfalls eine Reihe an Datensätzen mit Rohdaten und aufbereiteten Darstellungen dieser. Im Folgenden werden sie nach Datenquellen sortiert aufgelistet.

2.1 Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Das am DIW in Berlin beheimatete SOEP (Sozio-oekonomisches Panel) stellt ein Survey dar, welches für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung Mikrodaten bereitstellt. Die Daten werden seit 1984 im alljährlichen

Rhythmus über eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte erhoben. Seit 1990 werden auch Privathaushalte in den ostdeutschen Bundesländern in die Befragung miteinbezogen. Befragt werden Haushaltsmitglieder ab dem 17. Lebensjahr. Hierbei werden folgende Daten erhoben

- Persönlichkeitsmerkmale
- Erwerbs- und Familienbiografie
- Gesundheitsaspekte
- Bildungsbeteiligung und Kinderbetreuung
- Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität
- Einkommensverteilung
- Wohnsituation
- Lebenszufriedenheit sowie
- Gesellschaftliche Partizipation und Zeitverwendung

Daten zu den beiden Hauptthemen *materielle und immaterielle Lebensbedingungen* (Armutsquoten und Verschuldung) sowie *Arbeitsmarkt* (Arbeitszeit, -verhältnisse, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik) finden sich in aufbereiteter Form auch bei Sozialpolitik aktuell, unter den Internet-Links

http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_arbeitsmarkt.shtml und
http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tabellen_einkommen.shtml#VII.

2.2 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfeldforschung (IAB)

Das **IAB-Betriebspanel** ist eine seit 1993 jährlich wiederholte Panelbefragung von Betriebseinheiten durch das Institut für Berufs- und Arbeitsmarktforschung (IAB). Seit 1996 enthält der Datensatz auch Betriebe aus den neuen Bundesländern und Ost-Berlin. Grundgesamtheit der repräsentativen Stichprobe sind alle Betriebe mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Die Ziehung der Zufallsstichprobe erfolgte auf Grundlage einer Betriebsdatei, die aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit generiert wurde, über 20 Branchen (bis 1999: 16 Branchen, ab 2005: 17 Branchen) und 10 Betriebsgrößenklassen. Das Sample enthält derzeit fast 16.000 Fälle (rund 10.000 für Westdeutschland und fast 6000 für Ostdeutschland). Erhoben werden Niveau, Struktur und kurz- bis mittelfristige Beschäftigungserwartungen, wirtschaftliche Determinanten wie Umsatz, Erträge, Investitionen, Löhne, technischer Stand, Innovationen und organisatorische Änderungen, Arbeitszeitmuster, Entkoppe-

lung von Betriebszeiten, Arbeitszeitflexibilitäten, Aus- und Weiterbildung, offene Stellen und Arbeitskräftenachfrage über alle Branchen und Betriebsgrößenklassen. Hinzu kommen jährlich wechselnde Themenschwerpunkte. Der Internet-Link hierzu lautet <http://betriebspanel.iab.de>.

Im Jahr 2006 wurde erstmals eine Erhebung für das neue IAB-Panel **Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung** (PASS) durchgeführt. Hierbei sollen in regelmäßigen Abständen Haushalte befragt werden, um so Aussagen zur Wirkungsforschung von SGB II beitragen. Hierbei werden beide Aspekte miteinander verknüpft, um so eine höhere Aussagefähigkeit zu erzeugen. Der Fokus liegt auf dem unteren Einkommens- und Statusbereich und beruht auf einer disproportional geschichteten Bevölkerungsstichprobe. Die Konzeption des Survey läuft noch. Ausführliche Informationen finden sich im Forschungsbericht der IAB, als download unter <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2007/fb1207.pdf>.

2.3 Bundesregierung

Die Bundesregierung liefert mit ihrem Armuts- und Reichtumsbericht einen weiteren Datensatz zum Thema *materielle* und *immaterielle* Lebensbedingungen. Ziel des Berichtes ist die Bestandsaufnahme und Analyse sozialer Realität auf Basis fundierten empirisch-statistischen Materials und wissenschaftlicher Untersuchungen. Auf die Untersuchung der subjektiven Einschätzung von Bürgern wurde verzichtet. Der Endbericht ist abrufbar unter dem Internet-Link http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Lebenslagen%20in%20Deutschland_EndBericht.pdf

Die im Bericht enthaltenen Daten finden sich zur Ansicht bei Sozialpolitik aktuell, in aufbereiteter Form, unter dem Internet-Link <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/>.

Dies beinhaltet Darstellungen zu

- Pro-Kopf-Einkommen in Euro/Monat und Armutsgrenze 1998 und 2003
- Armutsrisikoquoten vor und nach sozialstaatlicher Umverteilung 1998 und 2003
- Entwicklung der Armutsrisikoquoten 1973 bis 2003
- Armutsrisikoquoten ausgewählter Bevölkerungsgruppen 1998 und 2003
- Armutsrisikoquoten nach ausgewählten Haushaltsformen 1998 und 2003
- Verweildauer in Armut nach Jahren, alte und neue Bundesländer 1992 – 2000

2.4 Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat wurde 1963 (per Gesetz) zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gegründet und analysiert die gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung. Im alljährlichen Rhythmus wird im November das Jahresgutachten veröffentlicht. Hierzu werden die benötigten Daten selbst erhoben oder von verschiedenen Institutionen, wie Bundesbank, Europäische Kommission oder dem Internationalen Währungsfond zusammengetragen und ausgewertet. Er liefert *im Allgemeinen* eigene Analysen (Zeitreihen, Expertisen, Arbeitspapiere und Gutachten) zu den Themen

- Konjunktur und Wachstum
- Finanzpolitik und Steuerpolitik
- Sozialpolitik
- Lohnpolitik, Arbeitsmarkt und Bildung
- Geld, Kapital- und Währungspolitik sowie
- Weltwirtschaft und EU

Die Ergebnisse der Analysen beziehen sich auf die europäische und OECD-Ebene (gesamt und im Ländervergleich), die deutsche nationalstaatliche Ebene und gar auf die Haushaltsebene. Neben aktuellen Daten werden auch Prognosen abgegeben. Eine Übersicht und Downloadmöglichkeiten von Gutachten verschiedener Themenfelder findet sich im Internet unter <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/themen.php>.

2.5 Statistisches Bundesamt

Das statistische Bundesamt erhebt im alljährlichen Rhythmus den **Mikrozensus**. Dies ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt. Hierfür wird ca. 1% aller Haushalte in Deutschland befragt. Insgesamt nehmen daran rund 390.000 Haushalte mit 830.000 Personen teil; darunter etwa 160.000 Personen in rund 70.000 Haushalten in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. Die Organisation obliegt dem Bundesamt, Durchführung und Aufbereitung liegt bei den statistischen Landesämtern. Grundlegende Daten werden u. a. erhoben zu den Themen Erwerbstätigkeit, Arbeitssuche, Arbeitslosigkeit, Nichterwerbstätigkeit, und beruflicher Ausbildungsabschluss, Quellen des Lebensunterhalts, Angaben zum Einkommen, Krankenversicherung und Ge-

sundheit. Die Daten dazu sind je nach Themenschwerpunkt auf der Homepage der destatis abrufbar.

Internet-Link: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Navigation/Navigationsknoten__Startseite1.psml.

Das statistische Bundesamt bietet darüber hinaus zum Abgleich nationaler Daten das Statistisches Jahrbuch (2007), mit Daten zur Bundesrepublik Deutschland anhand eigener Erhebungen. Hierbei finden sich aufbereitete Daten zu den Themen Arbeitsmarkt sowie *Geld- und Gütermarkt*. Dies ist verfügbar unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/StatistischesJahrbuch/Jahrbuch2007Download,templateId=renderPrint.psml>

Darüber hinaus bietet die Fachserie des Bundesamtes mit detaillierten eigenen Teilerhebungen auf die Bundesrepublik fokussierte Datenaufbereitung. Diese sind auf der Homepage des Amtes erhältlich.

2.6 Deutsche Bundesbank

Die Deutsche Bundesbank liefert Tabellen und Zeitreihen aufbereiteter Daten zum Thema *Geld- und Gütermarkt*. Diese werden von der Bundesbank selbst erhoben und beinhalten Daten zu

- Geldmarktsätzen
- Zinsstrukturen
- EWU Zinsstatistik

Die Übersicht ist unter http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_zinsen.php abrufbar.

Zur *allgemeine Datenübersichten* finden sich folgende aufbereitete Darstellungen bei der Deutschen Bundesbank.

- Konjunkturindikatoren mit Beschäftigung und Arbeitsmarkt verfügbar, basierend auf Daten der Bundesagentur für Arbeit und des Statistischen Bundesamts, unter <http://www.bundesbank.de/download/statistik/saisonbwirt/i428.pdf>
- Monatsberichte der Deutschen Bundesbank auf der Homepage, ebenfalls mit aufbereiteten Strukturdaten erhältlich.

2.7 Bundesagentur für Arbeit

Zum Thema *Arbeitsmarkt* bietet die Bundesagentur für Arbeit anhand eigener Erhebungen verfügbare Datensätze zu

- Marktentwicklungstendenzen
- Strukturdaten zu offene Stellen, Leistungsempfänger, Leistungen allgemein
- Einschätzungen über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente
- Definitionen zum Arbeitsmarkt mit
- Verweisen auf die Erhebungen der ILO im internationalen Zusammenhang
- Darüber hinaus erhältlich sind ausführliche Monatsberichte zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt (hier exemplarisch August 2007) unter <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/monat/aktuell.pdf>

Sie liefert auch, auf Deutschland beschränkte, ausführliche Statistiken und Eckdaten zu

- Ausführliche Statistiken und Eckdaten zu Arbeits- und Ausbildungsmarkt
- Eingliederung- und Verbleibsquoten von Teilnehmern bei Austritt aus Maßnahmen
- Daten zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen
- Daten zur Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt und in Maßnahmen
- Einnahmen und Ausgaben der Bundesagentur sowie des Bundes für Leistungen
- Eingliederungsbilanzen

Download ist unter <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/n.html> möglich.

Mit der **IEBS** (Integrierte Erwerbsbiografie-Stichprobe) werden verschiedene Datenquellen der IAB zusammengeführt, wie die IABS (Beschäftigten-Stichprobe), Maßnahme-Teilnehmer-Gesamtdatenbank und Bewerberangebotsdaten. Somit beinhaltet die IEBS zeitraumbezogene Daten zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, Leistungsempfänger/innen, Arbeitssuchenden, Arbeitslosen und Maßnahmeteilnehmer/innen, wodurch Erwerbsbiografien genauer dargestellt und Analysen zur Arbeitsmarktpolitik erfolgen können. Informationen hierzu finden sich unter <http://fdz.iab.de/pageText.asp?PageID=138>.

Darüber hinaus werden mit der **EVS** (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) seit 1964 im fünfjährigen Abstand aktuelle Ergebnisse über die Ent-

wicklung der Lebensverhältnisse privater Haushalte im Bundesgebiet (seit 1993 auch in Berlin-Ost und den neuen Bundesländern) erhoben. Die Durchführung erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen dem statistischen Bundesamt und den jeweiligen Landesämtern. Insgesamt nehmen rund 0,2 Prozent aller bundesdeutschen Haushalte, zuletzt etwa 75 000 (davon 15 000 in den neuen Ländern und Berlin-Ost) auf freiwilliger Basis teil. Erhoben werden Daten zu Einkommen, Besitzständen privater Haushalte sowie sozioökonomische Grunddaten.

Internet-Link: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/abisz/Einkommens__Verbrauchsstichprobe,templateId=renderPrint.psm.

2.8 GESIS

Der **Wohlfahrtssurvey** ist eine Repräsentativbefragung zur Messung individueller Wohlfahrts und Lebensqualität, anhand subjektiver Einschätzungen. Befragt wird die deutsche Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Seit 1993 wurde die Befragung auch in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt (West: 2000 – 2500, Ost: 735 Befragte). Bislang wurde diese Befragung fünf Mal durchgeführt. Die Erhebung und Bereitstellung erfolgt durch die GESIS. Der Datensatz ermöglicht Auswertungen der einzelnen Wohlfahrtssurveys zwischen 1978 und 1998. Abgefragt wurden u. a. Einschätzungen zu Gesundheit, Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen und Kriminalität, öffentliche und soziale Sicherheit.

Internet-Link: <http://www.social-science-geis.de/Dauerbeobachtung/Sozialindikatoren/Daten/Wohlfahrtssurvey/wsonline.htm>.

Darüber hinaus stellt die GESIS den **Allbus** zur Verfügung; eine allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften zu Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Erhebung erfolgt seit 1980 in zweijährigem Abstand, anhand persönlicher Interviews. Befragt wird ein repräsentativer Querschnitt der bundesdeutschen Bevölkerung. Die Themenschwerpunkte variieren je nach Allbus, insbesondere werden Einstellungen zu soziale Ungleichheit, Wohlfahrtsstaat, Einschätzung der Wirtschaftslage und politisches Verhalten abgefragt.

Internet-Link: <http://193.175.239.100/Dauerbeobachtung/Allbus/index.htm>.

2.9 Institut für Demoskopie Allensbach (ifd)

Das 1948 gegründete Institut ist eines der bekanntesten Marktforschungsinstitute in Deutschland. Hier werden alljährlich bis zu 100 Studien mit rund 90000 Interviews durchgeführt, in Form von persönlich-mündlicher Befragung. Neben Marktforschung, Politikforschung und Mediaanalyse wird auch Sozialforschung betrieben. Das Institut veröffentlicht seine alljährlichen Repräsentativbefragungen zu verschiedenen Themenschwerpunkten. Internet-Link: <http://www.ifd-allensbach.de/>.

2.10 Wirtschaftsforschungsinstitut (WiFo Datenbank)

Zum Thema *Arbeitsmarkt* liefert das Wirtschaftsforschungsinstitut in Wien insbesondere Daten zu Österreich, aber auch wenige, im europäischen Vergleich erhältliche Daten, wie etwa zu

- Arbeitsmarkt, Dienstleistungen und internationale Wirtschaft. Übersicht verfügbar unter <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=32686>

Im Zusammenhang mit dem Themen Arbeitsmarkt und *Geld- und Gütermarkt* bietet die Wifo-Datenbank eine Anzahl an aufbereiteten Darstellungen von Standardindikatoren zu Arbeitsmarkt, Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, Einkommen, Privatem Konsum, Investitionen, Import, Export, Finanzbereich, Preise und Deflatoren, Land- und Forstwirtschaft, Sachgüterproduktion, Dienstleistungen, Staatshaushalt, Investitions- und Konjunkturtest, Regionalwirtschaft sowie Internationale Wirtschaft. Diese finden sich unter <http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?&fid=32686>

Die beim Wifo erhältlichen Daten sind eine Aufbereitung zusammengetragener Rohdaten nationaler und internationaler Institutionen, wie etwa Österreichische Nationalbank, Statistik Austria und dem Hauptverband österreichischer Sozialversicherungsträger für nationale Statistiken sowie Deutsche Bundesbank, Eurostat und OECD für die internationalen. Das Hauptaugenmerk des Wifo liegt auf der Sammlung langer Zeitreihen zu den Themen wie Arbeitsmarkt, volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Einkommen, privater Konsum, Dienstleistungen, Sachgüterproduktion, Staatshaushalt oder internationale Wirtschaft. Die täglich aktualisierten Tabellen erhalten ebenso Prognosen zu den jeweiligen Themen, teils von der OECD, teils vom Wifo selbst.

3. National vergleichende Daten und Surveys: die Schweiz

Hier werden wesentliche (Primär-)Datensätze aus der Schweiz erläutert, welche mit den oben angeführten Datensätzen für Deutschland vergleichbar sind.

3.1 Bundesamt für Statistik (bfs)

Das Bundesamt für Statistik (bfs) veröffentlicht unter dem Internet-Link: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index.html> umfangreiche Statistiken zu allen relevanten Themen, wie

- Arbeitsmarkt, Löhne, Erwerbseinkommen, offene Stellen
- Bildung
- Lebensstandard
- Teuerung
- Öffentliche Finanzen und nachhaltige Entwicklung
- Volkswirtschaft

Die Daten werden vom Institut selbst in regelmäßigen Abständen monatlich, quartalsweise oder jährlich erhoben. Darüber hinaus finden sich Begriffs-Definitionen und Erhebungsgrundsätze auf der Internet-Seite, sodass Aussagen über die Vergleichbarkeit der Daten getroffen werden können. Grundlage der Erhebungen bildet die Schweizer Wohnbevölkerung ab 18 Jahren. Darüber hinaus existiert noch ein Netz regionaler statistischer Ämter (KORSTAT).

3.2 Schweizer Nationalbank (SNB)

Die Schweizer Nationalbank erhebt in regelmäßigem Turnus relevante Daten zum Finanzsektor. Unter <http://www.snb.ch/de/iabout/stat/id/statdata> findet sich die Übersicht mit den abrufbaren Daten und Publikationen. Hierbei finden sich Erhebungen zu

- Zinssätzen und Devisenkursen
- Zahlungsbilanz der Schweiz
- Auslandsvermögen und
- Direktinvestitionen

Die wesentlichen Informationen sind im Bankenstatistischen Monatsheft zu finden.

3.3 Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)

Das Bundesamt für Soziales bietet eine Anzahl an selbst erhobenen Kennzahlen Statistiken zum Thema Sozialversicherungen in der Schweiz, wie Arbeitslosenversicherung, Alters- und Hinterlassenenversicherung und berufliche Vorsorge. Grundgesamtheit ist auch hier die gesamte Schweizer Wohngemeinschaft ab 18 Jahren.

Internet-Link: <http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/index.html?lang=de>

3.4 Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

Das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft bietet Datenaufbereitungen zu Themen rund um Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Zu finden unter dem Internet-Link: <http://www.seco.admin.ch/themen/index.html?lang=de>. Hier finden sich Statistiken zu

- Wirtschaftsprognosen und Konjunkturtendenzen
- Arbeitslosenzahlen
- Konsumentenstimmung
- Strukturanalysen und Wirtschaftswachstum

Die teils monatlich aktualisierten Daten werden selbst erhoben, vom bfs übernommen oder von der Expertengruppe Wirtschaftsprognosen des Bundes erstellt.

3.5 Konjunkturforschungsstelle (KOF)

Die Konjunkturforschungsstelle wird von der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETH) betrieben. Sie erhebt und veröffentlicht monatlich Daten zur Konjunktur in der Schweiz sowie internationale Vergleichswerte. Hierbei werden Themen behandelt wie Konjunkturprognosen und -szenarien, Arbeitsmarkt, Konsum, Bildung, Preise und Löhne, Binnennachfrage sowie Produkte und Importe. Die Daten sind nicht alle frei zugänglich. Internet-Link: <https://konjunkturportal.kof.ethz.ch/index.php>

4. National vergleichende Daten und Surveys: Großbritannien

Im Folgenden abschnitt werden Datensätze aus Großbritannien dargestellt, welche mit den deutschen Datensätzen vergleichbar sind.

4.1 Office for National Statistic

Das Nationale Statistische Amt Großbritannien bietet einige, nach Themen unterteilte Aufbereitungen von selbst erhobener Daten sowie zugehörige Informationstexte. Von ihr wird die Mehrheit der Wirtschaftsstatistiken für Großbritannien erhoben. Zu den hier behandelten Themen finden sich unter <http://www.statistics.gov.uk/default.asp>. Darstellungen zu

- Arbeitsmarkt
- (Aus-)Bildung
- Soziale Sicherung
- Wirtschaft und Industrie

Detailliertere Informationen finden sich im **census**, einer ausführlichen Datenbank. Hierbei sind die Daten nach Zweitintervallen unterteilt und beginnen im Jahr 1801. Die Erhebung findet alle 10 Jahre statt und umfasst alle Personen mit Wohnsitz im UK. Hierfür wird eigens ein ganzer Tag eingeräumt. Der Zensus ist damit die beste Informationsquelle über die britische Bevölkerung. Der letzte census wurde am Sonntag, 29. April 2001 durchgeführt. Es finden sich auch regionale Daten in der Datenbank. Dieser ist abrufbar unter <http://www.statistics.gov.uk/census/GetData/default.asp>.

4.2 The Bank of England

Die Bank of England veröffentlicht in Zusammenarbeit mit National Statistics diverse Daten zum Thema Geld und Finanzen. Die relevantesten Entwicklungen werden im Monatsheft zur Verfügung gestellt, ebenso finden sich Informationen zu den aktuellen Entwicklungen im Euroraum auf der Seite. Eine Übersicht der abrufbaren Daten findet sich im Internet unter <http://www.bankofengland.co.uk/statistics/statistics.htm>.

4.3 Department for Work and Pensions (dwp)

Das Department erhebt und veröffentlicht selbst Daten zu den Themen Arbeiter, Rentner, Familie und Kinder sowie zu Steuervorzügen. Hierbei gibt es eine Vielzahl an Statistiken zu Arbeitslosenquoten (auch nach Altersgruppen), Renteneintrittsalter oder Leistungstransfers. Neben dem alljährlich erhobenen Labor Force Survey und weiteren Jahresübersichten finden sich auch monatliche Erhebungen zu den oben angeführten Themenschwerpunkten. Das Ministerium bietet eine monatliche Veröffentlichungsserie mit zusammenfassenden Ergebnissen der Erhebungen. Eine Übersicht der behandelten Themen sowie aufbereitete Daten finden sich auf der offiziellen Seite im Internet unter http://www.dwp.gov.uk/asd/statistics_a_to_z.asp.

Besonders fallen zwei Datensätze auf, auf die häufiger Bezug genommen wird. Zum einen der **Family Resources Survey** (FRS), der Daten zu Einkommen und Lebenssituation privater Haushalte in Großbritannien sammelt. Durch persönlich geführte standardisierte Interviews soll ein repräsentatives Abbild der Gesellschaft erstellt werden. Themenschwerpunkte bilden Einkommen, Sozialleistungen, Ausgaben, Arbeit(sfähigkeit), Pflege und Gesundheit. Erhoben werden die Daten von National Statistics. Informationen und der Link zu den Daten findet sich unter <http://www.dwp.gov.uk/asd/frs/>.

Zum anderen finden sich häufig Bezüge zur **Work Based Learning for Adults statistics** (WBLA), dessen Daten ebenfalls in Zusammenarbeit mit National Statistics erhoben wird. Dabei handelt es sich um ein Vollzeit-Trainingsangebot für über 25-Jähregie, die länger als 6 Monate arbeitslos waren. Die Statistik biete eine Übersicht zu Teilnehmern, Abbrechern sowie Vermittelte, getrennt nach Regionen, Geschlecht und Trainingstypen. Es finden sich nur unregelmäßige Veröffentlichungen auf der Seite des Ministeriums. Hierfür wurde eigens die WBLA Database angelegt. Internet-Link: <http://www.dwp.gov.uk/asd/wbla.asp>.

5. National vergleichende Daten und Surveys: Dänemark

Der nachstehende Abschnitt präsentiert nationale Datensätze aus Dänemark, welche mit den oben angeführten deutschen Datensätzen vergleichbar sind.

5.1 Danmark Statistik

Das Statistische Amt Dänemark bietet im Internet eine Vielzahl an eigens erhobenen Daten zur dänischen Bevölkerung. Die Daten werden in regelmäßigen Abständen aktualisiert, als Grundgesamtheit gilt die dänische Bevölkerung. Eine Übersicht findet sich unter <http://www.statistikbanken.dk/statbank5a/default.asp?w=1280>. Für die hier behandelten Aspekte relevante Themenbereiche sind

- Bildung und Kultur
- Arbeitsmarkt
- Soziales, Gesundheit und Recht
- Außenhandel
- Öffentliche Finanzierung
- Allgemeine Wirtschaftsstatistiken

5.2 Danmark Nationalbank

Die dänische Nationalbank bietet ebenfalls eine Reihe an Statistiken rund um das Thema Geld und Finanzen (leider nur auf Dänisch). Eine genaue Themenübersicht findet sich auf der Internetseite, unter http://www.nationalbanken.dk/DNDK/statistik.nsf/side/Hent_statistik_-_Publikationer!OpenDocument. Hier finden sich monatliche Veröffentlichungen zur Finanzstatistik des Landes, zur Staatsfinanzierung sowie aktuelle Entwicklungen im EU-Raum.

5.3 National Institute for Social Research (SFI)

Das SFI befasst sich mit wohlfahrtsstaatlicher Forschung und bietet eine Vielzahl an Publikationen. Die Forschungsprojekte erfolgen in Kooperation mit den jeweiligen Ministerien sowie den hiesigen Universitätsinstituten. Die Forschung befasst sich ebenfalls mit Teilaspekten, wie Arbeitsmarktintegration, Arbeitsmarktbedingungen, Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sowie die

Prognostizierung und Einflussanalyse internationaler Faktoren auf nationale Lebensbedingungen. Zu den Themenschwerpunkten zählen also

- Arbeitsmarkt
- Sozialpolitik
- Wohlfahrt und Lebensbedingungen
- Familie und Leistungen sowie
- Vergleichende Studien

Zur Erhebung der Daten wird der **SFI-Survey** herangezogen. Hierbei handelt es sich um den führenden Lieferanten für Daten in Dänemark. Die Erhebung erfolgt über Interviews und wird regional organisiert und von rund 300 Interviewern durchgeführt. Die Veröffentlichung entsprechender Ergebnisse in Form von Reviews, auch auf international vergleichender Ebene erfolgt in Zusammenarbeit mit den **Nordic Campbell Center**. Der Schwerpunkt seiner Veröffentlichungen liegt auf der Untersuchung von Veränderungen und Auswirkungen bei Sozial- und Wohlfahrtsprogrammen. Das Center gehört der international agierenden Campbell Collaboration an. Informationen und weitere Links zu den genannten Bereichen und Instituten finden sich im Internet unter <http://www.sfi.dk/sw7013.asp> und <http://www.sfi.dk/sw22406.asp>.

6. National vergleichende Daten und Surveys: Schweden

Das folgende Kapitel zeigt Datensätze aus Schweden, welche mit den oben erläuterten deutschen Datensätzen vergleichbar sind.

6.1 Statistics Sweden (SCB)

Die Internet-Seite des offiziellen Statistischen Amtes bietet eine Vielzahl an selbst erhobenen Statistiken zu den relevanten Themen der Bevölkerung sowie eine große Anzahl an Links zu externen Datenbanken. Die Datenerhebung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem National Mediation Office, der offiziellen Agentur für zentrale Regierungsaktivitäten im Bereich Vermittlung. Internet-Links: http://www.scb.se/default____2154.asp# und http://www.mi.se/index_eng.htm. Die relevanten Daten werden monatlich aktualisiert und veröffentlicht. Zu den hier relevanten Themen finden sich

- Bildung und Forschung

- Finanzmarkt
- Arbeitsmarkt
- Lebensbedingungen
- Bevölkerung
- Sozialversicherung
- Soziale Services
- Öffentliche Finanzen

6.2 The Riksbank

Die schwedische Nationalbank steht unter Aufsicht des schwedischen Parlaments (Riksdag). Sie erarbeitet und veröffentlicht eine Vielzahl an Statistiken. Die Veröffentlichung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem SCB. Neben Monatsberichten finden sich auch Langzeitreihen in der Online-Datenbank. Eine Übersicht der Themen und Veröffentlichungen findet sich unter dem Internet-Link <http://www.riksbank.com/templates/SectionStart.aspx?id=10604>.

Hans-Böckler-Stiftung

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gegründet wurde sie 1977 aus der Stiftung Mitbestimmung und der Hans-Böckler-Gesellschaft. Die Stiftung wirbt für Mitbestimmung als Gestaltungsprinzip einer demokratischen Gesellschaft und setzt sich dafür ein, die Möglichkeiten der Mitbestimmung zu erweitern.

Mitbestimmungsförderung und -beratung

Die Stiftung informiert und berät Mitglieder von Betriebs- und Personalräten sowie Vertreterinnen und Vertreter von Beschäftigten in Aufsichtsräten. Diese können sich mit Fragen zu Wirtschaft und Recht, Personal- und Sozialwesen oder Aus- und Weiterbildung an die Stiftung wenden. Die Expertinnen und Experten beraten auch, wenn es um neue Techniken oder den betrieblichen Arbeits- und Umweltschutz geht.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Themen, die für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Bedeutung sind. Globalisierung, Beschäftigung und institutioneller Wandel, Arbeit, Verteilung und soziale Sicherung sowie Arbeitsbeziehungen und Tarifpolitik sind die Schwerpunkte. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das Ziel des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung ist es, gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu erforschen und für die wirtschaftspolitische Beratung einzusetzen. Daneben stellt das IMK auf der Basis seiner Forschungs- und Beratungsarbeiten regelmäßige Konjunkturprognosen vor.

Forschungsförderung

Die Stiftung vergibt Forschungsaufträge zu Mitbestimmung, Strukturpolitik, Arbeitsgesellschaft, Öffentlicher Sektor und Sozialstaat. Im Mittelpunkt stehen Themen, die für Beschäftigte von Interesse sind.

Studienförderung

Als zweitgrößtes Studienförderungswerk der Bundesrepublik trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolventinnen und Absolventen des zweiten Bildungsweges.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem 14tägig erscheinenden Infodienst „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung die aktuellen politischen Debatten in den Themenfeldern Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Das Magazin „Mitbestimmung“ und die „WSI-Mitteilungen“ informieren monatlich über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit der Homepage www.boeckler.de bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Veranstaltungen, Publikationen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.

Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39 Telefon: 02 11/77 78-0
40476 Düsseldorf Telefax: 02 11/77 78-225

